

III. LEGISLATURA
III. LEGISLATURPERIODE

SEDUTA 11^ate SITZUNG
26-3-1957

INDICE - INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 3:

“Stati di previsione dell'entrata e della
spesa della Regione Trentino - Alto Adige
per l'esercizio finanziario 1957”.

pag. 3

Gesetzentwurf Nr. 3:

“Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben
der Region Trentino-Tiroler Etschland für
das Finanzjahr 1957”.

Seite 3

Presidente: dott. REMO ALBERTINI

Vicepresidente: dott. SILVIUS MAGNAGO

Trento, 26 marzo 1957

Ore 9,30.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

TRENTIN (Segretario - D.C.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta del 22.3.1957.

TRENTIN (Segretario - D.C.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Il verbale è approvato.

Continua la discussione sull'ordine del giorno Mitolo-Cecon-Gardella.

La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Die von den Räten Cecon, Mitolo und Gardella eingebrachte Tagesordnung im Zusammenhang mit der Verlesung unserer Auslegung des Pariser Vertrages wird geradezu falsch begründet, denn es wird die Behauptung aufgestellt, dass die Vertreter der S.V.P. eine friedliche Zusammenarbeit der Volksgruppen ablehnen. Leider ist bei der Übersetzung ins Italienische meiner in deutscher Sprache verlesenen Erklärung zu Beginn dieser Haushaltsdebatte eine Unvollständigkeit unterlaufen. Dabei ist jedoch festzuhalten, dass für unsere Erklärung der deutsche Text massgebend ist, der vollinhaltlich in den « Dolomiten » veröffentlicht wurde und an Hand des Tonbandes nachgeprüft werden kann. Ich bedaure nur, dass diejenigen, die in unserer Erklärung schwerwiegende Behauptungen festgestellt haben, sich nicht nach dem offiziellen Wortlaut derselben erkundigten. Der deutsche Wortlaut unserer Erklärung heisst: « Mit aller Entschiedenheit wenden sich die freigewählten Vertreter der deut-

schen Volksgruppe gegen die in der italienischen Antwortnote enthaltene Auffassung, der Sinn des Pariser Vertrages sei nur der, die friedliche Zusammenarbeit beider Volksgruppen in Südtirol herzustellen. Aus dem Text des Vertrages ergibt sich einwandfrei dessen Sinn, der darin besteht, die Sicherung des Volkscharakters von Südtirol zu gewährleisten ». Bei der Abschrift der Übersetzung, die ich verlesen habe, blieb das Wort « *unicamente* » aus, und zwar in folgendem Zusammenhang: « Precisamente si oppongono i rappresentanti del gruppo tedesco liberamente eletti contro la concezione contenuta nella nota diplomatica italiana in risposta a quella del Governo austriaco, cioè che l'obiettivo dell'Accordo di Parigi è *unicamente* la realizzazione della reciproca collaborazione dei gruppi etnici in Alto Adige ».

Dieser kleine Übersetzungsfehler hat uns aber interessante Erklärungen seitens einer bedeutenden Anzahl von Vertretern der italienischen Mehrheit hier eingebracht, nicht nur von RR. Mitolo, der bei seiner Erklärung zur Tagesordnung auf einem Schlachtpferd geritten ist, dem bereits die Beine gefehlt haben. Denn er wollte nicht zur Kenntnis nehmen, dass unsere seinerzeitigen Unterzeichner des berühmt gewordenen Anerkennungsschreibens vom 21.1.1948 zur Genehmigung des Autonomiestatus durch ihre im vorigen Monat der Presse übergebene und damit der Öffentlichkeit kundgetane Stellungnahme diese Anerkennung praktisch widerrufen haben, weil wir in unserem guten Glauben enttäuscht wurden. Wir wissen wohl die Tragweite der Bestrebung einzuschätzen, den Zweck des Pariser Vertrages möglichst einzig und allein in der friedlichen Zusammenarbeit der Volksgruppen in Südtirol zu sehen, ohne von den Voraussetzungen hiezu zu sprechen. Es gibt ein Sprichwort: « Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein ». Die italienische Antwortnote auf das österreichische Memorandum kann diese Bestrebung auch nicht in Abrede stel-

len, wenn z.B. nach der Abhandlung über das Volkszugehörigkeitsverhältnis der Angestellten in der Gemeinde Sexten, in der kein einziger Vertreter der italienischen Sprachgruppe im Gemeinderat sich befindet, einfach erklärt wird, es sei im österreichischen Memorandum ein kleiner Fehler enthalten und im übrigen sei die gegenseitige Zusammenarbeit der Volksgruppen eines der wichtigsten Ziele des Pariser Vertrages. Demnach ist es nach der in der Antwortnote kundgetanen Auffassung unwesentlich, ob in einer rein deutschen Gemeinde die Beamten- und Angestelltenposten der öffentlichen Verwaltung sich fast ausschliesslich in Händen von Angehörigen der italienischen Volksgruppe befinden.

Diese italienischen Angestellten, wie z.B. in der deutschen Gemeinde Sexten, müssen dann auch noch besonders in ihrem kulturellen Bestand als Minderheit unter den deutschen Südtirolern geschützt werden, denn zur Betreuung ihrer Kinder müssen dann ja eigene italienische Lehrkräfte in die Gemeinden kommen. Der Sinn des Pariser Vertrages und die durch den Vertrag übernommenen Verpflichtungen, so sagt auch die italienische Antwortnote eingangs, « seien zu bewerten im Lichte der Erklärung jener Staatsmänner, die ihn abgeschlossen ». Und wir verweisen auch auf eine Stelle von Dr. Grubers Abhandlung « Zwischen Befreiung und Freiheit », Seite 91, mit folgendem Wortlaut: « Wenn Italien im Sinne des Abkommens die Bewahrung des ethnischen Charakters von Südtirol anerkannte, so genügt der vorliegende Text vollkommen ». Wir verweisen auch auf die Worte von Ministerpräsident de Gasperi an die Verfassunggebende Versammlung: « Wir wollen nicht nur unsere Minderheiten schützen, sondern wir wollen darüber hinaus der Welt ein Beispiel geben, wie die Rechte der Minderheiten in allen Ländern garantiert werden müssen. Wir sind bereit, über alle Fragen, die mit den Problemen der deutschen Minderheit zusammenhängen, mit der österreichischen Regierung zu verhandeln. Wir anerkennen, dass es ein naturgegebenes Band des Blutes gibt, das eine Brücke zur Verbrüderung zwischen Italienern und Österreichern bilden kann ».

Ebenso erklärte De Gasperi am 7.9.1946, also einen Tag nach Abschluss des Vertrages, in einer in Paris gehaltenen Pressekonferenz: « Der Ver-

such mit einer freien und garantierten Minderheit wird auch dem italienischen Stolz einige Opfer kosten. Aber diese sind für die Brüderlichkeit der Völker dargebracht, es ist eine Geste des Glaubens an die internationale Zusammenarbeit ». Der damalige österreichische Bundeskanzler und jetzige Aussenminister Figl erklärte schliesslich in einem Presseinterview am 29.9.1946: « Das jetzige Abkommen gewährt vorläufig die Autonomie der Österreicher in Südtirol. Wir hoffen aber, dass es im Laufe der Zeit zu einer endgültigen Lösung der Frage Südtirol kommen wird. Es hängt von der Durchführung des Übereinkommens ab, wie sich das endgültige Schicksal Südtirols gestaltet ».

Bei dieser Lage der Dinge will man nun mit einer Tagesordnung im Regionalrat unsere Auslegung des Pariser Vertrages mit nationalistischer Entrüstung zurückweisen und die Tatsachen bewusst mit einem Fausthiebe beseitigen. Man behauptet, wir wollen alle Italiener aus Südtirol vertreiben; wir stellen dazu fest, dass gerade die italienischen Staatsbeamten, und besonders die Polizeiorgane, bestrebt sind, eine Stelle in Südtirol zu bekommen, weil es hier sehr ruhig und das Volk diszipliniert, ja manchmal fast übertrieben höflich und herzlich ist, wenn wir z.B. an die Rechte über den Gebrauch unserer Muttersprache denken. Das Ergebnis dieser Höflichkeit unsererseits ist ja nicht selten Arroganz und Anmassung auf der anderen Seite. Denken wir dabei nur an die unverschämte Anmassung der italienischen Presse in Südtirol, die anlässlich einiger bedauerlicher Vorkommnisse Südtiroler gesellschaftlich ruiniert und entehrt hat, bevor noch ein Richterspruch über Schuld oder Unschuld entscheiden konnte.

Bei solchen Beispielen für den Geist der friedlichen Zusammenarbeit der Volksgruppen sind wir Südtiroler bestimmt nicht im Verzuge mit den gelieferten Beweisen unseres guten Willens, unserer Geduld und unserer Loyalität dem Staate gegenüber. Wir haben nie erklärt, dass wir die Zusammenarbeit mit der italienischen Volksgruppe in Südtirol nicht wollen, wohl aber behaupten wir, dass diese Zusammenarbeit unmöglich ist, wenn der Schutz der italienischen Volksgruppe auf Kosten der Lebensrechte und der völkischen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen unserer Volksgruppe vertreten und vorgenommen wird. Denn

wir haben das Recht, als Volksgruppe im angestammten Lande unseren kulturellen und völkischen Charakter auch für unsere Nachkommen gesichert zu wissen. Sobald dies gewährleistet und damit der Zweck des Pariser Vertrages erfüllt ist, glauben wir als Folge dieser Voraussetzung an eine friedliche Zusammenarbeit der Volksgruppen in Südtirol, die dann eine Brücke bilden werden, die Nord und Süd verbinden und ein Bindeglied schaffen anstatt eine Kluft zu öffnen zwischen europäischen Staaten und Nationen.

(Segue la traduzione).

MITOLO (M.S.I.): Ce l'avete data per iscritto!

PRESIDENTE: Sull'ordine del giorno possono parlare uno per gruppo, com'è detto all'art. 88 del Regolamento. Nessun altro chiede la parola?

ROSA (Presidente G. P. Trento - D.C.): Signori Consiglieri, non sono mai stato il presentatore di un ordine del giorno. Quei pochi che mi è capitato di firmare l'ho fatto proprio perchè mi hanno pregato di farlo. Infatti non credo negli ordini del giorno che sono sempre inutili e spesso sono la dimostrazione patente che la riunione o le discussioni che hanno fatto nascere questi ordini del giorno non hanno trovato una soluzione a quei problemi che si imponevano. L'ordine del giorno presentato dai signori Consiglieri Cecon, Mitolo e Gardella non fa eccezione, o forse sì, nel senso, ammettiamolo pure, che non nelle intenzioni dei presentatori, ma nel risultato, oltre che a non servire a qualche cosa di costruttivo, secondo me, serve a danneggiare, perchè tende ad approfondire quei fossati che ci dividono, ad allungare le distanze che ci separano, tende ad inasprire i contrasti che sono sempre vivi anche quando sono sopiti, anche quando sono latenti.

Sono ormai anni che assistiamo alla polemica nella quale i concetti, i principi, le tesi espresse nell'ordine del giorno e anche le conclusioni rimbalzano qui da settore a settore come la palloncina nel gioco omonimo. Qual è il risultato? Non mi pare che sia brillante, e se la Regione vive e se la Regione prospera, come ci è stato detto e come noi siamo convinti, non è certo effetto di queste polemiche, ma è effetto invece, lasciatelo dire, della nostra diuturna fatica e dell'infinita pazienza che

impieghiamo e quindi della nostra volontà di durare e di sopravvivere anche quando ai colpi che ci vengono da destra fanno eco i colpi che si sferzano da sinistra, ed è logorante e stanca fare il cuscinetto, come stiamo facendo.

E' preoccupante quindi questo ordine del giorno, che personalmente non voterò, e penso che anche i miei colleghi della maggioranza italiana faranno altrettanto. E perchè lo dovremo votare? Forse per tutti quei complimenti che le opposizioni ci hanno fatto durante la discussione del bilancio, secondo i quali, a sentir loro, non abbiamo fatto che accumulare errori e corbellerie?! Non una parola buona abbiamo sentito dai vostri banchi. Per darvi un contentino? Quando ci è capitato di constatare più volte che se scoprite o credete di intuire una crepa nella collaborazione fra la D.C. ed il gruppo etnico tedesco vi ci buttate a pesce e tentate di aprire quella crepa con gusto sadico...

MITOLO (M.S.I.): Nel vostro interesse!

ROSA (Presidente G. P. Trento - D.C.): ...votando spesso e, voi direste, colludendo anche con il gruppo etnico di lingua tedesca...

NARDIN (P.C.I.): Mai come voi, però!!

ROSA (Presidente G. P. Trento - D.C.): E' capitato ancora! Noi lo dichiariamo apertamente che collaboriamo con il gruppo etnico tedesco!

MITOLO (M.S.I.): Loro non collaborano con voi!

NARDIN (P.C.I.): Allora siete gelosi?!

ROSA (Presidente G. P. Trento - D.C.): E nemmeno direi che ci preoccupa il votare a favore o contro questo ordine del giorno il pensiero che fuori ci possano dire che non siamo abbastanza italiani. In questo la coscienza ci lascia perfettamente tranquilli; crediamo di esserlo e di essere sempre stati dei buoni italiani, e d'altra parte chi ci ha mandato qui non pretende e non chiede che siamo permanentemente con il gagliardetto fissato nel fianco, chè non si usa più!

Dovremo votare contro forse, signori della S.V.P., per dimostrarvi la nostra gratitudine per le finezze che ci usa il vostro dott. Benedikter in aula e fuori?

MITOLO (M.S.I.): Se siete collaboratori!...

ROSA (Presidente G. P. Trento - D.C.): Non mi pare! Noi sì, abbiamo tentato ed abbiamo sempre usato al gruppo etnico tedesco una lealtà completa, anche quando non siamo stati ripagati con la stessa moneta, o per lo meno ci è parso di non essere ripagati con la stessa moneta; noi vi abbiamo accompagnato alla Corte Costituzionale anche se nel metodo e nella sostanza non ci sentivamo di essere d'accordo, e siamo disposti ancora a collaborare, perchè in questa collaborazione noi vediamo la vita della Regione e la continuazione dell'autonomia. Siamo disposti a trattare con la più umana comprensione i vostri problemi, i problemi comuni; siamo disposti e decisi a risolvere giorno per giorno le difficoltà ed a superarle via via che si presentano. Siamo disposti a sacrificare quello orgoglio al quale si è riferito il dott. Brugger nella sua dichiarazione, a calpestarlo se volete, ma la dignità no. Ora se voi volete mutare lo Statuto regionale non è competenza nostra, quella è competenza del Parlamento; se questo benedetto accordo Degasperi-Gruber, questo benedetto patto di Parigi vi pare non funzioni più, provvederanno le cancellerie in campo internazionale! Se volete andare all'ONU andateci: forse quell'organo, sbrigate le piccole faccendole dell'Algeria, dell'Ungheria, del Medio Oriente, troverà anche il modo di occuparsi della faccenda dell'Alto Adige! Ma per noi sono carte troppo grosse, troppo grandi per le nostre mani.

Il nostro veramente è un matrimonio difficile, la definizione non è mia ma la similitudine è buona. Ed allora permettete che aggiunga che non tutti i matrimoni difficili per forza, necessariamente, devono sfociare nel divorzio, specie se i coniugi — pur essendo disamorati — sono gente di buon senso, che non pensa di ributtarsi in faccia ogni giorno che viene, ogni giorno che passa, i torti veri e presunti subiti, che non pensa solo a se stessa, al proprio livore, al proprio orgoglio, ma pensa soprattutto ai figli, i quali subiscono le tristi conseguenze che possono derivare da una rottura, da una separazione, da un divorzio. E nel nostro caso i figli sono le popolazioni del Trentino-Alto Adige, quelle popolazioni che non ci domandano di sbranarci nell'esegesi di un articolo, non ci domandano di sbatterci in faccia ogni giorno tesi e principi, ma che ci chiedono di sfruttare a fondo e nel loro

interesse questo magnifico dono che è l'autonomia regionale. E noi abbiamo coscienza di aver obbedito a questa istanza, a questo comandamento, e continueremo ad obbedire a questo comandamento, convinti che se fosse qui il grande maestro nostro e vostro, Alcide Degasperi, ci direbbe: « Bravi, ragazzi, continuate su questa strada, perchè è quella buona »!

PRESIDENTE: Vi sono altri che chiedono la parola? Scotoni!

SCOTONI (P.C.I.): La discussione che ha preceduto questo ordine del giorno non si può dire certo che, in molti casi, sia stata troppo ordinata, nel senso che purtroppo sono stati così numerosi i temi portati in aula dai singoli Consiglieri che ad un certo punto l'un tema finisce con lo elidere l'altro e si finisce col creare una certa confusione. Credo che meglio sarebbe stato se avessimo potuto organizzare i lavori del Consiglio Regionale in modo da poter trattare i singoli problemi uno alla volta, e dibatterli fino in fondo. Così facendo il risultato sarebbe stato più proficuo, dal mio punto di vista; tuttavia, anche così com'è avvenuta, mi pare che questa discussione, pur toccando argomenti difficili e scabrosi, abbia portato una certa utilità, che mi sembra di ravvisare anche nella forma e nel contenuto di questo ordine del giorno, che, secondo me, dimostra un certo sforzo per rendersi conto, se non delle ragioni degli altri, se non dei motivi che altri possono sentire in maniera anche esasperata, almeno rendersi conto della esigenza di cercare una soluzione che tenga conto anche della esistenza di questi altri e vi riponga una certa attenzione.

Mi pare però che purtroppo si va da un estremo all'altro. Da parte della Giunta in una certa misura, da Rosa adesso, si vorrebbe quasi dire: « ma insomma di questo benedetto problema dell'Alto Adige cosa ce ne dobbiamo interessare noi, quando ci sono altri organi ben più elevati di quello che può essere il Consiglio Regionale che stanno dibattendo e discutendo questa questione? Ne discuteranno a Roma, a Vienna, all'ONU, quindi preoccupiamoci noi di cose più modeste, ma forse più concrete ». Io credo che questo non sia giusto, perchè senza voler sostituirsi nella parte che è di competenza di altri organi quali il Governo, il Par-

lamento e l'ONU o quello che sia, tuttavia mi pare una cosa veramente strana che mentre tutti stanno parlando oggi del problema, dai giornali locali a quelli nazionali, da interrogazioni parlamentari a trasmissioni radio riportate poi dalla stampa locale, e via dicendo, gli unici che in fondo non hanno detto fin dall'inizio del dibattito su questo bilancio, quasi incidentalmente, il loro parere e la loro opinione e giudizio sull'argomento siamo stati proprio noi.

La qual cosa — e vi ha già accennato nella discussione generale Nardin — è ancora più strana quando si considera il fatto che viene un rappresentante del Governo nella Regione, parla con i rappresentanti dei partiti, cosa utile, cosa alla quale non si può che dare atto, ma in un certo senso non è obbligatoria, perchè un esponente del Governo nazionale può prendere contatto con i grandi partiti e movimenti, grandi e piccoli schieramenti e gruppi parlamentari, ma anche prescindere dal prendere contatti con i rappresentanti locali; fa bene se lo fa, ma potrebbe anche non farlo. Qui dove invece, come diceva Nardin, la Giunta è composta in base non alla forza politica dei partiti che la compongono, ma ai gruppi etnici rappresentati in Consiglio e quindi sotto il profilo etnico anche le minoranze e le opposizioni, come le vogliamo chiamare, trovano una loro rappresentanza e nascono quindi determinati rapporti, purtroppo nessuno mai ha sentito, non direi la necessità e l'opportunità di chiedere, ma neanche quella di informarci sul come si stavano svolgendo le cose, e questo credo che a lungo andare non possa portare alcunchè di utile, anzi porterà inevitabilmente del danno. Questo mi pare un eccesso di cautela, un eccesso di concretezza, se si vuole chiamare concretezza solo parlare di problemi, costruzioni edilizie, o di caseifici o di strade o roba di questo genere, e non intendere sotto questo titolo anche i problemi etnici di convivenza o di coesistenza delle popolazioni che, pure, in ultima analisi, diventano pregiudiziali anche per gli altri.

D'altra parte si propone un ordine del giorno che mi pare vada troppo in senso opposto, perchè ritengo che siamo competenti e interessati a discutere se la situazione di questa Regione corrisponda allo Statuto, prima ancora che alla Costituzione, ovviamente alle leggi dello Stato, regionali ed even-

tualmente provinciali, ma non credo che si sia abilitati — mi si scusi il termine — a parlare e discutere se le dichiarazioni che vengono fatte dall'uno o dall'altro gruppo corrispondano ad un accordo internazionale, tanto più che, a mio parere, questo accordo internazionale ha avuto una sua concretezza — lasciamo da parte se soddisfacente per tutti oggi, come lo era un tempo, oppure se non soddisfacente — e dobbiamo vedere lo Statuto e quella parte di Costituzione che sono stati fatti in armonia e come conseguenza del trattato Degasperigruber. Sarà un eventuale problema delle parti contraenti, l'accorgersi a dieci anni di distanza se le cose non collimavano col trattato, ma il problema non esce dalla nostra competenza.

Quindi, concludendo, mi pare che questo ordine del giorno possa rappresentare e costituire una premessa per un esame passionato, ma non sia ancora uno strumento sul quale si possa trovare quella conclusione che, credo, più o meno tutti quanti ci si augura. Per questo motivo dichiaro che mi asterrò dal votare questo ordine del giorno.

PRESIDENTE: Mi pare che i gruppi si siano tutti espressi!

PARIS (P.S.D.I.): Non mi pare!

PRESIDENTE: No, la parola al gruppo socialista!

PARIS (P.S.D.I.): Noi abbiamo già lamentato l'assenza di volontà della ricerca di una soluzione di questo scottante problema, e non posso dichiararmi d'accordo con l'impostazione data nel suo intervento, che rispecchia le attività della Regione, dall'avv. Rosa, perchè non basta, come diceva giustamente Scotoni, fare le strade, dare i contributi, pagare il personale, ecc. Bisogna cercare di approfondire anche i problemi generali, bisogna cioè assurgere all'impostazione dottrina della autonomia per poi discendere alle cose concrete. Ma queste devono sempre essere ispirate ad una concezione superiore, e tanto più questa ispirazione deve essere oggetto di una seria preparazione quanto più difficile è una situazione pratica e concreta come la nostra. Ora non vi è dubbio che questa situazione, con tutto il suo peso, si trascina dal giorno in cui è nata la nostra istituzione e non è una cosa che faciliti la vita dell'istituto. Però non sono

mai per l'exasperazione dei problemi, e così, d'accordo con il mio gruppo, non vedo il modo di condurre questa azione senza la comprensione e senza una pazienza infinita, e qui sono d'accordo con il Presidente della Giunta Provinciale di Trento.

C'è un contrasto nell'interno del S.V.P., perchè proprio qui noi udiamo discorsi concilianti, discorsi rigidi, estremisti e gli stessi atteggiamenti li notiamo nei conversari privati che sempre si intesono fra i colleghi di un Consesso. Quindi c'è una situazione di evoluzione all'interno del S.V.P., e il compito nostro, il compito dei partiti, è proprio quello di non chiudersi nella torre eburnea ma di favorire le situazioni quando queste ridondano al bene di tutti. Certo però che non si può negare che su certi punti il S.V.P. abbia ragione, per esempio quando lamenta la mancanza dell'emanazione delle norme di attuazione. A nove anni dal varo dello Statuto di autonomia dovrebbero essere state emanate, non so fino a che punto possa essere data la responsabilità agli organi regionali, certo che questa situazione c'è! Mancano ancora diversi istituti nella attuazione pratica del nostro Statuto, ed anche qui in certo senso è favorire, dar ragione agli elementi più estremisti del S.V.P.

Quindi credo che noi tutti dovremo cercare di fare evolvere questa situazione, di eliminare quanto più possibile gli elementi di contrasto e di malcontento, di insoddisfazione; solo così noi cercheremo il modo di intavolare quel dialogo basato sulla reciproca stima, cioè sulla convinzione che si ricerca con buona volontà questo modo di convivenza, anche se dall'altra parte talvolta qualche elemento singolo non viene su questo terreno. Noi socialisti non potremo mai essere d'accordo con la politica economica del S.V.P., però non possiamo nemmeno aderire ad una politica di esasperazione, da qualsiasi parte venga, ed è quindi ad un'opera di mediazione che noi tendiamo con le nostre modeste forze.

Ed è appunto per questo che non votiamo l'ordine del giorno presentato con i primi due firmatari dal Movimento Sociale: perchè pensiamo che se una certa situazione esiste in provincia di Bolzano, è anche proprio per l'estremismo nazionalistico del M.S.I., verso il quale è naturale che il S.V.P. veda gli eredi diretti del famoso ventennio, in cui l'Alto Adige — lascio da parte i giudizi sul-

l'Italia — non si è trovato a suo agio ed ha visti conculcati tutti i suoi diritti più elementari. Perchè quando si sopprime il diritto all'insegnamento nella lingua materna voi capirete che è un conculcare il più elementare diritto! Io sono a conoscenza dei fatti perchè ho vissuto lassù, ho insegnato lassù e non ho mai denunciato nessuno, per questo ero stimato. Riconosco che nell'ordine del giorno del M.S.I. c'è uno sforzo per trovarsi in posizioni meno estremiste, però c'è sempre il pericolo che la situazione vada polarizzandosi su due blocchi contrastanti, ed è la più nefasta delle politiche che possano essere perseguite.

Perciò noi non voteremo questo ordine del giorno, perchè non ne condividiamo ancora l'impostazione di chi lo ha presentato; però non voteremo neanche contro, perchè non diamo tutte le ragioni al S.V.P. Cari amici del S.V.P., anche voi dovete fare questo sforzo di buona volontà, perchè solo con la buona volontà arriveremo alla reciproca comprensione. Un accordo è sempre possibile se lo sforzo è basato sulla buona volontà, sulla comprensione, sul rispetto dei diritti di tutti. Perchè situazioni come in Alto Adige ce ne sono anche altrove, ci saranno anche dei dissidi, non bisogna però esasperarli. Non credo che gli italiani dell'Alto Adige siano dei leoni che vogliono sbranare i tedeschi, e non credo nemmeno che voi siate dei leoni che vogliono sbranare gli italiani! No, siamo uomini, e fra uomini, se si basa la propria azione su principi umani, e vorrei dire sugli interessi dettati dalle necessità, è possibile arrivare ad una convivenza che vada più in là della sopportazione reciproca e che sia soddisfacente.

GARDELLA (P.L.I.): Parlo come proponente!

PRESIDENTE: Ma i proponenti hanno già parlato!

GARDELLA (P.L.I.): No, uno solo ha parlato!

PRESIDENTE: Ad ogni modo può parlare come gruppo.

GARDELLA (P.L.I.): Desideravo rispondere in modo preciso a quanto ha voluto dire con tanta garbata maniera il rappresentante della D.C., avv. Rosa, e su un punto soltanto. Ha detto, l'avv. Rosa, che la D.C. è sempre stata, è, e sempre sarà, ben decisa a sacrificare anche qualche cosa del suo pen-

siero, delle proprie vedute per trovare la perfetta armonia col gruppo etnico tedesco; ha detto che questo matrimonio, pur essendo un matrimonio difficile, non si ha da rompere; ha detto che per il gruppo etnico tedesco egli ha tutta la condiscendenza possibile, e che lo ha accompagnato in certe strade che ha voluto percorrere anche se forse non erano le più giuste, come ha dimostrato una recente sentenza della Corte Costituzionale. Ora mi permetto di rivolgermi proprio a voi, signori della D.C., e dirvi: ma avete mai pensato di affratellarvi nello stesso modo tutta l'intera famiglia del Consiglio Regionale? Avete mai pensato di affratellarvi, sacrificando qualche cosa di vostro, tutte le minoranze? Avete mai pensato che le minoranze potrebbero veramente costituire una collaborazione costante, continua, senza quelle critiche che si sono mosse? E' pacifico, io sono nuovo qui...

NARDIN (P.C.I.): Una moglie va bene, ma non due o tre!

RAFFAELLI (P.S.I.): E' poligamia!!

GARDELLA (P.L.I.): Se mi interrompete è finita! Fate apposta voi! Avete mai pensato che tutte le minoranze, pur avendo pensieri e ideologie diverse dalle vostre, possono proporre iniziative e avere nel cervello qualche cosa di buono, di interessante, di funzionante per la nostra Regione? Avete mai pensato che queste diatribe di tutte le ore, di tutti i giorni, portano l'Amministrazione regionale al rallentatore e quindi scapita l'interesse regionale? Fate un sacrificio, via, sposate anche le minoranze! Cercate di farle collaborare veramente, intensamente con voi! Non osteggiate tutte le loro iniziative, le loro critiche che diventano soltanto critiche, senza l'aggettivo « costruttive », perchè le mettete nella condizione di essere tali. Noi vorremmo essere critici costruttivi, vorremmo veramente collaborare, non abbiamo nessuna intenzione di essere messi al bando, perchè voi siete forti del matrimonio contratto e quindi tutti gli altri sono entità trascurabili! Ciò non è vero, signori della D.C., e non è nemmeno vero, signori del gruppo etnico tedesco. L'unione fa la forza; si potrebbe lavorare molto più rapidamente ed ottenere più cose, perchè questi contrasti non servono a presentarci bene ovunque ci sia da presentarsi, in Italia o all'estero.

Quindi ho preso lo spunto del matrimonio di cui ha parlato l'avv. Rosa per dirvi, signori della maggioranza: mettiamoci su un'altra strada, vediamo se la collaborazione può avvenire con tutti, proviamo una collaborazione generale, ed allora, signori della maggioranza, probabilmente non dovrete lamentare quello che avete lamentato in questo momento verso il componente del gruppo etnico tedesco che è in Giunta, non dovrete lamentarlo o se dovrete lamentarlo avrete anche la forza di poter reagire. Viceversa, penso che con l'unione di tutti anche il gruppo etnico tedesco non dovrà usare nei vostri confronti quella forma che veramente deploro che abbia usato e che ho sentito con dolore.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Marcia nuziale!

MITOLO (M.S.I.): Il cons. Brügger nel precisare il punto di vista del suo gruppo di fronte all'ordine del giorno che noi abbiamo presentato ci ha ancora una volta, come altri suoi colleghi in precedenza, detto che le affermazioni contenute nel nostro ordine del giorno non sarebbero state tali se la traduzione delle sue dichiarazioni fosse stata fedele, ed ha lamentato che in questa traduzione si sia omessa una parola che secondo lui avrebbe dato un significato completamente diverso a quella parte delle sue dichiarazioni alla quale si riferisce il primo tratto del nostro ordine del giorno. Così ci ha detto che il famoso documento dei dirigenti del S.V.P. del gennaio 1948, sul quale spesso si ritorna non solo da parte nostra ma anche da parte delle sfere ufficiali del Governo, sarebbe stato smentito recentemente da una lettera pubblicata dagli stessi firmatari, i quali hanno dichiarato che allora fu carpita la loro buona fede. Vorrei dire a Brügger che andando avanti di questo passo non sapremo mai qual è la verità delle affermazioni che essi fanno, quando dicono ciò che pensano e quando invece essi non lo dicono, perchè se possono smentire a distanza di tempo quello che hanno detto o se possono rettificare quello che affermano ogni volta che l'occasione si presenta, ogni volta che ad essi fa comodo, allora ci lascino dire che non li prenderemo più sul serio, perchè si darà sempre il caso che a prenderli sul serio si possa essere smentiti, come è stato fatto adesso.

Comunque vorrei fare osservare a Brügger che l'ordine del giorno da noi presentato non si rife-

risce solo a quella parte che lui ha voluto rettificare, ma si riferisce anche all'altra parte, che egli ha completamente taciuto nel suo intervento, perchè non abbiamo denunciato la gravità dell'affermazione secondo la quale l'accordo di Parigi non tenderebbe come obiettivo alla pacifica convivenza fra i gruppi etnici in Alto Adige; non ci siamo lamentati del fatto che sia stata smentita questa interpretazione con una certa forza ed un certo calore, quasi che essa abbia costituito un'offesa fatta al loro gruppo. Ci siamo lamentati del fatto che essi abbiano in questo documento, che ci è stato letto martedì, interpretato il fine dell'autonomia oltre lo scopo e gli obiettivi dell'accordo di Parigi; noi abbiamo denunciato la gravità dell'affermazione contenuta in questo documento, là dove è detto, richiamando le note risoluzioni del congresso del S.V.P. del 1956, che « l'attuazione dell'autonomia con il passaggio alla Provincia della intera potestà amministrativa per l'edilizia popolare e la delega delle funzioni amministrative in materia di avviamento al lavoro e di ispezione alla medesima, nonché l'emanazione delle norme di attuazione relative all'autonomia scolastica e culturale onde consentire il passaggio alla Provincia della potestà, degli uffici e del personale statale, e l'emanazione di disposizioni che facilitino l'assunzione agli impieghi pubblici secondo il rapporto etnico ». Cioè, in sostanza, che tutta l'attuazione dell'autonomia debba servire, come ho detto prima, quali misure efficienti contro la snazionalizzazione: questo lo avete detto e lo avete scritto. Ora, vi ho detto la volta scorsa che poichè per snazionalizzazione voi intendete la lotta contro gli italiani, è evidente che dando questa interpretazione all'autonomia, prefiggendo all'attuazione dell'autonomia questo obiettivo, voi volete in definitiva combattere la presenza degli italiani in Alto Adige. E su questo Brugger non mi ha dato nessuna risposta, così devo ritenere che questa interpretazione letterale della sua dichiarazione è condivisa da lui e dal suo gruppo...

BRUGGER (S.V.P.): Le ho dato una risposta!

MITOLO (M.S.I.): Su questa parte non è stata data, almeno nella traduzione non l'ho sentita. Ora domando: se questo non rappresenta un fatto grave, se non rappresentava un fatto degno dell'interessamento da parte del Consiglio Regionale, cons.

Rosa e Consiglieri che qui mi avete preceduto, Paris, Scotoni — veramente devo osservare che l'unico che abbia riconosciuto un certo valore a questo ordine del giorno è stato il cons. Scotoni — non so che cosa noi dovremo pensare e dovremo fare.

Il cons. Rosa, da buon democristiano partecipa — uso il termine nel senso più letterale della parola — della politica del suo partito, ha voluto minimizzare. A parte il fatto che non crede negli ordini del giorno — lui dice che non ne ha presentati, a me pare che ne abbia presentato uno, ad ogni modo non ne parliamo, quello non aveva un contenuto di carattere politico ma di altra natura, e in quelli lui crede —; lui non crede negli ordini del giorno; probabilmente avrà voluto dire di carattere politico, e mi dispiace che non creda negli ordini del giorno, perchè sono delle forme di discussione, di trattazione, di sollecitazione di determinati problemi e non vedo perchè debbano far ombra a un Consigliere che non svolge soltanto attività amministrativa ma anche attività politica. E non vedo perchè, essendo portato in questa sede in discussione un problema politico, non vedo perchè di fronte a questo problema politico egli e il suo gruppo non dovrebbero prendere posizione, e non vedo soprattutto perchè non debba prendere posizione di fronte al tanto agitato — lo sappiamo tutti — da anni, problema politico dell'Alto Adige.

Le dichiarazioni dell'avv. Rosa rieccheggiano il punto di vista espresso dal Presidente Odorizzi nel discorso davanti al Capo dello Stato in occasione della sua visita, allorchè lamentò che la stampa nazionale interessata quasi esclusivamente a quello che ormai è definito da tutti come « problema dell'Alto Adige », avesse completamente ignorato o quasi gli altri problemi dell'autonomia, le altre realizzazioni della Regione autonoma. Ed è, secondo me, perdonate, la vostra colpa, quella di non volervi convincere che il problema dell'Alto Adige è predominante, rispetto a tutti gli altri. Capisco che voi non lo vogliate ammettere perchè avete uno solo scopo: quello di difendere l'autonomia, costi quello che costi, e quindi vi siete sposati con il S.V.P. non perchè riteniate che questo sia l'unico modo per salvare questo istituto, ma perchè siete costretti per legge a sposarvi. Avete steso uno Statuto che vi ha legati mani e piedi al S.V.P., perchè il congegno con cui è fatto lo Statuto...

PRESIDENTE: Tempo, Consigliere!

MITOLO (M.S.I.): ...perchè il congegno con cui è fatto lo Statuto per quanto riguarda la rappresentanza della Regione negli organi, fa sì che la Giunta non possa essere composta altro che da rappresentanti della D.C. e del S.V.P., quindi voi siete costretti ad essere alleati del S.V.P.

Quando voi proclamate il vostro spirito di collaborazione, sono tutte belle cose, ma poi vedete quali sono i risultati del vostro spirito di collaborazione! Bisogna ad un certo momento che queste posizioni siano chiarite, perchè quello che definite il vostro spirito di collaborazione nei confronti del S.V.P. non porta altri risultati che quelli che si possono desumere dalle dichiarazioni di Brugger. Quindi domando se è ammissibile che un partito che ha la responsabilità che ha il vostro, che è il partito maggiore, di tutti gli italiani, che sta al Governo non solo della Regione ma anche della Nazione; mi domando se è ammissibile che possa ignorare o minimizzare questo problema che, giustamente ricordava il cons. Scotoni, è agitato non solo qui dentro dai rappresentanti del S.V.P. o da noi che rispondiamo a loro, ma all'estero. Ne parla la Dieta a Innsbruck, il Governo di Londra, sappiamo che persino il Parlamento di Londra ha dato recentemente la risposta che si meritava a quei tre deputati inglesi i quali ad ogni pie' sospinto e due giorni dopo le dichiarazioni di Brugger, hanno presentato alla Camera dei Comuni l'interpretazione alla quale giustamente il Vicecancelliere ha risposto che era una questione che riguarda l'Italia e l'Austria e non l'Inghilterra.

Quindi non posso e non so veramente darmi pace, se posso usare questa parola, per il fatto che il partito di maggioranza italiano, nonostante tutto quello che sta avvenendo, nonostante le provocazioni — concedetemi questo termine — tranquillamente continui a dire: « ma occupiamoci dell'amministrazione, la Regione ha ben altri problemi! ». No, la Regione ha come problema principale questo.

Due parole all'on. Paris, il quale ha voluto richiamare ancora una volta, anche lui mettendosi sullo stesso piano degli altri, che in fondo il risentimento e i rancori che agitano il S.V.P. sono dovuti alla politica del ventennio fascista.

PARIS (P.S.D.I.): Anche a quella!

MITOLO (M.S.I.): Io dico: ma perchè volete far scontare ai 120 mila italiani che stanno in Alto Adige gli errori commessi da una politica? Fateli scontare, prendetevela con me che ero fascista allora e lo sono ancora adesso, ma lasciate stare gli altri, perchè quello che avviene in Alto Adige non tocca solò quelli che erano e sono fascisti, ma tocca tutti gli italiani!

PRESIDENTE: Tempo, Consigliere!!

MITOLO (M.S.I.): Quindi il voler ricordare ad ogni pie' sospinto questa tesi, significa proprio voler portare acqua al mulino dei nostri avversari principali. E' ora di farla finita! Volete che costoro vadano avanti ancora per altri vent'anni servendosi di questi argomenti per poter fare la politica che fanno, per poter raggiungere gli obiettivi che raggiungono?! E qui concludo, Presidente, prendendo atto che i Consiglieri del S.V.P. se ne sono andati e augurandomi che restino fuori dal Consiglio Regionale il più a lungo possibile!

PRESIDENTE: Un momento, ho concesso di fumare, quindi si può rimanere in aula! (*ilarità*).

Metto in votazione l'ordine del giorno: è respinto con 4 contrari, 3 favorevoli, la maggioranza astenuta.

Passiamo all'esame dei singoli capitoli di bilancio.

ENTRATA ORDINARIA

Cap. 1. E' posto ai voti il cap. 1: unanimità.

Cap. 2. Al cap. 2 c'è un emendamento della Commissione. Il Regolamento dice che se vi è una variazione al disegno di legge si vota sul testo della Commissione, altrimenti si vota sul testo del proponente. Finora si è fatto così, quindi lo considero semplicemente come emendamento, che si vota prima e che se viene respinto si vota il testo del proponente. Dice il Regolamento che si vota sul testo del proponente, a meno che la Commissione non abbia proposto un testo proprio e non un piccolo emendamento al bilancio.

Metto in votazione il cap. 2 considerando l'emendamento come testo della Commissione: è approvato all'unanimità.

Cap. 3. *Per memoria*.

Cap. 4. E' posto ai voti il cap. 4: unanimità.

Cap. 5. E' posto ai voti il cap. 5: maggioranza.

Cap. 6: *per memoria*.

Cap. 7. E' posto ai voti il cap. 7: unanimità.

Cap. 8: *per memoria*.

Cap. 9: « *Imposta sull'energia elettrica prodotta nella Regione (art. 63 legge costituzionale 26.2.1948, n. 5, e leggi regionali 14.2.1949, n. 1, e 9.10.1953, n. 14) - L. 560 milioni* ».

PUPP (Presidente G. P. Bolzano - S.V.P.): Vorrei pregare il Presidente della Giunta Regionale di dare una risposta alla domanda che ho fatto nel mio intervento. Avevo cioè detto che le Ferrovie dello Stato sono esenti e che da questa esenzione deriva l'intervento finanziario dello Stato nella Regione, e che questo intervento è avvenuto nella provincia di Trento con la costruzione della ferrovia Trento-Malè. Io avevo chiesto al Presidente di intervenire a favore della linea ferroviaria Brunico-Campo Tures. Credo che proprio su questa base il Governo potrebbe aderire alla richiesta degli abitanti della Vallata di far proseguire detta ferrovia, anche se rappresenta un piccolo deficit per lo Stato. Pregherei il Presidente di darmi una risposta su questo punto.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Al punto ed al grado attuale, del problema che il Presidente della Giunta Provinciale mi sottopone, non sono in grado di dire più di questo: esamineremo la cosa, sentirò in modo particolare l'Assessore dei trasporti e vedrò quali sono i termini di questo problema, consultandomi anche con voi, e poi vedrò il da farsi. Non posso dire di più, perchè, non conoscendo il tema attualmente, non sono in grado di fare previsioni. Il nostro interesse e dovere di occuparci anche dei trasporti mi sembra chiaro, e posso dire che la cosa sarà senz'altro studiata.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Vorrei cogliere l'occasione per pregare il Presidente Odorizzi, visto che ha dato queste assicurazioni al Presidente della Giunta Provinciale Pupp, di voler estendere il suo interessamento non limitandolo solo alla Campo Tures-Brunico, ma anche alla Caldaro-Bolzano, prima che avvenga l'irreparabile, cioè quanto è avvenuto per la Campo Tures-Brunico. Quindi estendere il proprio interessamento anche a questa linea importantissima, e ringrazio.

PRESIDENTE: E' posto ai voti il cap. 9: unanimità.

Cap. 10. E' posto ai voti il cap. 10: unanimità.

Cap. 11: « *Proventi dell'imposta governativa riscossa nella regione per l'energia ed il gas ivi consumati (art. 61 legge costituzionale 26.2.1948, n. 5) - L. 415 milioni* ».

PARIS (P.S.D.I.): Qui vorrei sapere perchè non è possibile includere anche i gas liquidi, perchè il consumo di questi gas va aumentando di anno in anno. In Commissione non mi è stata data una risposta soddisfacente, quindi vorrei sentire dal Presidente della Giunta qual è il suo pensiero, se è possibile cioè includere anche detti gas liquidi che potrebbero rappresentare un introito notevole per il bilancio della Regione.

DALVIT (Assessore finanze, credito e coop. - D.C.): L'art. 61 recita: « E' devoluto alla Regione il provento dell'imposta governativa riscossa nella Regione stessa per l'energia ed il gas ». Ora, per gas si deve intendere il gas illuminante, quello prodotto, e non i gas in senso generico, quelli venduti nelle bombole ecc. Per questa ragione si fa riferimento al gas detto in questa forma, è restrittiva la definizione e l'articolo « il » purtroppo ci preclude quella possibilità che è stata avanzata come idea dall'on. Paris.

KESSLER (D.C.): L'interpretazione restrittiva dà indubbiamente questo risultato, però non so, presso lo Stato noi intanto potremo cominciare a sostenere la tesi che si tratta di gas aeriforme quale è questo, in quanto potrebbe darsi che insistendo la spuntassimo. Quindi la proposta di Paris mi sembrerebbe di doverla accogliere, nel senso di insistere per questa interpretazione che a noi è più favorevole.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Se la Commissione che fu a suo tempo nominata e che deve riprendere i suoi lavori, ci mettesse in grado di concludere il tema dell'art. 60 e di proporre la modificazione di quell'articolo a sensi dell'art. 89 dello Statuto, quindi con legge ordinaria dello Stato, questo tema potrebbe essere considerato. Dal momento che si modifica una disposizione finanziaria si potrebbe vedere di precisare meglio la portata dell'art. 61. Oggi, per la ragione particolare

che finchè la regolazione dei rapporti finanziari è basata sull'aliquota mobile del monopolio che ha un gettito infinitamente superiore a questo e delle altre voci di cui all'art. 60, è inutile andare a fare una questione di dettaglio di questa natura. Solo quando si presentasse l'opportunità di una revisione di queste norme finanziarie, nel quadro di esse, con il criterio di amplificare la parte fissa dell'imposta dello Stato da trasmettere alla Regione, allora sì, ma oggi no, perchè andremmo a recuperare dieci milioni o qualche cosa di più qui che ci vengono meno di là.

Nel meccanismo attuale questi temi non hanno un'importanza pratica. Quindi quella tale Commissione eventualmente consideri pure l'opportunità di modificare l'art. 61, e sarà il caso che lo faccia, altrimenti il tema rimane troppo abbandonato ed è difficile andare a proporre leggi su leggi; si includa perciò anche questo tema, si modifichi migliorando, facendo più preciso il testo dell'art. 61. Ma finchè non si affronta quell'altro tema del meccanismo attuale dei rapporti finanziari con lo Stato, mi sembra che non sia attuabile.

PARIS (P.S.D.I.): Posso aderire alla richiesta del Presidente della Giunta nel senso di dire: prima arriviamo alla stabilizzazione o al meccanismo che determini il gettito dell'art. 60, e poi riprendiamo quell'altro in quanto aumentiamo le nostre entrate. Può questo essere un ragionamento accettabile, non però quello dell'Assessore delle finanze che rinuncia dicendo che il gas secondo lui è il gas da carbone. No, è un gas anche l'altro; se il gas da carbone, dalla distillazione dell'antracite, fosse reso liquido o compresso, per questo non abbiamo diritto all'imposta? Non mi pare. Accetto l'impostazione data dal Presidente della Giunta: cerchiamo di sfruttare tutte le nostre risorse dopo che sono stati definiti i rapporti sull'art. 60.

PRESIDENTE: E' posto ai voti il cap. 11: unanimità.

Prima di procedere ad altro argomento, per ragioni organizzative dovremo decidere l'orario dei lavori; ci sono anche gli uffici che chiedono questa decisione. Penserei, se i Consiglieri non hanno nulla in contrario, di lavorare questa settimana anche in serata, salvo una giornata. Cioè proporrei di lavorare oggi e domani, mentre giovedì, in quanto si

riunisce il Consiglio Provinciale di Trento, lavorare ad orario unico dalle 9,30 alle 14, riprendendo poi venerdì con lo stesso orario, e continuarlo finchè abbiamo finito, cioè anche il sabato se non finiamo venerdì. Non è una seduta notturna, ma una seduta serale, dalle 8,30 alle 11,30. Nessuno è contrario? Allora è stabilito detto orario, eccetto che per il giovedì.

Cap. 12. E' posto ai voti il cap. 12: unanimità.

Cap. 13. E' posto ai voti il cap. 13: unanimità.

Cap. 14: *per memoria*.

Cap. 15. E' posto ai voti il cap. 15: unanimità.

Cap. 16: *per memoria*.

Cap. 17. E' posto ai voti il cap. 17: maggioranza favorevole, 1 contrario.

Cap. 18: « *Diritti per il rilascio, dagli Uffici del Libro fondiario, di estratti tavolari e copie di documenti (art. 6 legge regionale 1° dicembre 1953, n. 22) - L. 6 milioni* ».

C'è un emendamento, a firma Dalvit-Berlanda-Odorizzi, che porta lo stanziamento da 6 milioni a L. 6.500.000.

E' posto ai voti l'emendamento: unanimità.

E' posto ai voti il capitolo: unanimità.

Cap. 19: E' posto ai voti il cap. 19: unanimità.

Cap. 20. E' posto ai voti il cap. 20: unanimità.

Cap. 21: *per memoria*.

Cap. 22. E' posto ai voti il cap. 22: unanimità.

ENTRATA STRAORDINARIA

Cap. 23: « *Contributo statale trentacinquennale del 4 % sulla spesa di L. 45 milioni, per la costruzione in Trento di una casa popolare per i dipendenti della Regione (legge 2 luglio 1949, n. 408) (seconda annualità) - L. 1.800.000* ».

PARIS (P.S.D.I.): Si potrebbe chiedere quanti sono i dipendenti senza appartamento?

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Dipendenti senza appartamento nessuno; naturalmente ce ne sono moltissimi che stanno in abitazioni private o di altri enti. Abbiamo costruito delle case, ma non sistemiamo tutte le famiglie, solo una piccola minoranza.

PARIS (P.S.D.I.): Le richieste quante sono?

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): In questo momento l'Assessore mi informa che su tutti i no-

stri dipendenti, che sono complessivamente 700, (ma non tutti qui, perchè ci sono anche quelli degli organi periferici), le richieste sono 50, tutte di dipendenti che si trovano in una situazione ansiosa e che tendono ad ottenere un'abitazione negli immobili costruiti dalla Regione, perchè per molte ragioni è più conveniente.

PARIS (P.S.D.I.): Allora chiedo: pensa la Giunta di soddisfare queste 50 richieste?

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Abbiamo in costruzione un'altra casa.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 23: unanimità.

C'è la proposta di un nuovo cap. 23 bis, a firma Dalvit, Berlanda, Kapfinger, del seguente tenore: «Assegnazione statale per la concessione di contributi e concorsi a sensi degli artt. 3, 4 e 5 della legge 25 luglio 1952, n. 991, e successive modificazioni (art. 6 legge regionale 8 febbraio 1956, n. 4, e decreto ministeriale agricoltura e foreste 9 ottobre 1956) - L. 300 milioni».

PRUNER (P.P.T.T.): Perchè non si definisce a termini della legge regionale, anzichè a termini della legge statale?

PRESIDENTE: C'è fra parentesi la citazione: «art. 6 della legge regionale 8.2.1956, n. 4, e decreto ministeriale agricoltura e foreste 9.10.1956».

La parola al cons. Vinante.

VINANTE (P.S.I.): Vorrei chiedere all'Assessore se volesse gentilmente informarci, perchè non l'ho sentito in Commissione e non so se c'è nella relazione, qual è il suo pensiero circa l'applicazione di investimento di questi 300 milioni, se è il rispetto integrale della legge sulla montagna o se darà le preferenze di investimento in determinati settori.

KAPFINGER (Assessore agricoltura - S.V.P.): Lei vuole avere una risposta proprio precisa ed esauriente, perciò proporrei di poter differire questa risposta al momento in cui troveremo il capitolo delle uscite sulla stessa voce. In quel momento, più adatto, discuteremo questo capitolo, nel frattempo posso raccogliere precisazioni proprio esaurienti, altrimenti in via di massima posso riferire anche adesso.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 23 bis: maggioranza favorevole, 1 astenuto.

Cap. 24: *per memoria*.

Cap. 25: «Quota dei contributi governativi spettanti alla Regione per la partecipazione finanziaria nella produzione di film cortometraggi» - *per memoria*.

VINANTE (P.S.I.): Volevo solo dire che la Commissione ha proposto di eliminare al cap. 25 la parola «film», lasciando solo cortometraggi; non so se la Commissione ha presentato il progetto di variazione.

PRESIDENTE: Tale è la proposta della Commissione, ma credevo che fosse decaduta in quanto mi hanno detto che dopo i chiarimenti si è ritenuto opportuno mantenere la parola «film».

PREVE CECCON (M.S.I.): L'ho ritirato per non mettere in difficoltà la Ragioneria.

PRESIDENTE: Allora valeva la pena dirlo.

Cap. 26: *per memoria*.

Cap. 27: *per memoria*.

Cap. 28: *per memoria*.

Cap. 29: *per memoria*.

Cap. 30: *per memoria*.

C'è la proposta di un cap. 30 bis, a firma Dalvit, Berlanda, Odorizzi: «Recupero di somme per svincolo di depositi cauzionali effettuati nell'interesse dell'Amministrazione regionale»: *per memoria*.

E' posto ai voti il cap. 30 bis: unanimità.

Cap. 31: *per memoria*.

Passiamo quindi alle Spese.

SPESA ORDINARIA

Assessorato delle finanze, credito e cooperazione

Cap. 1. E' posto ai voti il cap. 1: unanimità.

Cap. 2. E' posto ai voti il cap. 2: unanimità.

Cap. 3. La Commissione propone la soppressione del cap. 3, di L. 302 milioni: «Assegnazione a sensi dell'art. 70 della L. C. 26.2.1948, n. 5, alle due Province di Trento e Bolzano».

C'è un emendamento a firma Unterrichter, Schatz, Pupp ecc.: «Assegnazione a sensi dell'art. 70 della L. C. 28.2.1948, n. 5, alla Provincia di Trento il 47 %, L. 282 milioni; alla Provincia di Bolzano il 53 %, L. 318 milioni; salvo conguaglio in proporzione al gettito delle entrate tributarie

della Regione ricavato rispettivamente nel territorio delle due province - L. 600 milioni ».

PUPP (Presidente G. P. Bolzano - S.V.P.): Anche se le risposte date al mio intervento dal Presidente della Giunta Regionale e dall'Assessore delle finanze non erano molto promettenti, devo insistere sulla mia proposta, cioè di aumentare lo stanziamento alle due Province, salvo naturalmente la suddivisione alle due Province come prevista dalla legge e salvo naturalmente il conguaglio che dovrà essere senza dubbio fatto. Ma oggi come oggi indicare esattamente la percentuale di questa suddivisione non è possibile, perchè mancano ancora alcuni dati delle entrate, in special modo dell'IGE, che varierà almeno di alcuni punti la percentuale oggi indicata nel 47 % e nel 53 %. E' chiaro che qui dovremmo attenerci alla legge di ripartire come il testo dell'art. 70 indica chiaramente. L'Assessore delle finanze disse che le Province, se si dovesse aumentare questo stanziamento, dovrebbero mettere a disposizione del Consiglio Regionale i rispettivi bilanci, dimostrare con altre parole le loro necessità. Credo nel mio intervento di aver indicato almeno in linea di massima le necessità della provincia di Bolzano, necessità che derivano da impegni esatti e desunti dalle leggi provinciali, da impegni derivanti dallo Statuto di autonomia. E non voglio più oltre ripetere la cifra che ho indicato a suo tempo, chè dovrebbe bastare, dovrebbe essere senz'altro sufficiente al Consiglio per decidere in favore della mia proposta. Spero che il mio illustre collega di Trento si associ elencando qualche dato che dimostri anche per la Provincia di Trento questo fabbisogno; se non lo facesse dimostra che la Provincia di Trento non ha bisogno di tale aumento.

Sento subito l'avv. Odorizzi dire: « dove prendiamo questi fondi? ». E la seconda domanda che ci farà sarà: « lo Stato ci consentirà questo aumento? ». E qui devo rettificare una affermazione dell'avv. Odorizzi; non so se abbia inteso male o se si è dimenticato, ma non corrisponde a verità il fatto che, come lui disse, i Presidenti delle Giunte Provinciali di Bolzano e di Trento si sono recati a Roma per la discussione dell'art. 60. A me non consta di essere andato a Roma per questa discussione, può darsi che sia andato il Presidente Rosa,

ma io no. Io sono andato a Roma quando ero Assessore dell'agricoltura e foreste, e ho dovuto constatare che le difficoltà di trattare con il Ministero alle finanze non sono piccole, è difficile tirar fuori una lira a questo Ministero, ed è anche comprensibile perchè il Ministero deve curare gli interessi di tutte le Province d'Italia, non solo della Regione Trentino-Alto Adige. Però credo che se le due Province documentassero le loro esigenze il Ministero dovrebbe cedere, perchè l'art. 70 dello Statuto dice chiaramente che la Regione deve mettere a disposizione delle Province i fondi necessari per svolgere i compiti derivanti dallo Statuto. Non credo ci siano difficoltà, può darsi che il Presidente Odorizzi mi dimostri che è diversamente.

L'altra questione è: da dove si prendono i fondi? Non voglio sconvolgere con la mia proposta tutto il bilancio regionale e dire che un Assessore deve rinunciare. Questo è lontano dalla mia idea, perchè ogni Assessore ha fatto i suoi conti, le sue proposte, e non si può assolutamente detrarre dal bilancio di qualche Assessorato degli stanziamenti. Rimangono due soluzioni; la prima sarebbe che la Regione dicesse: riconosco che le Province devono avere più dei 300 milioni previsti nel bilancio e perciò accendo un mutuo. La seconda sarebbe: durante l'anno proponiamo una variazione di bilancio includendo un avanzo del bilancio precedente. Queste due vie credo che siano possibili e credo che le richieste delle Province -- almeno quelle fatte da me per la Provincia di Bolzano -- non siano esagerate, indicando il 12 % di quelle imposte dovute sia dallo Stato che dalla Regione stessa. Credo sia una somma che potrebbe definirsi soddisfacente per le Province e non esagerata per la Regione. Perciò pregherei il Consiglio di prendere in benevola considerazione la mia proposta e di voler disporre qualche aumento a favore delle due Province.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Prima di tutto, Presidente Pupp, devo rettificare la sua rettifica in questo senso. Non ho affermato che i Presidenti delle Giunte Provinciali furono a Roma per le trattative con lo Stato in ordine all'art. 60, in questo ultimo anno. Ho detto « nelle precedenti legislature ». I Presidenti delle Giunte Provinciali furono, non tutti gli anni, ma per lo meno due volte,

invitati da me a recarsi con me, e personalmente, a Roma, per tentare di ottenere essi, attraverso la possibile disposizione di maggiori argomenti di quanti non ne avessi io, una maggiorizzazione del capitolo relativo all'assegnazione che il Consiglio Regionale fa alle Province ai sensi dell'art. 70. Dissi che i loro interventi erano rimasti negativi. Non ho fatto nessun riferimento a questo ultimo bilancio, a proposito del quale non sarebbe stato assolutamente esatto dire che i Presidenti delle Giunte Provinciali si sono recati a Roma.

Per la questione in sè, devo ricordare proprio in questo senso a voi, che avete i vostri rappresentanti in Giunta, vi devo ricordare che sulla somma da attribuire alle Province complessivamente anche per questo esercizio 1957 era intervenuto un accordo. Avvennero dopo delle discussioni per la assegnazione di quei famosi 30 milioni, e per la ripartizione fra le due Province. Questioni che dovranno essere poi con più calma riprese dall'Assessore delle finanze in consultazioni fra le due Province e che dovranno essere risolte. Ma sull'entità dello stanziamento era una cosa già decisa. Aumentare oggi lo stanziamento è impossibile, perchè la individuazione delle somme di entrata che voi fate o avete fatto nei vostri precedenti interventi, cioè l'attingimento dal fondo che è stato accantonato per la costruzione del palazzo regionale, non va. Ormai la Giunta è assolutamente obbligata a mandare in esecuzione la delibera del Consiglio Regionale ed i relativi atti sono in maturazione. Nell'ultima seduta di Giunta, ieri, abbiamo definitivamente approvata la convenzione con la Banca d'Italia per la cessione del suolo, di modo che ora si potrà dare esecuzione e comunque non potrà essere sacrificata quella iniziativa a queste particolari esigenze.

Tutto sommato devo pregare il Presidente della Giunta Provinciale di Bolzano di non insistere nella richiesta, fermo restando che per quanto riguarda la ripartizione, entro l'esercizio finanziario e possibilmente subito dopo la approvazione del bilancio, attraverso l'opera di esame e di consultazione fra le due Province che sarà diretta dall'Assessore delle finanze, questo tema dovrà essere risolto. Per quanto riguarda l'aumento negli esercizi futuri, se il tema dovrà apparire di possibile attuazione, bisognerà che venga ricondotto all'integrale

interpretazione ed applicazione dell'art. 70, che presuppone una valutazione che non può essere fatta con un'indicazione di larga massima come ha fatto lei, valutazione cioè delle effettive esigenze delle due Province, essendo storicamente corrispondente al vero che la somma che abbiamo stabilito fu quella massima che potemmo ottenere per questo titolo nelle consultazioni con lo Stato. Se mai il tema è da riprendere dopo, e non escludo che si possa fare qualche cosa.

Devo anche riconoscere che accanto alle richieste vostre mi sono abbastanza frequentemente state fatte delle richieste dal Presidente della Giunta Provinciale di Trento, il cui bilancio non è assolutamente molto florido, e quindi lungo la strada si farà quello che sarà possibile fare. Oggi ci troviamo a dover respingere la proposta del Presidente Pupp.

ROSA (Presidente G. P. Trento - D.C.): Le ragioni ora esposte da Odorizzi avevano indotto me a non insistere in questa sede. D'altra parte l'avv. Odorizzi è anche Consigliere Provinciale, e nella trattazione di quel bilancio si accorgerà come anche la Provincia di Trento può affiancarsi alla Provincia di Bolzano nella richiesta, tanto è vero che persino nel compito principale che ha la Provincia, cioè quello delle strade, per poter fare qualche cosa si prevede di dover accendere un mutuo di 200 milioni. Quindi è ovvio che l'insistenza della Provincia, anche se cade oggi, ritornerà insistentemente domani. Penso che il Presidente della Giunta Regionale e la Giunta Regionale stessa vorranno tenere conto di questo, e durante l'anno vorranno studiare qualche provvedimento, che potrà essere di variazione al bilancio, onde venirci incontro, perchè francamente la Provincia di Trento è quasi esaurita nelle sue possibilità di delegazioni e quindi di accendere mutui, e dovrà dunque trovare una porta aperta presso la Regione per continuare ed esaurire quei compiti istituzionali, quelle spese obbligatorie alle quali è tenuta.

PARIS (P.S.D.I.): Ci siamo sempre trovati davanti a questa somma, abbiamo sempre visto questo stanziamento, però non sappiamo fino a che anno è avvenuto il conguaglio, come è avvenuto questo conguaglio. Si può avere una risposta?

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Per scrupolo

polo di esattezza, in modo particolare con riguardo ad una osservazione che viene fatta adesso dai colleghi di Giunta del gruppo linguistico tedesco. Se volete la ricapitolazione di questo tema più esatta di quella di prima, di quanto è stato detto e convenuto, le cose stettero in questi termini precisi...

MITOLO (M.S.I.): Ma non siete mai d'accordo!!

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): E' una discussione che è nata relativamente a questa voce e desidero sia ricapitolata in termini di assoluta esattezza. Il bilancio era stato fatto oggetto di deliberazione da parte della Giunta passata, come sempre avviene: nell'ultimo esercizio di legislatura la Giunta, pur prevedendo la scadenza del suo mandato, compone il bilancio per l'esercizio successivo nel desiderio di rispettare i termini di presentazione della legge e in considerazione di una grande opportunità che esiste, che è questa: di non ritardare con l'ultimo anno di esercizio di una legislatura quella continuità di impostazione e di svolgimento delle relazioni con gli organi dello Stato che riguarda i problemi finanziari e che è assolutamente soddisfacente, per quanto soprattutto si attiene a tempestività nei versamenti. In quelle discussioni raggiungemmo l'accordo sulla entità complessiva dello stanziamento da dare alle due Province.

Quando il bilancio venne in esame presso la nuova Giunta, l'Assessore delle finanze fece presente che la ripartizione della somma fra le due Province in dipendenza dell'aumento del gettito delle imposte, doveva spostarsi a favore della Provincia di Trento e a danno della Provincia di Bolzano, in maniera che, fatta salva l'assegnazione alla Provincia di Bolzano di una somma di compensazione per altre erogazioni maggiori fatte alla Provincia di Trento, che si aggirava sui 30 milioni, la rimanente somma sarebbe stata suddivisa in maniera che la Provincia di Bolzano avrebbe percepito meno, rispetto all'esercizio finanziario precedente. Gli Assessori di lingua tedesca dissero di non poter essere d'accordo che la Provincia prendesse meno che negli esercizi precedenti; dissero che si sarebbe potuto aumentare alla Provincia di Trento quanto desiderato cercando insieme altre fonti di entrata, ma che non avrebbero accettato una diminuzione dello stanziamento a favore della

Prov. di Bolzano rispetto a quello che era lo stanziamento degli anni precedenti. Noi abbiamo risposto che la ripartizione interna della somma fra le due Province è legata al gettito delle imposte percepite entro il territorio delle due Province stesse, e che se questo gettito aveva un andamento diverso in una Provincia dall'andamento segnato nell'altra Provincia, bisognava trarne le conseguenze nell'applicazione come chiave di ripartizione. Era avvenuto in precedenza che talune attribuzioni fatte negli anni della prima legislatura ancora in favore della Provincia di Trento si erano dovute diminuire aumentando l'assegnazione alla Provincia di Bolzano, perchè così comportava l'andamento delle imposte; altrettanto si doveva fare ora, perchè se è avvenuto che la pressione fiscale e rispettivamente il gettito naturale delle imposte in provincia di Trento aumenta di più che nella provincia di Bolzano, penso che nella ripartizione dell'art. 70 se ne debba tener conto. Questo senza che nulla si dica nell'ordine dello stanziamento globale dell'art. 70.

Abbiamo lasciato indefinita la questione del metodo della ripartizione. Abbiamo preso atto della decisa dichiarazione dei Consiglieri ed Assessori del S.V.P. di non ammettere diminuzioni dello stanziamento a favore della Provincia di Bolzano rispetto agli esercizi precedenti, ma abbiamo detto che non impegnavamo ora una decisione anche perchè non disponevamo dei dati del gettito delle imposte generali sull'entrata ed avevamo da fare altri accertamenti. Questi altri accertamenti forse ora sono già fatti, o saranno fatti in seguito e continueremo la conversazione. Ma qui il principio è questo: lo stanziamento è quello che è, la ripartizione può essere diversa anno per anno, ora a favore di una provincia, ora a favore dell'altra, a seconda del gettito delle imposte percepite nel territorio delle rispettive province. Quindi, anche dando atto che entro questi limiti e per queste ragioni, in sede di ripartizione della complessiva somma fra le due Province i signori colleghi di Giunta del gruppo etnico tedesco non furono d'accordo con noi; anche dando atto di questo, il tema è quello che ho illustrato. La somma non può essere modificata, la ripartizione si farà con l'applicazione scrupolosa dell'ultima parte dell'art. 70; se porterà vantaggi alla Provincia di Bolzano lo riconosce-

mo volentieri, se porterà ad essa svantaggio dovrà essere accettato anche da voi come conseguenza di una corretta applicazione di quell'articolo.

KESSLER (D.C.): Rispondendo all'on. Paris dirò che il conguaglio fra le due Province non è stato fatto, non ho i dati esatti, certo è che dal 1952 al 1956 il conguaglio per la Provincia di Trento ammonta a 100 milioni e mezzo. L'ing. Pupp diceva prima che il conguaglio deve essere fatto quando si hanno tutti i dati esatti, perchè ora mancherebbero i dati relativi all'IGE. Mi risulta che l'Assessore delle finanze sta raccogliendo questi dati. In ogni caso non sono assolutamente d'accordo di dire: facciamo il conguaglio quando abbiamo tutti i dati e non prima; io dico: intanto facciamo il conguaglio sulla base dei dati che abbiamo, l'ulteriore definitivo conguaglio lo faremo quando saremo in possesso di tutti i dati. Questo lo dico proprio perchè noi oggi con i dati di cui disponiamo abbiamo un credito di 100 milioni. Quindi direi: se questi dati vengono, ben vengano, ed è meglio, perchè così possiamo fare un riparto definitivo, ma se non vengono abbastanza sollecitamente, cioè entro quest'anno, sono dell'opinione ed insisto perchè una ripartizione venga fatta. Se la chiave che abbiamo e usiamo sui dati in nostro possesso esattamente non va, allora ne proporrei un'altra: finchè siamo in possesso dei dati definitivi ed ultimi facciamo una ripartizione al 50 % ed il conguaglio lo faremo nel momento in cui saremo in possesso dei dati che attendiamo. Ma insisto ancora che questo conguaglio dobbiamo farlo al massimo entro questo anno.

BRUGGER (S.V.P.): Parlo a favore dell'emendamento presentato dal cons. Pupp, anche in considerazione di quanto ha detto l'avv. Rosa, Presidente della Giunta Provinciale di Trento. Il signor Presidente della Giunta Provinciale di Trento ha fatto presente gli ulteriori bisogni della Provincia di Trento. Noi intanto riteniamo che per le Province l'art. 70 non ha lo stesso valore che per la Regione ha l'art. 60; riteniamo anche che con una variazione di bilancio, dopo le future entrate, appesantiamo l'amministrazione in quanto dobbiamo fare anzitutto una legge di variazione al bilancio della Regione e successivamente due leggi di variazione ai bilanci delle Province. Se noi possiamo avere un aumento adesso, ne risulterà un im-

pinguamento di quel capitolo che ora diminuiamo in favore delle Province, con una variazione al bilancio regionale, mentre le Province così questa variazione non la devono fare. Con ciò mantengo la proposta del Presidente della Giunta Provinciale di Bolzano, cioè che si prenda un importo, come proposto, dal fondo per la costruzione del palazzo della Regione e che si aumenti di detto importo il fondo per le Province, riportando poi la somma in sede di variazione di bilancio regionale, quando avremo gli ulteriori introiti di questo bilancio.

PUPP (Presidente G. P. Bolzano - S.V.P.): Sono naturalmente in linea di massima d'accordo con le osservazioni del dott. Kessler. La ripartizione deve avvenire sulla base della legge, qui non c'è discussione e non possiamo e non vogliamo neanche opporci. Però il dott. Kessler dice: « ci sono 100 milioni a favore della Provincia di Trento da conguagliare ».

KESSLER (D.C.): Dal 1952 in poi!

PUPP (Presidente G. P. Bolzano - S.V.P.): Dal 1952 in poi. Io ho fatto i calcoli e sono solo 56 milioni, secondo le mie risultanze. Questo sarà discusso. Non potrei essere d'accordo sulla tesi che ammettiamo, che dà a favore della Provincia di Trento 50 milioni e che questi 50 milioni vengano detratti dalla somma messa a disposizione della Provincia di Bolzano per quest'anno. Non potrei essere d'accordo che l'attribuzione alla Prov. di Bolzano diminuisca in confronto all'anno passato. La Regione dovrà trovare un fondo per dare alla Prov. di Trento questo conguaglio, ma non detrarre magari cento milioni, come il dott. Kessler vorrebbe. Su questo non posso essere d'accordo. Sicuramente ci metteremo d'accordo sulla divisione, qui non ci saranno difficoltà, e anche se per questi accertamenti ci vorrà qualche tempo, non passerà però un anno. Non sarà difficile accertare le entrate dell'IGE esattamente; si potrà fare fra un mese la divisione definitiva, e speriamo che l'Assessore delle finanze trovi più presto questi dati esatti e sono convinto che qui non ci saranno difficoltà. Però non potrei essere d'accordo con una diminuzione dello stanziamento in confronto all'anno passato.

KESSLER (D.C.): Solo per precisare che sarei ben contento che venissero attribuiti subito i

56 milioni, che mi pare riconosce; però non vado così avanti da pretendere che ancora in sede di questo bilancio venga diminuita la quota della Provincia di Bolzano di 56 milioni, da attribuire in aumento alla Provincia di Trento. Non l'ho detto prima e non sono andato fino là; dico solo che entro l'anno al massimo dobbiamo regolare i vecchi conti e poi, con un provvedimento di bilancio, sulla scorta dei dati esatti di cui disporremo alla fine dell'anno, fare la ripartizione esatta. Indubbiamente non mi rivolgerò alla Regione per il conguaglio, bensì intanto alla Provincia di Bolzano; la questione « Provincia di Bolzano e Regione » sarà poi un'altra. Ma intanto cominciamo a dire che quei soldi, sulla cui cifra ci metteremo d'accordo, ma per lo meno di 56 milioni, ce li dovete dare voi, non li chiediamo alla Regione ma alla Provincia. Queste saranno le trattative da svolgere lungo l'anno, e a questo dovremo arrivare indipendentemente dal fatto che la Regione trovi o non trovi un ulteriore stanziamento a favore della Provincia di Bolzano, cosa che in questo momento a noi non interessa.

RAFFAELLI (P.S.I.): Volevo dire questo: che a noi sembra che l'esecuzione concreta dell'art. 70 richieda effettivamente uno stanziamento maggiore, e gradiremmo che nell'impostazione dei bilanci si prestasse più attenzione proprio agli scopi che sono fissati statutariamente dall'art. 70, quando si concreta lo stanziamento medesimo. Quindi la richiesta implicita nell'emendamento ci sembra fondata. Tuttavia non ci sembra opportuna in questo momento la fonte che è indicata, non ci sembra opportuna come fonte di reperimento di questo maggiore stanziamento la somma accantonata per il palazzo della Regione. Non che si abbia una fiducia illimitata nella realizzazione del palazzo della Regione, tuttavia pensiamo che un po' alla volta si arrivi: abbiamo notizia di una recente ulteriore conclusione con la Banca d'Italia per il terreno. Speriamo che sia l'ultima. Vorrà dire che se un altr'anno ci trovassimo di fronte ad una situazione analoga, la tentazione di prendere i 400 o 500 milioni che ci fossero per il palazzo della Regione e di darli purchè sia a qualche cosa o a qualcuno che li adoperi effettivamente, sarebbe tale che cadremmo senz'altro in questa tentazione. Ma per questa volta pensiamo di non accedere alla pro-

posta, dando all'astensione sull'emendamento il significato di ulteriore spinta alla Giunta perchè la Regione abbia la sua sede non solo, ma perchè quell'importo che è stato finora accantonato venga effettivamente utilizzato. Però con una dichiarazione di questo genere, che cioè noi siamo favorevoli per le future impostazioni di bilancio ad un maggiore incremento del capitolo che si riferisce all'art. 70, perchè non c'è il rispetto dello spirito dell'art. 70 medesimo quando si attribuiscono delle somme eccessivamente modeste.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Volevo dire intanto al cons. Raffaelli che a questa tentazione in ogni caso bisognerebbe resistere, anche per una questione di tecnica e di forma. Se le somme destinate alla costruzione della sede degli uffici regionali fossero in bilancio, noi potremo con un nostro provvedimento modificarle; sono nei residui, e non possiamo con una legge quale è quella che stiamo discutendo adesso modificare una situazione che ha già avuto la sua impostazione ormai definitiva nelle nostre precedenti deliberazioni e che ha contabilmente ed amministrativamente la natura sostanziale del residuo a cui dobbiamo fare fronte.

In ogni caso, per quanto riguarda gli aspetti formali che dovranno sanzionare quelli che saranno gli accordi che troveranno con l'Assessore delle finanze le due Province, ritengo che sarà facile trovare il modo più semplice e meno oneroso. Non credo che si debba arrivare all'emanazione di diversi provvedimenti per fare quello che dovrà essere fatto. Nella sostanza tengo anch'io a dire che dovete essere amministratori obiettivi prima di tutto. Ora se in passato è avvenuto che nel fare queste ripartizioni che avevano un evidente carattere provvisorio, perchè si parlava esplicitamente della necessità di un successivo conguaglio, è avvenuto che avete preso di più, bisogna che quel di più lo diate alla Provincia di Trento, come sarebbe assolutamente doveroso per la Provincia di Trento dare a voi quel di più che in queste ripartizioni provvisorie, salvo conguaglio, essa avesse percepito. La Regione non c'entra, ha fatto il suo stanziamento complessivo, ha proceduto alla ripartizione provvisoria, salvo conguaglio, e se avviene che l'una o l'altra Provincia in questa ripartizione provvisoria, salvo conguaglio, ha percepito

di più, bisogna che quella Provincia restituisca. Se perdiamo l'obiettività negli orientamenti dell'attività amministrativa, se in ogni cosa che capita si dice: « Sì, ma paghi la Regione, anche quando i debitori siamo noi », allora ci mettiamo ad amministrare secondo uno stile che mi auguro non diventi stile nostro.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento in discussione: 10 favorevoli, 16 contrari, 10 astenuti: l'emendamento è respinto.

C'è un altro emendamento, a firma Magnago, Plaikner, Kapfinger: « Aumentare lo stanziamento ivi previsto di L. 100 milioni portandolo a 402 milioni; prelevare i 100 milioni dal cap. 112, attribuendo alla Provincia di Trento (47 %) L. 175 milioni, alla Provincia di Bolzano (53 %) L. 197 milioni, più 30 milioni, cioè 227 milioni.

MAGNAGO (Vice Presidente C. R. - S.V.P.): Questo emendamento diversifica dal precedente, in quanto qui vengono elencate le somme che si possono prelevare per impinguare lo stanziamento di cui al cap. 3. Poco fa il Presidente della Giunta ha detto: non possiamo più prelevare fondi da stanziamenti approvati con precedenti bilanci, in quanto ci vorrebbe una nuova legge. Qui si prelevano i 100 milioni che si chiedono in aumento del cap. 3 dal cap. 112: « Costruzione del palazzo della Regione »; perciò non esiste nessuna difficoltà formale. Però il mio emendamento diversifica anche nella cifra: mentre il primo chiedeva 300 milioni, questo chiede 100 milioni da prelevare dal cap. 112 che prevede la costruzione del palazzo regionale. Ora, prelevando questi 100 milioni sono convintissimo che il palazzo della Regione verrà costruito lo stesso, in quanto che, se non erro, sono già accantonati a questo scopo 350 o 450 milioni...

TURRINI (Assessore lavori pubblici - D.C.):
Con il terreno!

MAGNAGO (Vice Presidente C. R. - S.V.P.):
...per la costruzione del palazzo regionale sono accantonati già 450 milioni, e nessuno mi fa credere che quest'anno si spenderanno di più dei 450 milioni che sono già accantonati, nessuno me lo fa credere, a meno che non mi si dimostri che il terreno costa più di 450 milioni. Sono convinto anzi che questi 450 milioni già accantonati, che non vo-

glio toccare, non si spenderanno quest'anno, e mi dispiace vedere questi 100 milioni non operanti ed inattivi, come sono rimasti inattivi ed inoperanti i 450 milioni già accantonati nelle legislature precedenti. Per questo motivo credo che qui non si possano sollevare questioni formali, e che si tratti semplicemente di una questione di buona volontà o meno.

Qualora nel corso dell'anno si dimostrasse da parte della Giunta che non bastano i 450 milioni accantonati, del che dubito, allora saremo disposti noi ad approvare altri mezzi necessari, perchè nessuno intende impedire la costruzione del palazzo della Regione, visto che abbiamo approvato anche i precedenti stanziamenti. La proposta di suddivisione del capitolo, che così sarebbe di 302 milioni a 402 milioni, è questa: alla Provincia di Trento il 47 %, 175 milioni; alla Provincia di Bolzano il 53 %. Sono perfettamente d'accordo sul fatto che la Provincia di Trento deve avere fino all'ultima lira che le spetta, perchè è ridicolo chiedere di più di quanto non prescriva la legge. Perciò sono anche d'accordo con il conguaglio, lasciamo adesso il 47 % per la Provincia di Trento, poi si troveranno anche i mezzi per fare questo conguaglio, ne sono convintissimo.

Ho brevemente illustrato questo emendamento. Potrei aggiungere che siccome con la proposta della Giunta, come si è detto, la Provincia di Bolzano quest'anno prenderebbe di meno, e questo è stato fatto osservare dai nostri rappresentanti in Giunta ed anche dai rappresentanti del S.V.P. in Commissione, non vorrei che qui si creasse l'opinione che nel gruppo rappresentante la Provincia di Bolzano ci fosse l'indirizzo di ostacolare lo sviluppo delle Province, le quali speriamo riceveranno anche nel corso di questo anno nuovi compiti attraverso le norme di attuazione.

MITOLO (M.S.I.): Speriamo di no!!

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Questo emendamento differisce nella forma, in quanto realmente porta delle modifiche all'attuale bilancio, quindi la relativa operazione potrebbe essere fatta con nostra delibera immediatamente. Nella sostanza però le cose non mutano. Mi si afferma che il contratto di trasferimento del suolo con tutti gli accessori che il contratto comporta, fiscali,

trasferimento, tassa di registro, e così via, comporterebbe una spesa di 190 milioni. Ho detto prima che ieri in Giunta abbiamo deliberato l'ultima modificazione, non di sostanza ma di forma, che ci fu richiesta dall'ufficio legale della Banca d'Italia, per cui penso che il contratto sarà da me firmato entro pochi giorni e scadrà con quella firma la necessità di corrispondere la somma equivalente al valore di 190 milioni. Deduceteli dai 450 milioni a disposizione, e restano 260 milioni. L'Assessore dei lavori pubblici mi assicura che questa somma sarà appena sufficiente per l'appalto della parte rustica, e non possiamo fare appalti senza avere la relativa somma stanziata in bilancio. Ora, spostare questo vorrebbe dire bloccare per un anno l'iniziativa, e di ciò avverto il Consiglio perchè prenda le deliberazioni che crede.

BRUGGER (S.V.P.): Credo che a quanto ha fatto presente il Presidente della Giunta si possa ovviare, perchè ritengo che entro l'annata in corso saranno messi a disposizione dell'Amministrazione regionale ulteriori fondi.

TURRINI (Assessore lavori pubblici - D.C.): Da chi?

BRUGGER (S.V.P.): Dai residui degli anni passati. Si potrà vedere, ma sono persuasissimo che prima che si dia inizio ai lavori del palazzo regionale questi fondi si potrebbero trovare e mettere in bilancio con una variazione. Ritorno a quanto ho detto prima, nel senso che ritengo che con questo emendamento presentato dal Vicepresidente del Consiglio si potrebbe fare subito una semplice variazione al bilancio regionale, trasferendo questi 100 milioni all'art. 70; le Province, che non hanno ancora predisposto il bilancio, possono prendere in considerazione questo importo loro spettante, mentre se questo importo verrà entro l'annata in corso si dovrà proporre una variazione al bilancio regionale e una variazione al bilancio sia della Provincia di Bolzano che di quella di Trento. Per questo motivo di semplificazione propongo che sia approvato l'emendamento, del quale voterò a favore.

PARIS (P.S.D.I.): Per prendere una decisione bisognerebbe sentire quando presumibilmente saranno appaltati i lavori, perchè noi che siamo qui da otto anni purtroppo abbiamo sempre sentito

delle promesse quando il discorso del palazzo della Regione veniva sollevato in questa aula, ogni anno. E non solo l'appalto dei lavori, che presuppone ormai uno stato avanzato del progetto e del preventivo di spesa, ma anche quale sarà l'ammontare dei lavori che verranno eseguiti durante l'anno 1957, perchè se le cose dovessero ancora protrarsi per qualche mese credo che i milioni che rimangono, e ne rimangono ancora 260, potrebbero essere sufficienti. Se l'andazzo continua come nel passato direi che sono di più, perchè è inutile lasciare dei denari al 4% e contrarre mutui al 8%.

Quindi mi augurerei di sentire da chi di competenza una parola definitiva, ma che questa parola sia poi mantenuta, altrimenti si dica coraggiosamente: non siamo ancora in grado di fare una previsione.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Mi pare che avviene ciò che noi di tanto in tanto notiamo da questi banchi, cioè si riversano qui delle impressioni alle quali si dà forma di un rammarico per ciò che sarebbe stato promesso e non è stato mantenuto. Ricordiamoci i fatti, on. Paris. Questo tema in Consiglio Regionale è venuto più e più volte. Perchè, in un primo tempo? Per la scelta dell'area. Si dovette discutere largamente, nominare una Commissione, c'era una proposta di prendere l'area di S. Maria Maggiore. Opportunamente da parte di alcuni, compreso lei mi ricordo, ci fu opposizione a definire il rapporto per l'acquisto dell'area di S. Maria, e ci si è detto: « Signori, fare ogni sforzo per ottenere che l'area disponibile sia l'area di Piazza Dante ».

PARIS (P.S.D.I.): Io ero per l'area delle Cannoniane!

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): O le Cannoniane a suo tempo, o altro. Comunque il Consiglio giunse alla deliberazione che si dovesse fare ogni sforzo per ottenere la disponibilità dell'area di Piazza Dante. Questo richiese un paio d'anni o tre di discussioni perchè il tema dell'area non fu il tema del primo esercizio, lei se lo ricorda perfettamente; poi ci furono le trattative immediatamente avviate per ottenere la disponibilità di quell'area e il cons. Paris deve ricordare che quel-

l'area fu possibile riscattarla solo ottenendo una permuta col palazzo di Piazza Alessandro Vittoria, e ricorda sicuramente che quel palazzo era soggetto a vincolo di difesa militare. Sa dirmi, on. Paris, per quella esperienza che deve avere di cose parlamentari e governative, che cosa vuol dire ottenere una liberazione dal vincolo militare? Ci vollero anni, ma anni passati non tenendo le mani in tasca, bensì andando a trattare decine e decine di volte, fino a tanto che si è dovuto ottenere anche un apposito provvedimento legislativo, non per quel solo bene, ma per diversi altri beni sottoposti al vincolo della difesa militare, affinché fossero venduti attraverso l'asta che ha avuto luogo, credo, un anno fa. Poi si è dovuto fare il bando di concorso in sede nazionale, con le modalità volute dal Consiglio, e quel bando ha richiesto pressappoco 8 o 9 mesi perchè non si doveva e non si poteva strozzarlo.

Adesso siamo al punto che il concorso è finito, la Commissione ha pronunciato e fu possibile attraverso l'asta far passare la Banca d'Italia nel palazzo di piazza A. Vittoria, per cui si avviò l'ulteriore fase di trattazione che consiste nella conclusione del contratto di trasferimento dell'area alla Regione. C'è di buono che noi con una certa prudenza amministrativa e, dobbiamo riconoscere, con lealtà di atteggiamento da parte della Banca d'Italia, abbiamo potuto fissare il prezzo alle basi di allora; se dovessimo farlo oggi probabilmente ci troveremmo nella necessità di raddoppiare la spesa. Ora tutto questo è passato necessariamente, e credo che forse qualche altro al nostro posto avrebbe risparmiato qualche mese, ma non di più, perchè è nella natura di queste cose. Ecco, mi consenta, con quella solita franchezza che deve esistere, di respingere quella parte di apprezzamento un po' svogliato per quello che si è fatto a questo proposito.

Adesso, ripeto, non è possibile fare l'asta dei lavori se non esiste la disponibilità della somma. Il fatto che la somma si sborserà fra un anno o due, non vuol dire niente; giuridicamente dobbiamo avere il capitolo a cui attingere nel momento in cui si fa l'asta, altrimenti nessuna Corte dei Conti vi registrerà il provvedimento. Siccome l'asta intendiamo farla appena firmato il contratto, sarebbe bloccare l'iniziativa per un altro anno il

prendere questi 100 milioni di qua e metterli di là. Quindi vi prego di considerare che l'iniziativa va in porto, altrimenti non lamentatevi dopo se vi sono ulteriori ritardi, perchè ciò sarebbero frutto della deliberazione del Consiglio.

A voi dico che non è necessario andare a compromettere una iniziativa per risolvere adesso questo tema. Voi parlate delle altre possibilità che si verificano lungo l'esercizio finanziario, me le auguro anch'io; quando quelle possibilità si saranno maturate decideremo il da farsi ed esamineremo le vostre richieste e quelle della Provincia di Trento, vedremo altre esigenze che possono in quel momento delinearci e giudicheremo ciò che sarà meglio fare. Se su quel piano sarà possibile — ma non prendetelo come un impegno perchè nessun impegno può essere preso in questo momento — se apparirà possibile considerare le richieste delle Province, o se tali richieste sembreranno prevalenti di fronte ad altre esigenze che possono maturarsi e che oggi non saprei prevedere, allora sarete accontentati, altrimenti no. Ma operiamo con criteri di solidarietà. La solidarietà nei nostri diritti amministrativi vuol dire che teniamo fede alle nostre precedenti deliberazioni; l'iniziativa del palazzo della Regione non deve venir turbata o pregiudicata dalle deliberazioni che proponete e stiamo a vedere: 1) che si maturino queste migliori possibilità; 2) che esse vengano utilizzate secondo le vostre proposte in quanto sembrano esse le migliori; se ce ne fossero delle altre, che anche voi obiettivamente in questo caso sareste in grado di riconoscere, secondo altra destinazione.

PARIS (P.S.D.I.): Sono convinto, signor Presidente, che si potevano abbreviare i termini, pur sapendo che cosa voglia dire trattare con il demanio dello Stato, in modo particolare quando il direttore della Sezione era il dott. Dante Crudele, e il nome vi dice tutto. Capisco le difficoltà avute con la Banca d'Italia, però c'è un parlamentare che riesce a far approvare i disegni di legge con una urgenza mai conosciuta in Italia, da quando è nata! Comunque a noi interessa sapere una cosa: gli appalti vengono fatti entro l'anno?

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Prima!

TURRINI (Assess. lavori pubblici - D.C.): Sì!

PARIS (P.S.D.I.): Perchè se vengono fatti gli appalti per lo meno bisogna farli per tutte le opere murarie, ed allora l'importo è necessario. Se ci assicurate che gli appalti vengono fatti entro l'anno, noi non votiamo l'emendamento, altrimenti saremo costretti a votarlo, perchè non vediamo l'utilità di accantonare altri 100 milioni e che le Province siano costrette a contrarre dei mutui.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'emendamento al cap. 3.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Vi attendete questa risposta. Vi diremo che ieri abbiamo definito in Giunta l'ultima clausola sulla quale l'ufficio legale della Banca d'Italia ha creduto di proporci qualche modificazione. L'abbiamo approvata e abbiamo accettato il testo proposto dalla Banca d'Italia in ordine a questa clausola. Quindi credo che fra giorni, mettete pure fra settimane, nella peggiore delle ipotesi, firmerò il contratto, dopo di che noi, trascritto il contratto e diventati proprietari dell'area, intendiamo fare il bando per porre all'asta per lo meno un lotto di lavori che riguarda il grezzo.

PARIS (P.S.D.I.): Progetti e preventivi ci sono?

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Progetti e preventivi ci sono tutti!

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento preletto: 15 contrari, 13 favorevoli, 8 astenuti. L'emendamento è respinto.

Si riprende alle ore 15.

(Ore 12,35).

Ore 15.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Abbiamo ancora un emendamento sul cap. 3, presentato a firma di Benedikter, Magnago e Plaikner che dice: « Aumentare lo stanziamento complessivo da 302 milioni a 335 milioni, prelevando i 33 milioni dal cap. 112, e assegnando alla Provincia di Trento 138 milioni, alla Provincia di Bolzano 167 milioni, e lasciando così inalterato rispetto al 1957 lo stanziamento per la Provincia di Bolzano ». In sintesi, al posto di 100 sono 33 milioni che vengono sposti secondo questo emendamento.

La parola ai proponenti.

MAGNAGO (Vice Presidente C. R. - S.V.P.): Questo è il terzo e ultimo tentativo, comunque, non verranno presentati altri emendamenti per quanto mi riguarda in merito a questo capitolo. Ora si chiede di stralciare dal cap. 112 non 100 milioni, come è stato chiesto prima, ma 33 milioni, portando lo stanziamento da 302 a 355 milioni, facendo poi di questa somma di 335 milioni il 47 % da dare alla Provincia di Trento e il 53 % da dare alla Provincia di Bolzano. La Provincia di Bolzano invece di ricevere 144 milioni riceverebbe esattamente 167 milioni, come ha avuto l'anno scorso, mentre la Provincia di Trento, la quale ha avuto l'anno scorso 105 milioni e per la quale quest'anno da parte della Giunta sono stati proposti 128 milioni, con ciò riceverebbe 138 milioni, cioè 10 milioni di più.

Questa è la proposta, e per quanto riguarda il palazzo della Regione vorrei sapere: si è detto che i soldi non saranno sufficienti, ma non è molto convincente, perchè Turrini ha detto che 190 milioni li impieghiamo per il terreno ed i 260 milioni saranno appena sufficienti...

TURRINI (Assessore lavori pubblici - D.C.): 360 milioni!

MAGNAGO (Vice Presidente C. R. - S.V.P.): Io ho capito 260; ora vorrei chiedere una cosa: questo palazzo della Regione quanto costa? Finora nessuno lo ha detto, perchè ad un certo momento tutti noi abbiamo approvato i 100 milioni nei bilanci senza sapere cosa costa il palazzo della Regione. Adesso si sta arrivando a 550 milioni, e mi pare che il Consiglio abbia il diritto di sapere che cosa costa il palazzo della Regione, se è vero, come mi si dice, che fra poco saranno appaltati i lavori. Comunque questo emendamento mi sembra molto modesto, è un ultimo tentativo, l'ho illustrato ed anche spiegato!

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Non appena avremo la possibilità di farvi il punto esatto a proposito della previsione di spesa per il palazzo regionale, ci siamo già detti che porteremo l'argomento in Consiglio. Lo vorremmo fare fra il resto perchè crediamo che rimanga nel mondo delle cose quasi inevitabili che ad un certo punto, data la no-

tevole proporzione dell'opera da compiere, si verificano situazioni che importeranno probabilmente a superare quel tale preventivo, e vorremmo essere in chiaro con voi nell'accettare a priori questa evenienza. Quindi l'argomento è nell'intendimento nostro di portarlo in Consiglio.

Per quanto riguarda la somma, in ogni caso sappiate che è assolutamente pacifico che tutti gli stanziamenti che abbiamo fatto per gradi, anno per anno, non sono sufficienti a coprire le spese. Con quelle proporzioni che l'edificio avrà a seguito del concorso che fu bandito e concluso, certamente ne occorrerà di più. Ne parleremo quando lo avremo trattato in Giunta. Queste somme sono sufficienti per ora al pagamento alla Banca d'Italia del valore dell'area, alla corresponsione allo Stato degli oneri connessi con questo trasferimento e all'appalto di un primo lotto di lavori per la parte muraria. L'Assessore dei lavori pubblici dice che — sia pure perdendo dell'altro tempo nella formulazione del primo lotto e nella valutazione dei preventivi e facendo un certo lavoro quindi che sarebbe bene evitare per non tornare sempre attraverso gli uffici tecnici su questo argomento — crede possibile questa riduzione che, quale terza trincea, il Vicepresidente del Consiglio ci ha portato qui.

E quindi personalmente e i membri di Giunta, diciamo: « entro questi limiti accettiamo pure la proposta di emendamento che ci viene fatta ». Però lasciate che vi dica alcune cose su questo, proprio per quei criteri di serietà e di obiettività amministrativa che dobbiamo darci: perchè avete insistito dalla prima trincea alla seconda, fino alla terza? Perchè vi siete fitti in capo che non sia assolutamente possibile in questo bilancio avere come Provincia di Bolzano un'assegnazione minore neanche di una lira rispetto a quella che avete avuto nel 1956, in quanto secondo voi non è possibile presentare alla nostra collettività, al nostro gruppo, una situazione di questo genere in cui invece di andare avanti nell'acquisizione dei mezzi che la Provincia può avere attraverso le disposizioni dello Statuto di autonomia, si va indietro. Realmente non andate nè avanti nè indietro perchè la ragione di questa riduzione non è che la Regione abbia stabilito una somma minore di assegnazione alla Pro-

vincia, è una rettifica nei criteri di ripartizione fra le due Province, rettifica che dovrà essere fatta e che poteva dare risultati opposti, cioè di fare avere di più a voi e meno alla Provincia di Trento. Dal momento che il gettito delle imposte ha avuto quell'andamento più favorevole per la Provincia di Trento rispetto alla Provincia di Bolzano, questa riduzione non nello stanziamento e nella assegnazione, ma riduzione per una equa ripartizione fra le Province, era una ragionevole conseguenza che la vostra opinione pubblica, che sa ragionare, avrebbe accettato, secondo me, inchinandosi ad un preciso disposto di legge senza nulla trovare di strano. Invece mettete l'opinione pubblica in grado di concepire le cose con errore, perchè è concepirle con errore il credere che se nella ripartizione per effetto dell'andamento delle imposte tocca una lira in meno, ciò non si debba accettare, è un educarla male.

Però la discussione è stata utile perchè avete reso più attenti me ed i membri della Giunta sul modo di impostare queste cose, perchè non esiste solo questo stanziamento a favore delle Province. Basta che pensiate che in questi anni di amministrazione, delle precedenti legislature, voi avete avuto in conto art. 70 — perchè l'art. 70 dovrebbe disciplinare in genere l'erogazione annuale che si dà alle Province per il raggiungimento dei loro fini — avete avuto oltre a questo ripetuti stanziamenti con leggi speciali. Vi ricordo gli stanziamenti per le strade provinciali: una prima legge con 800 milioni di stanziamento, una seconda legge con 400 milioni, una terza con altri 800 milioni di stanziamento, sia pure dilazionati in rate decennali, la prima, in « una tantum » la seconda e la terza anche in rate pluriennali; 2 miliardi! Noi abbiamo già più che raddoppiato lo stanziamento annuale, noi abbiamo superato quel 12 % di cui parlava il cons. Pupp e da ora innanzi non procederemo più con questo sistema, non per riguardo alla Provincia di Bolzano, ma per riguardo alla Provincia di Trento e affinchè sia più chiaro ed evidente per tutti che la Regione aiuta le Province in un modo veramente apprezzabile, desiderosa di farlo di più, se potrà. Ma manteniamoci nei termini della realtà, perchè altrimenti si discute male anche su temi così evidenti e chiari di impostazione amministrativa!

PARIS (P.S.D.I.): Dico che questo emendamento non risolve i problemi della Provincia di Bolzano e nemmeno quelli della Provincia di Trento, invece minaccia di inciampare la risoluzione di questo problema della sede della Regione perchè è giusto che questa istituzione abbia la sua casa e liberi circa una ventina di appartamenti di qua e di là oggi occupati.

Voterò contro questo emendamento, però se venisse luglio o agosto senza che l'appalto sia stato fatto, presenterò una proposta di variazione di bilancio, perchè non trovo giusto che giacciano centinaia di milioni al 4 %, mentre la Regione e le due Province devono contrarre dei mutui che sono molto più onerosi. Quindi il problema è di far presto, ed è giusto, poichè si è parlato del costo dell'opera, che una istituzione quale è la Regione Trentino-Alto Adige abbia una sede decorosa, perchè le istituzioni vivono anche su quel certo prestigio che proviene da tutto quell'insieme che concorre a dare una impressione, non di sperpero di denaro, ma neanche di vita *bohemiens*.

Poi non capisco l'accanimento contro questo palazzo della Regione; lei, Vicepresidente, ha parlato in termini più che corretti, però ricordo anche le parole del cons. Diell, ricordo quelle dette in Commissione delle finanze quest'anno. Ora, se voi non lo volete questo palazzo della Regione è una questione, ma ditene i motivi perchè anche noi, dato che siamo qui, abbiamo il diritto di conoscere questi motivi, e può darsi che anche noi veniamo sulle vostre posizioni. Ma al momento attuale mi pare sia giusto che anche la Regione abbia la propria sede.

MAGNAGO (Vice Presidente C. R. - S.V.P.): Se vogliamo il palazzo della Regione o meno, credo che sia una questione che non si può più discutere, perchè se abbiamo approvato i bilanci precedenti in cui erano sempre previsti 100 milioni, in questo, almeno per parte mia, credo sia implicito l'assenso all'opera. La questione può sorgere sulla grandezza del palazzo della Regione, secondo me, cioè se fare un palazzo che costa due miliardi o un palazzo che costa 700 milioni, perchè su ciò ci possono essere diverse idee.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'emendamento: è approvato a maggioranza, con 5 voti con-

trari e 5 astenuti. E' quindi aumentato il capitolo di 33 milioni, da prelevarsi dal cap. -112.

Cap. 4: « *Spese per il Consiglio Regionale - L. 120 milioni* ».

Al cap. 4 l'Ufficio di Presidenza propone la suddivisione interna in articoli:

Art. 1: Spese per il Consiglio Regionale. Competenze dovute sotto qualsiasi titolo ai componenti del Consiglio; spettanze al personale ivi compresi gli assegni fissi e le competenze accessorie; oneri previdenziali ed assistenziali; imposte e tasse sugli assegni corrisposti al personale; missioni e sussidi - L. 102 milioni.

Art. 2: Spese per l'organizzazione ed il funzionamento degli uffici e dei servizi; ogni altra spesa nell'ambito del Consiglio sotto qualsiasi denominazione e forma - L. 10 milioni.

Art. 3: Spese di rappresentanza; spese per manifestazioni e celebrazioni pubbliche; contributi e sussidi per assistenza e beneficenza - L. 5 milioni.

Art. 4: Compensi speciali al personale del Consiglio Regionale in eccedenza ai limiti stabiliti per il lavoro straordinario - L. 500 mila.

Art. 5: Spese riservate del Presidente del Consiglio Regionale - L. 2.500 mila.

L'art. 5 riguarda le spese del Presidente del Consiglio; ci sono alcune modifiche sulla impostazione di questo cap. 4 che volevo e devo sottoporre al Consiglio, nel senso di chiarire a cosa sono dovuti gli aumenti nelle spese del Consiglio Regionale. C'è una diminuzione di 2 milioni e mezzo per le spese e l'organizzazione ed il funzionamento degli uffici, mentre c'è un aumento nelle spese per manifestazioni pubbliche, perchè un milione e mezzo, che di solito la Presidenza spendeva per queste manifestazioni, non è sufficiente; secondo le spese di questi bimestri, noi spenderemo tre milioni circa per le manifestazioni, ecc. Circa le spese riservate del Presidente, esiste un accordo con il Vicepresidente nel senso di dare a lui una parte di questa somma, e reciprocamente avverrà quando il Presidente del Consiglio sarà a Bolzano e il Vicepresidente a Trento; perciò si proponeva l'aumento di 500 mila lire all'interno del capitolo.

E' aperta la discussione sul capitolo.

PARIS (P.S.D.I.): Ritorno sul mio solito tema, cioè della necessità di sganciare questo capitolo dal potere esecutivo, già sollevato ancora il primo anno e in cui ebbi alleato il povero avv. Erckert. Non so in che modo i finanziamenti che sono predisposti per le necessità del potere legislativo sono caduti nelle mani...

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Nelle grinfie!

PARIS (P.S.D.I.): Non voglio dire grinfie, del potere esecutivo! Per me, è questione non di fondo, di principio, non ha molta importanza, ma è soprattutto una questione di correttezza. Per cui vedrei qui, come accade in ogni luogo della terra, che ad amministrare il fondo del Consiglio Regionale sia il Consiglio attraverso il Presidente, la Presidenza, o il Segretario, o che si nominino un paio di amministratori ecc.

Giacchè sono in argomento vengo anche al resto. Lei ci aveva promesso di procurarci due o tre vani, perchè anche noi abbiamo bisogno qualche volta, anzi molto di frequente, di sostare qui, poterci prendere un libro dalla biblioteca, fermarci a consultare, a ricevere delle persone, a scrivere una lettera, e dove ci mettiamo? Sul corridoio? E questi locali non abbiamo neanche un barlume di quando possiamo averli a disposizione. Comprendo che la Giunta troverà una certa difficoltà a sistemare gli attuali servizi, però con la buona volontà si arriva, basta volere, perchè non è poi un problema trascendentale. In secondo luogo lei ha promesso di metterci a disposizione una dattilografa con la rispettiva macchina: anche di questo non sappiamo niente! Terzo: ci sono nel corridoio quei brutti attaccapanni, sono piccolezze, l'ho già detto nella riunione dei Capigruppo per risparmiare al Consiglio questa pausa poco lieta, ma provvedete, perchè non mi pare che sia decorosa e nemmeno decente questa sistemazione. Per cui vorrei invitare il Presidente ad assumere davanti al Consiglio questo impegno, ed anche per impegnare la Giunta, e se si trova in difficoltà ed ha bisogno del nostro aiuto ci chiami, e vedrà che facciamo presto a sgomberare.

PRESIDENTE: Pensavo, come ho detto in Commissione, che per quanto riguarda l'organiz-

zazione del Consiglio dobbiamo provvedere a degli adattamenti finchè non vi è o il palazzo della Regione, o una soluzione che si sta studiando. Per quanto riguarda l'adattamento abbiamo pregato il C.R.E.R. di lasciarci libero il locale del bar per disporlo per le Commissioni, e abbiamo ordinato un arredamento nuovo e qualche mobile in maniera da dare un aspetto decoroso ai corridoi. Non possiamo pretendere di più perchè non ci sono altri locali, a meno che non preghiamo l'Amministrazione di metterceli a disposizione; per intanto abbiamo attrezzato il corridoio e il bar, usufruendo del bar come sede delle Commissioni.

Per l'assunzione del personale pensiamo di poter assumere un traduttore addetto all'ufficio del Consiglio, perchè molte volte l'ufficio di traduzione della Giunta ha i suoi lavori ed è difficile coordinarli con le nostre necessità, e anche una dattilografa perchè c'è necessità di questa. Comunque all'art. 1 e all'art. 2 ci sono gli stanziamenti necessari anche per queste necessità. E' logico che un adattamento dobbiamo farlo per il Consiglio Regionale come Presidenza, date le necessità, ma non abbiamo locali. Abbiamo dato disposizione per l'impianto di una nuova cabina nel corridoio, in maniera che la stampa e i Consiglieri possano avere un altro telefono a loro disposizione. Di più penso che non possiamo fare al momento attuale, per quanto riguarda l'organizzazione degli uffici, perchè siamo in pieno adattamento della situazione preesistente.

PARIS (P.S.D.I.): E per quanto riguarda la contabilità?

PRESIDENTE: Questa è già svincolata dalla Giunta: ho proposto al Consiglio che la suddivisione venga fatta dal Consiglio invece che dalla Giunta Regionale, appunto perchè ho preferito che sia il Consiglio che divida i fondi, e non la Giunta. Con ciò mi pare che ingerenze della Giunta Regionale non ci siano in maniera assoluta. Gli ordinativi di spese sono disposti dal Presidente del Consiglio ed impegnati dall'Assessore delle finanze in base alla legge sulla contabilità, per cui salvo il controllo della Corte dei Conti, come è organizzata la materia, l'esecutivo non ha ingerenze nell'amministrazione dei fondi della Presidenza del Consiglio.

PREVE CECCON (M.S.I.): Non parlo nè di cifre nè di bilancio. E' un altro argomento che vorrei sottoporre alla loro attenzione, un diverso tema. Non so se mi trovo nel momento idoneo, penso di sì. Vedo qui, « spettanze, competenze, compensi » con quel che segue. Tutto ciò trova a suo coronamento una cifra di milioni. Vorrei parlare di un'altra competenza che non trova formulazione in un bilancio ma in pochi, pochissimi articoli di un Regolamento, il quale in fin dei conti affida delle competenze a noi come Consiglieri e a loro come Giunta. E' proprio su questo argomento che mi vorrei permettere di dire alcune parole. Non so quanto posso essere nel vero, non ho competenza, comunque sento l'esigenza di sortirne per il nostro prestigio, di noi come Consiglieri, per l'efficienza di questo Consiglio, anche per il rispetto reciproco politico di compiti e di funzioni. E penso che qui sia il caso di riunire veramente una Commissione e di ricorrere alle forbici, prendere carta e penna e modificare, perchè ho l'impressione che noi stiamo giocando a rimpiattino. Contro il muro, con la testa appoggiata al braccio sta la Giunta. Conta per darci tempo, e noi ci nascondiamo. Dove? Dietro il bilancio. E poi comincia il gioco. Mi alzo, parlo, la Giunta mi ascolta, si alza, mi risponde: « Consigliere Cecon, lei ce l'ha con i contributi, ma tutto è contributo ». Punto mio. Così di seguito a turno. « Non c'è un piano ». C'è, esiste, non l'avete visto, ma c'è! Punto mio. « Centrale dell'Avisio, è costata di più e bisogna ammortizzare ». Lo posso fare, c'è la legge. Punto mio. Ma penso che veramente dobbiamo cambiare il gioco, perchè quando noi chiediamo di invertire le parti e metterci noi con la testa al muro, è tardi, bisogna andare a casa, bisogna far presto, non c'è tempo. Non si può affidare un bilancio a ciascuno di noi, stare lì ad aspettare in silenzio, aspettare che cosa? Che le opposizioni parlino, argomentino, espongano i loro dubbi e critiche. E poi come le espongono e su che cosa si basano? Su cifre e su numeri.

Per la prima volta, non sono esperto, ho avuto il bilancio, mi sono guardato le cifre, ho cercato di interpretarle, i numeri possono dire e non dire, essere o non essere, sembrare, parere e poi posso correre il pericolo di sentirmi dire che ero in errore, che il piano c'è e non l'avevo visto e capito!

Ora vorrei pregare la onorevole Giunta di rivedere il Regolamento, credo sia il Capo II « Della discussione », che qui va riveduto. Mi pare logico che la Giunta esprima un proprio piano, lo illustri, riccamente dotato di tutti gli elementi posti a sua disposizione, elementi che a noi sfuggono o non abbiamo. Ma solo se questo bilancio potrà essere preceduto da una simile ampia e vasta relazione, credo che ciascuno di noi potrà intervenire su dati di fatto precisi portando il proprio contributo, discutendo, condannando, approvando. Ma finchè si va avanti così, credo che effettivamente si giochi un po' a rimpiattino. Potrò sbagliare, non ho una vasta esperienza di questa vita democratica, sono rimasto fermo ai podestà, ma mi pare che la logica di una discussione richieda questo. Ora la logica non è più autoritaria nè democratica, è soltanto logica. Quindi vi prego di rivedere se possibile questo sistema di discussione.

PRESIDENTE: Eravamo al cap. 4.

PUPP (Presidente G. P. Bolzano - S.V.P.): Vorrei permettermi una domanda al Presidente del Consiglio: il personale a disposizione del Consiglio trova un organico a sè stante completamente, o è incluso nell'organico che dispone la Giunta? Vale a dire, il personale a disposizione del Consiglio è completamente indipendente dal personale della Giunta o no? Questo potrebbe essere anche a grave danno del personale stesso, che naturalmente nel Consiglio non trova altro sviluppo di carriera, mentre se appartenesse al personale della Giunta detto sviluppo è possibile. Chi è il capo amministrativo del personale? Il Presidente del Consiglio o il capo del personale della Regione?

PRESIDENTE: Finora non c'è un organico, e quindi il problema si porrà quando verrà in esame la legge sull'organico. Per ora ci sono contratti di assunzione con l'Ente Regione deliberati dalla Giunta Regionale; ci sono statuti nei regolamenti di altre regioni dove il personale del Consiglio è assunto in base a regolamento interno del Consiglio, sia in Sicilia che in Sardegna, però il problema va posto quando si affronterà la questione del personale, perchè fino ad oggi il personale è assunto dalla Giunta Regionale come tutto del personale della Regione.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Mi pare che non si possa non rispondere al cons. Ceccon, altrimenti pensa che questa volta facciamo « punto nostro », senza neanche prenderci la briga di rispondere. Guardi, cons. Ceccon, per quanto riguarda la proposta di rivedere il Regolamento le osservo che non può essere rivolta alla Giunta. Il Regolamento che abbiamo disciplina ormai l'attività di tutti gli organi che vivono nell'Ente Regione e noi lo dobbiamo rispettare. Ora è stata istituita una apposita Commissione del Regolamento interno, e questo è l'organo, non la Giunta, non è l'organo di esecuzione che ha il dovere di mantenersi quanto più possibile estraneo a quella che è la libertà del Consiglio nelle sue espressioni. Quindi questa Commissione, che noi non presiediamo, ma che è presieduta dal Presidente, esamini pure le possibilità, e solleciteremo anche noi perchè abbiamo visto quanto claudicante sia l'incedere dell'attività del Consiglio. Non troverei però giusta la sua impressione personale, e cioè che giochiamo a mettersi al muro e nascondersi a rimpiazzino. No, perchè comunque credo che qui è stato detto tutto ciò che ognuno ha voluto dire e che nel rispondere alle varie obiezioni, domande e critiche che sono state fatte anche se non su ogni argomento io abbia potuto intrattenermi, e ciò deve essere comprensibile, altrimenti dovrei impiegare non dico altrettanta lunghezza di tempo della somma impiegata da tutti i Signori che hanno parlato, ma press'a poco, è invece naturale, è nelle consuetudini di ogni organo legislativo analogo a questo che nelle risposte si considerino i temi che sembrano maggiormente degni di rilievo. Si può sbagliare in questa selezione, ma questo è il metodo.

Inoltre mi preme dire che non sono convinto che i Consiglieri anche nella situazione attuale difettino di elementi di giudizio. Riconosco che le relazioni che accompagnarono il bilancio settore per settore — questo è il primo anno della legislatura, che ha visto la Giunta entrare in funzione il 13 dicembre e quindi ad esercizio pressochè finito — riconosco che questo anno le relazioni sono state distribuite con un certo ritardo, comunque i Consiglieri le avevano per lo meno 15 giorni prima del Consiglio. Accanto alle relazioni che illustrano il programma di attività, concretato poi in tanti stanziamenti del bilancio per quell'anno, di esercizio, i

Consiglieri sono pregati di utilizzare quelle altre pubblicazioni che lungo l'anno vengono distribuite, qualche volta anche in occasione della discussione del bilancio. C'è la relazione generale economica che anno per anno si distribuisce e che contempla e considera l'economia delle due Province sommate nella Regione, qualche volta con altre due relazioni generali economiche separate per Provincia. A questo riguardo la Provincia di Trento dà qualche punto alla Provincia di Bolzano, perchè gli organi della Camera di commercio e l'Ufficio studi sono più diligenti e più puntuali che quelli della Provincia di Bolzano. Ma queste pubblicazioni costituiscono del materiale abbondantissimo, materiale di informazione, di notizie, di orientamento, che, se considerate con attenzione, pongono senz'altro il Consigliere in grado di formarsi un'idea dell'utilità di ogni stanziamento, di una iniziativa e di un investimento.

A questo proposito, sempre nella discussione generale, è stato parlato dell'Ufficio studi, ed è stato detto che l'Ufficio studi va completato, perchè non appare attrezzato ancora del tutto adeguatamente. Consentite che faccia « punto mio » anche questa volta e che vi dica che l'Ufficio studi non può organizzarsi con un nucleo di dipendenti stabili, ma con un corpo di consulenti di prestigio universitario che non vengono all'Ufficio studi, ma ai quali si deve far capo quando si vuole avere informazioni di alto livello scientifico-economico; ha un corpo di consulenti che spazia in tutti i settori, che si prestano ad ogni richiesta adeguatamente e soddisfacentemente. Per le rilevazioni in genere, per gli studi del settore economico di cui si è occupato particolarmente nel suo intervento il cons. Ceccon, industria, attività produttive ed economiche, il consulente al vertice di questa organizzazione di rilevazione e studi è il prof. Toschi. E gli ho detto: « Prof. Toschi, lei — non so se Ceccon lo conosce personalmente — che ha i capelli grigi e che vive in questo campo di studi economici, di vita scientifica e di insegnamento universitario, da tanti anni, e ora va spesso anche in Sardegna ed in Sicilia, può dirmi in un giudizio obiettivo se il complesso di indagini e rilevazioni e studi che facciamo noi può sostenere il paragone con quello delle altre Province e Regioni? ». Mi ha risposto che nessuna Regione, compresa la Regione Siciliana, ha

ammannito un complesso di notizie ed informazioni ed elaborazioni come la Regione Trentino-Alto Adige. Allora ho detto: « Sì, siccome gentilmente i Presidenti, o comunque gli Uffici delle Regioni costituite a Statuto speciale, mandano anche a noi le loro pubblicazioni, nel confronto ho visto che su per giù possiamo starci senza fare cattiva figura. Però nonostante questo, mentre La prego — ho detto — di continuare in quell'opera assidua di collaborazione che lei ci dà, di consigliarci, di integrare un po' quei settori che potrebbero sembrare mancanti, la pregherò inoltre di fare una cosa nuova rispetto a questa forma di collaborazione che è data dal campo scientifico, dalla scienza all'amministrazione attiva che è la pratica. Veda di sentire se in questi anni che ci attendono sarà possibile spingersi più in là, non limitandosi a fare indicazioni generiche, non limitandosi a descrivere lo svolgimento dei fenomeni economici, ma dire anche concretamente quale singolo investimento ed iniziativa potrebbero essere suggerite ». Egli mi rispose che di solito i poco pratici non si spingono a questo, ma che si sforzerà di farlo. Mi ha anche aggiunto: « A questo proposito una verità affidata alla più elementare esperienza e buon senso, ci dice che non esiste nessuna formula al mondo per creare l'imprenditore. O l'imprenditore, il soggetto attivo di una iniziativa, di un investimento di produzione, c'è in quanto ha in sé le attitudini e l'energia di chi deve inserirsi nel processo produttivo, ed allora fate bene ad agevolarlo, ma sarà lui che si rende vivo, o altrimenti qualunque sforzo facciate cadrà nel vuoto perchè attirerete a voi delle persone che da sole e da sé non hanno saputo camminare e credono di poter camminare solo perchè possono contare sull'appoggio degli enti pubblici. Questa è una realtà ».

Concludendo: per il Regolamento si rivolga alla Commissione, che farà quello che andrà fatto; per le informazioni, prego tutti di valutare adeguatamente l'abbondante materiale di illustrazione che abbiamo distribuito e continueremo a distribuire; per l'ulteriore sviluppo vediamo se, conclusa la fase di rilevazione, è possibile portarci in una fase addirittura di pianificazione concreta delle singole iniziative. Da quello che molto sinteticamente ho detto, senza impegno da parte della Giunta Regionale circa il piano di questo quadriennio, ispirato

dallo stralcio quadriennale del Piano Vanoni, lei ha visto che siamo già sul terreno delle iniziative concrete, individuate, precisamente previste, sulle quali crediamo di saper e di poter operare.

PRESIDENTE: Per quanto riguarda il Regolamento ho detto altre volte che ho inviato a tutti i Consiglieri una lettera pregandoli di far presente se hanno da suggerire modificazioni. Ci sono stati alcuni Consiglieri che hanno mandato qualche suggerimento, ma non molti.

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Mai ricevuta!

PRESIDENTE: Scusate, ai Capigruppo. Pensavamo che il Capogruppo potesse riunire il proprio gruppo. Di solito il Regolamento ha una funzione politica.

BRUGGER (S.V.P.): E' una lettera ciclostilata?

PRESIDENTE: Sì, nella quale si diceva che se i Capigruppo avevano proposte da fare, le avremmo prese in considerazione in sede di discussione di Regolamento.

BRUGGER (S.V.P.): Anche i Consiglieri!

PRESIDENTE: Siamo al capitolo 4, suddiviso in 5 articoli, come già letti.

Art. 1 di L. 102 milioni: è posto ai voti: unanimità.

Art. 2 di L. 10 milioni: è posto ai voti: unanimità.

Art. 3 di L. 5 milioni: è posto ai voti: unanimità.

Art. 4 di L. 500 mila: è posto ai voti: unanimità.

Art. 5 di L. 2.500 mila: è posto ai voti: unanimità.

Cap. 5: « *Indennità di carica al Presidente della Giunta Regionale ed agli Assessori effettivi e supplenti - L. 13.080.000* ».

KESSLER (D.C.): Sul cap. 4 abbiamo approvato le spese riservate del Presidente del Consiglio nella somma di 2.500 mila; al cap. 8 le spese riservate del Presidente della Giunta ammontano a 1.950 mila lire...

PRESIDENTE: Aspetti il cap. 8!

KESSLER (D.C.): Ora mi sembra un dovere parificare questa voce, cioè il Presidente del Consiglio parificarlo al Presidente della Giunta Regionale, il quale in definitiva rappresenta anche la Regione. Quindi proporrei di diminuire il cap. 5 di esatte 602.508 lire — e lo si può fare in quanto l'indennità al Presidente della Giunta Regionale e agli Assessori è indicata al lordo, mentre poi c'è l'art. 7 per le tasse —; quindi si può prelevare dall'art. 7 la cifra per le tasse e invece aggiungere 602.508 all'art. 8, in maniera che la somma diventa uguale.

PRESIDENTE: Metto in votazione il capitolo così emendato: « Indennità al Presidente della Giunta Regionale ed agli Assessori effettivi e supplenti - L. 12.477.492 »: unanimità.

Cap. 6. E' posto ai voti il cap. 6: unanimità.

Cap. 7. E' posto ai voti il cap. 7: unanimità.

Cap. 8: « *Spese riservate della Presidenza della Giunta Regionale* - L. 2.557.288 ».

E' posto ai voti il capitolo con l'emendamento: maggioranza favorevole, 1 contrario (Odorizzi).

Cap. 9. E' posto ai voti il cap. 9: unanimità.

Cap. 10: *per memoria*.

Cap. 11: « *Spese per la stampa, la diffusione e l'amministrazione del Bollettino Ufficiale della Regione, escluse le spese di personale* - L. 5 milioni ».

VINANTE (P.S.D.I.): Su questo argomento avevo chiesto anche negli anni scorsi delle informazioni, per conoscere a che punto si trova la predisposizione di un provvedimento relativo all'istituzione del Tribunale di giustizia amministrativa. Il Presidente della Giunta l'anno scorso mi ha risposto che il Consiglio di Stato ha proposto di attendere la legge nazionale per l'istituzione di questo organo di giustizia amministrativa. Penso però che attendere la legge nazionale significa andare forse al duemila, e a noi questo organo, che è ritenuto fra i più necessari, non possa essere concesso.

Vorrei chiedere al Presidente della Giunta, quale componente della Commissione paritetica per le norme di attuazione, se non sia il caso di sollecitare e non veda la opportunità di poter ottenere attraverso le norme di attuazione la competenza a poter legiferare predisponendo come Consiglio una legge che preveda l'istituzione dell'organo di giustizia amministrativa.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Lo Statu-

to dispone che il Tribunale regionale di giustizia amministrativa sia istituito con legge dello Stato. La Commissione paritetica per le norme di attuazione, riunitasi nell'ormai lontano 1949, dedicò il suo primo lavoro proprio alla composizione di questa legge, però il Consiglio di Stato, come ebbi a dichiarare in precedenti comunicazioni al Consiglio, è stato del parere che non si debbano istituire organi di giustizia amministrativa regionali differenziati l'uno dall'altro. Per cui ha detto: aspettiamo la legge generale sugli organi di giustizia amministrativa. E' vero che questa legge generale potrebbe forse farsi attendere chissà quanto tempo ancora; allo stato attuale possiamo dire che Lucifredi, Presidente della Commissione, che l'ha elaborato ed è anche estensore della legge stessa, è riuscito a farla pervenire alle relative Commissioni e sappiamo benissimo che anche lì qualche intoppo, qualche remora c'è e si deve attendere molto. Per cui dico che la Commissione paritetica per le norme di attuazione, quando si radunerà, farà bene ad esortare un pochino, nelle forme che crederà, il Parlamento a legiferare in questa materia. Nella Commissione ci sarà lo stesso prof. Lucifredi, che è l'estensore di questa legge e che senza dubbio desidererà che la legge divenga operante. Io non faccio parte della Commissione per le norme di attuazione, quindi l'esortazione è rivolta ai membri che vi fanno parte, ma ritengo opportuno quanto lei dice, che la Commissione si occupi di questo.

Ma mi piace dare anche qui il senso della situazione reale: l'assenza di un organo di giustizia amministrativa potrebbe apparire una carenza enorme in un ordinamento civile che è sollecitato dalla difesa delle ragioni dei privati cittadini nei confronti della pubblica amministrazione. Ora si tenga presente che quando si delineò questa situazione abbiamo inteso creare un rimedio non soddisfacente e non definitivo, ma un rimedio l'abbiamo creato con la stessa adesione del Consiglio di Stato, cioè si sono ricomposte le Giunte provinciali amministrative in sede giurisdizionale. Io di tanto in tanto mi faccio fare il punto della situazione dei ricorsi presso quelle Giunte amministrative, per avere la conferma di una speranza, cioè che le pronunce si svolgano senza remore inutili, che il funzionamento della giustizia amministrativa, pure in questa forma transitoria, corrisponda alle esigen-

ze di sollecitudine che certamente sentiamo tutti. Le Giunte provinciali amministrative così composte funzionano con numerose sessioni durante il corso dell'anno per trattare i ricorsi presentati a sensi delle leggi vigenti. Risulta che in data 2 febbraio 1957 sono pendenti in attesa di decisione circa 30 ricorsi; quindi almeno come situazione rimediata, insoddisfacentemente dal punto di vista procedurale, ma tuttavia adeguatamente per quelle che sono e possono essere le ragioni dei privati cittadini, possiamo dire che non c'è uno stato di insofferenza, di carenza, di disagio in questo settore. Ferma resti pure l'esortazione ai membri della Commissione paritetica di riprendere subito anche questo argomento, non appena verrà convocata e di svolgere un'azione utile perchè la cosa cammini.

PRESIDENTE: E' posto ai voti il cap. 11: unanimità.

Cap. 12. E' posto ai voti il cap. 12: unanimità.

Cap. 13. E' posto ai voti il cap. 13: unanimità.

Cap. 14. E' posto ai voti il cap. 14: maggioranza favorevole, 1 contrario.

Cap. 15: « *Borse di studio, premi e sussidi da assegnarsi per studi ed opere su argomenti regionali o di interesse regionale - L. 1 milione* ».

PARIS (P.S.D.I.): Che differenza c'è fra « sussidi da assegnarsi per studi ed opere su argomenti regionali o di interesse regionale » e l'altra somma, « spese e contributi per la pubblicazione e traduzione di monografie, studi ed opere di interesse regionale »? Che differenza cioè fra il cap. 15 e il cap. 16?

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Fra il cap. 15 e il 16 la differenza mi pare abbastanza afferrabile: le prime sono borse di studio o premi che si danno per studi ed opere su argomenti regionali e di interesse regionale; abbiamo dato parecchi premi a studenti che hanno fatto la tesi di laurea su argomenti regionali; la seconda invece, il 16, sono spese che facciamo noi per documentare l'attività dell'Amministrazione regionale e per contributi che diamo per pubblicazioni che provochiamo, traduzioni di studi e opere di interesse regionale e diritti d'autore, monografie. Nell'un caso si interviene dove abbia agito qualcuno, soprattutto studenti e studiosi di loro iniziativa; nel secondo si

fronteggiano le spese che crediamo noi di dover più o meno determinare.

PRESIDENTE: E' posto ai voti il cap. 15: unanimità.

Cap. 16. E' posto ai voti il cap. 16: unanimità.

Cap. 17. E' posto ai voti il cap. 17: unanimità.

Cap. 18. E' posto ai voti il cap. 18: unanimità.

Cap. 19: « *Personale della Regione e personale di altre amministrazioni in servizio presso l'Amministrazione regionale; stipendi ed altri assegni di carattere continuativo, indennità di licenziamento (spese fisse) - L. 675 milioni* ».

C'è un emendamento modificativo della dizione, a firma Dalvit-Berlanda-Bertorelle: aggiungere dopo la parola « licenziamento » le parole « indennità per una sola volta in luogo di pensione ed assegni congeneri dovuti per legge (spesa, obbligatoria) ».

E' posto ai voti il capitolo emendato: unanimità.

Cap. 20. E' posto ai voti il cap. 20: unanimità.

Cap. 21. E' posto ai voti il cap. 21: unanimità.

Cap. 22. E' posto ai voti il cap. 22: unanimità.

Cap. 23. E' posto ai voti il cap. 23: unanimità.

Cap. 24. E' posto ai voti il cap. 24: unanimità.

Cap. 25. E' posto ai voti il cap. 25: unanimità.

Cap. 26: « *Spese inerenti all'esecuzione di corsi speciali di perfezionamento tecnico per il personale - L. 500 mila* ».

C'è un emendamento, a firma Dalvit-Berlanda-Kapsfinger, per modificare la dizione nel modo seguente: « Contributi e sussidi al personale della Regione ed a quello di altre amministrazioni in servizio presso l'Amministrazione regionale, per la partecipazione a corsi speciali di perfezionamento tecnico. Spese inerenti all'esecuzione di corsi speciali di perfezionamento tecnico per il personale ».

GARDELLA (P.L.I.): Queste due voci in conclusione ammontano a 500 mila lire globalmente. Penso che con 500 mila lire non si fa niente: o si stanziava una somma sufficiente perchè ciò che prevede il capitolo si possa attuare veramente, o si annulla la somma, perchè le 500 mila lire e quanto aggiunto con le proposte fatte, mi pare che sia una somma così modesta che non vi si possa fare nulla. Pertanto penserei di elevare questa somma anche di un paio di milioni.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Mi pare che quanto il cons. Gardella dice risulterebbe fondato se non avvenisse che, ad esempio, i nostri corsi di custodi forestali ed altre iniziative trovano copertura in altri capitoli di bilancio. Qui collochiamo proprio quella forma di assistenza speciale. Abbiamo fatto un corso di specializzazione per le assistenti sociali; contributo perchè qualcuno vada a qualche corso che si svolge altrove, e così via. Penso che siccome abbiamo la possibilità di coprire quelle altre spese di cui lei si preoccupa, per iniziative di maggiore respiro più ricorrenti di anno in anno, per ora il capitolo possa restare così. Tenete presente che senza dubbio anche quest'anno, come gli altri anni, — è sempre stato così fin dal secondo anno di esercizio finanziario, non direi dal primo anno, perchè il primo anno il bilancio fu votato in settembre, quindi eravamo già alla fine dell'esercizio — tutti gli anni ed anche quest'anno certamente dovremo, quando saremo più avanti nell'esercizio finanziario, procedere a qualche nota di variazione in base agli accertamenti di nuove entrate ed esigenze di maggiori spese, e in quel momento terrò presente la indicazione del cons. Gardella nell'eventualità che si sia verificato quello che lui teme.

PRESIDENTE: E' posto ai voti il capitolo emendato: unanimità.

Cap. 27. E' posto ai voti il cap. 27: unanimità.

Cap. 28. E' posto ai voti il cap. 28: unanimità.

Cap. 29. E' posto ai voti il cap. 29: unanimità.

Cap. 30. E' posto ai voti il cap. 30: unanimità.

Cap. 31. E' posto ai voti il cap. 31: unanimità.

Cap. 32. E' posto ai voti il cap. 32: unanimità.

Cap. 33. E' posto ai voti il cap. 33: unanimità.

Cap. 34. E' posto ai voti il cap. 34: unanimità.

Cap. 35. E' posto ai voti il cap. 35: unanimità.

Cap. 36. E' posto ai voti il cap. 36: unanimità.

Cap. 37. E' posto ai voti il cap. 37: unanimità.

Cap. 38. E' posto ai voti il cap. 38: unanimità.

Cap. 39. E' posto ai voti il cap. 39: unanimità.

Cap. 40. E' posto ai voti il cap. 40: unanimità.

Cap. 41. E' posto ai voti il cap. 41: unanimità.

Cap. 42. E' posto ai voti il cap. 42: unanimità.

Cap. 43. E' posto ai voti il cap. 43: unanimità.

Cap. 44: *per memoria.*

Cap. 45: *per memoria.*

Cap. 46. E' posto ai voti il cap. 46: unanimità.

Cap. 47. E' posto ai voti il cap. 47: maggioranza favorevole, 1 contrario.

Cap. 48. E' posto ai voti il cap. 48: maggioranza favorevole, 1 contrario.

Cap. 49. E' posto ai voti il cap. 49: unanimità.

Cap. 50. E' posto ai voti il cap. 50: unanimità.

Cap. 51. E' posto ai voti il cap. 51: unanimità.

C'è la proposta della Commissione legislativa di un capitolo 51 bis, di nuova istituzione: « Fondo a disposizione per l'assegnazione alle due Province di Trento e di Bolzano a sensi dell'art. 70 della L. C. 26.2.1948, n. 5 - L. 302 milioni ».

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): E' già superato!

PRESIDENTE: E' una proposta già superata per effetto dell'ordine del giorno contrario del Consiglio.

Assessorato dell'agricoltura e delle foreste

La parola all'Assessore Kapfinger.

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Egregi Consiglieri, prima di passare alla discussione dei singoli capitoli dell'Assessorato dell'agricoltura e foreste vorrei fornire qualche piccola illustrazione, qualche precisazione sui vari capitoli, sperando così di rispondere alle diverse critiche, più o meno giustamente rivolte, ed anche forse per prevenire varie giustificate domande in modo da abbreviare la successiva discussione sui capitoli dell'Assessorato stesso. Quindi vi prego di avere un po' di pazienza ripromettendomi di poter recuperare questo tempo — se vogliono considerarlo perduto, io logicamente non lo considero così — dopo.

Vorrei solo dire, e credo di averlo dimostrato, che sono grato di ogni buon consiglio datomi con l'intenzione di aiutarci a risolvere i non semplici problemi ed i compiti affidati al nostro Assessorato; io ho ascoltato tutti e mi permetto adesso di rispondere sommariamente alle più salienti critiche dei signori colleghi che ovviamente sono state mosse, specialmente dai banchi dell'opposizione. Ogni opposizione ha il suo giusto funzionamento e non

per niente si dice « l'opposizione di Sua Maestà », in Inghilterra, con che è dimostrata l'importanza anche dell'opposizione.

Prima di entrare nella discussione dei singoli capitoli del mio Assessorato, prego di voler ponderare alcune speciali circostanze. Questo bilancio, posto quasi sotto stato di accusa, deve essere però considerato ed esaminato sotto altri diversi aspetti, perchè le sue finalità sono, per conto mio, di tre ordini, e precisamente di ordine generale, morale-sociale, ed economico. In generale l'attività di questo Assessorato non si esaurisce nella cura del benessere nel campo dell'agricoltura e foreste, ma essa attività assume importanza, almeno io lo ritengo, per tutta la collettività delle regione, e vorrei dire di più, almeno per quanto riguarda il lavoro per la sistemazione delle montagne, perchè esso interessa numerose province limitrofe lambite dalle acque dell'Adige. Ben 137 milioni vengono spesi per il rimboschimento, specialmente di estese zone nude, vedi Val Venosta, vedi dintorni di Trento, il quale trasformerà radicalmente l'ambiente sociale-economico di quelle zone, e anche quello estetico, e ciò certamente a vantaggio di tutta l'economia delle zone interessate, cioè della Regione. Da anni questa attività viene curata e per ulteriori, auguriamoci, lunghi anni, essa avrà le nostre speciali cure, vorrei quasi dire che sarà la nostra pillola.

Loro trovano qui: « spese per caccia e pesca, lire 14 milioni ». Ora non credo che si possa dire che questi 14 milioni vengono spesi a carico degli agricoltori e dei contadini, bensì che vengono spesi soprattutto nell'interesse della popolazione non dedita all'agricoltura ed alla campagna, che cerca e trova nella caccia e nella pesca un richiamo sportivo, ricreativo ed anche turistico. Loro vedono poi: « demanio forestale », con una spesa prevista in circa 160 milioni, che certamente non mettiamo a disposizione di questi contadini. Mangiano quasi tutto il bilancio, egregio collega comm. Gardella, ma queste spese determinano a loro volta un'entrata prevista in 440 milioni, sui quali si avvantaggerà non ultimo anche l'Assessorato dell'industria e commercio, ed auguro che ne abbia il più possibile. Poi troviamo 313 milioni, spesa questa prevista per opere di sistemazione forestale. Almeno il 70 % di tali opere viene eseguito nell'interesse

pubblico, a protezione di strade, di fabbricati, di ferrovie, e soprattutto per la regolazione del deflusso delle acque torrentizie, onde evitare le inondazioni in pianura e nei centri abitati. Diversi milioni, prego in modo speciale lei comm. Gardella, di ascoltare...

GARDELLA (P.L.I.): Scrivo!

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Parlo piano perchè possa scrivere bene, per non dimenticarlo più. Diversi milioni vengono spesi annualmente per la fornitura gratuita di piante alle varie « pro loco » di tutte e due le province, per l'abbellimento del paesaggio. E spero che il collega Berlanda possa dare atto di questo: sono circa 6 milioni anche quest'anno. Non credo che questo vada a vantaggio dei contadini, ma soprattutto di quelli che vanno a soggiornare in quei posti. Volevo appunto richiamare la loro attenzione sul fatto che queste sono spese di ordine generale. Se sono comprese nel bilancio dell'Assessorato dell'agricoltura è perchè qui troviamo l'ambiente, gli organi tecnici per incontrare queste spese, ma vanno però sostenute soprattutto nell'interesse di tutta la regione.

E vengo al secondo punto: ho detto che le spese bisogna vederle anche nell'ordine morale-sociale. Ora, in tutti i paesi montani si lamenta oggi una fortissima accentuazione dello spopolamento; tale spopolamento è causato dalla ingratitudine della terra montana che ricompensa solo scarsamente le fatiche e gli investimenti in essa dati. Inoltre il livello di vita va fortunatamente migliorando ovunque. Si sono dimenticati quasi tutti fino ad oggi e certamente in misura più forte le nostre popolazioni rurali, soprattutto quelle della montagna, mentre ci troviamo in una regione eminentemente montana. Questi agricoltori scendono in città, vengono nei centri maggiori, si accorgono di quello che sta avvenendo, che si sta meglio, che si sta più comodamente, che qui si trovano cose che nel loro maso isolato o nel piccolo centro di montagna non ci sono, e se accentuiamo troppo questa differenza non c'è più da meravigliarsi che il contadino se ne vada e che questo spopolamento continui. Con quale vantaggio? Possiamo ben immaginarci che questi possono essere svantaggi per tutta la collettività, soprattutto vedendoli dal lato occupazione,

che domani questi contadini andranno ad aumentare la schiera dei nostri milioni di disoccupati. E pregherei di vedere questi investimenti anche sotto questo punto di vista, perchè, paragonando le possibilità di vita di questi montanari con le possibilità che troviamo altrove, dobbiamo dire che nonostante tutti i contributi sia stato dato ben poco, ma che possiamo essere a cuore tranquillo se un po' di questi contributi sono stati dati, e speriamo possano essere dati ancora. Noi abbiamo il preciso dovere di aiutare, di guidare, di assistere questa gente rurale, che è poi la maggioranza della popolazione della nostra regione, che è poi, per conto mio almeno, una eterna fonte di rinnovazione demografica e anche e fortunatamente un baluardo morale e religioso contro troppo attuali manifestazioni, anche antisociali e antimorali.

E veniamo ai motivi economici che ovviamente devono essere i principali. Noi siamo senza programma, ci troviamo nel buio, io avrei addirittura dichiarato in sede di Commissione del bilancio che non solo l'Assessorato, ma anche tutta la Giunta è senza un programma. Pregherei proprio l'on. Paris di comandare un po' la sua memoria, così forse si ricorda che ho detto un po' diversamente. Quando abbiamo parlato di contributi, ho detto che è logico che noi si debba subire un po' l'iniziativa di chi aspira al contributo, perchè è inutile che io faccia un programma e dica: ti dò il 40 % o il 50 % o il 30 %, ma tu devi dare il resto e impongo che tu debba fare questi miglioramenti. Se quello mi dice: « Io non ho il rimanente 40 o 50 % », o addirittura: « non voglio », io non so come si possa fare!

Fare per zone, fare lavori a grande respiro! Va bene, ma non so che cosa direbbe l'on. Paris se facendo questi miglioramenti per zone, a largo respiro, la sua zona, che non so quale sia, fosse proprio l'ultima alla quale si pensasse per i miglioramenti. Non credo che sarebbe proprio contento e che i suoi interventi diventerebbero ancora più preziosi, probabilmente! Ed avrebbe ragione, come ha già ragione adesso! Purtroppo i bisogni sono tanti mentre le possibilità non sono altrettante. Lei dice che frammentiamo troppo questi interventi, che addirittura li polverizziamo. In parte lei ha anche ragione, è così, ma come potrebbe essere diversamente? L'agricoltura della nostra regione incomin-

cia con gli oliveti al Garda e finisce con i pascoli alpini oltre i 2000 metri! Entro questa enorme fascia vegetativa troviamo una gamma di attività rurali, una gamma di ordinamenti culturali e logicamente tutti devono essere curati e seguiti. E dovunque troviamo situazioni molto simili, cioè una agricoltura ancora piuttosto retrograda, specialmente per le zone di montagna, causata da avversità climatiche, da mancanza di mezzi finanziari. Purtroppo per decenni questa agricoltura ha dovuto segnare il passo per mancato o inadeguato intervento o interessamento di autorità o di enti competenti. In più si sono aggiunti gli eventi bellici e postbellici. Ora si trattava e si tratta ancora di riportare questa agricoltura, queste varie aziende, al livello minimo di produzione per avere almeno approssimativamente una corrispondenza in quantità e qualità alle richieste ed esigenze attuali. In agricoltura noi abbiamo una legge che regna, la cosiddetta legge del minimo, che è stata constatata dal maggiore chimico agrario che abbiamo avuto fino ad oggi, legge che dice: « E' inutile spendere e approfondire spese, dare fertilizzanti alle colture, se non si è garantito prima il minimo di tutti quanti gli elementi che devono contribuire alla produzione della pianta. Cioè è inutile dare 10 quintali di concime azotato quando non si è dato i due kg. di magnesio o di ferro, il minimo che ci vuole per queste piante ». Credo che abbastanza simile sia anche la politica agraria, anche là c'è la legge del minimo. E' inutile che domani si vada a approfondire spese in una zona o vallata, trascurando l'agricoltura per il resto. Con questo non creeremo un progresso, avremo sempre una politica agraria vorrei dire a singhiozzo. Sarà sempre un lavoro a fasi, e di questo bisogna preoccuparsi: prima portare al minimo le nostre aziende, la nostra agricoltura; raggiunto questo, allora sarà il caso di poter intervenire con opere e con progetti a largo respiro. Del resto ogni volta che era possibile credo che questo sia stato fatto, e qui non sto a difendere il mio operato ma semmai quello dei miei predecessori. Guardino i rimboschimenti della Val Venosta, che interessano quasi mille ettari di terreno nudo, e altrettanto nella zona dei dintorni di Trento. Qui si poteva intervenire perchè c'erano queste premesse. Nella penultima seduta di Giunta è stato approvato un progetto per irrigazione nel comu-

ne di Naz-Sciaves nella zona di Bressanone, per oltre 300 milioni di lire, si potranno irrigare 700 o 800 ettari di terreno produttivo; credo che questa sia una impresa a largo respiro. Adesso si può cominciare a pensare a questa attività, perchè con i contributi erogati sono state aiutate fino adesso, comprendendo anche i contributi che sono in atto di liquidazione, ben 15 mila aziende. E questo logicamente con notevole vantaggio per la nostra agricoltura. Chi ha voluto, chi ha trovato un'iniziativa nelle minime possibilità, ha potuto portarsi avanti.

Con queste opere di miglioramento credo sia stato dato lavoro e sia stata data attività anche commerciale, e questi contributi non sono andati esclusivamente all'agricoltura, ma sono andati anche indirettamente al commercio, alle attività industriali. Bisogna considerare anche questo aspetto della cosa. Ripeto ancora, sarà certamente giusto che i contributi che vengono dati al singolo agricoltore man mano vengano ridotti per poter dare domani più presa, se posso dire così, più attività, all'indirizzo — e adesso creerò altre suscettibilità, eppure lo dico — all'indirizzo delle cooperative, all'indirizzo di attività che non interessano solo il singolo.

E veniamo a queste cooperative famigerate, vedi legge 11. Tanti le vedono volentieri; diversi, soprattutto quelli del settore commerciale, dicono che stiamo sbagliando del tutto. Dò pubblicamente atto qui, egregio collega Gardella, di quello da lei asserito e cioè che io avrei detto in sede di Commissione del bilancio, e l'ho detto « guai se non ci fossero le cooperative e altrettanto guai se non ci fosse il libero commercio ». Per conto mio è proprio così. Che cosa succede se c'è solo il libero commercio lo abbiamo visto, e, come ha detto il cons. Salvadori, è stato il libero commercio che ha chiamato in campo le cooperative, perchè l'agricoltore, il produttore, ha sentito la necessità di difendersi. Purtroppo è umano che ognuno guardi al proprio tornaconto, al proprio profitto, e non sempre questa tendenza può andare a rendere contenti i produttori, i commercianti. D'altra parte dobbiamo ammettere che è stato il libero commercio che ha trovato le vie di sbocco per i nostri prodotti agrari, e che costituisce la molla, l'iniziativa per trovare sempre nuove possibilità,

nuove strade, per trovare sbocco e commercio. Uno, secondo me, ha bisogno dell'altro. L'importante è trovare una giusta proporzione, l'importante è produrre molto bene e a poca spesa, e troveremo il tornaconto sia per il produttore, e il vantaggio per il commerciante, e in ultimo per la collettività. Sotto questo aspetto, sotto questo punto di vista, vedo queste cooperative, e dico senz'altro che cercherò di fare di tutto affinchè queste cooperative abbiano ancora mezzi perchè hanno bisogno di averne ancora: loro sanno che è in gestazione una nuova piccola legge per il rifinanziamento della famigerata legge n. 11, che ha tutti i diritti per essere procrastinata, per essere attivata.

Quando noi avremo sanati questi più impellenti casi delle varie aziende agrarie, le nostre cure saranno senz'altro rivolte con massima intensità all'attuazione di vasti progetti di miglioramento, e qui seguiremo spesso i consigli datici, soprattutto dall'on. collega Paris, che vuole appunto e giustamente vedere realizzati miglioramenti a largo respiro. Anche a me piacciono; mi creda, star a firmare centinaia e centinaia di decreti per 50-100 mila lire, è una perdita di tempo, eppure sono necessari al momento! Un massimo impulso, e lo vedranno attuato nel bilancio, noi lo vogliamo dare soprattutto alla zootecnia, perchè è il nostro settore più importante; il 50 % della produzione agraria della nostra Regione, e precisamente 26 miliardi nell'anno 1954 — non abbiamo dati definitivi per dopo — ci provengono dalla zootecnia. E' logico che dobbiamo dare qui speciale impulso. E non è, egregio comm. Gardella, che se noi vediamo oggi queste società di allevatori con tanto bestiame, ciò significhi che siano autosufficienti: hanno tanto bestiame sì, ma hanno tanto bisogno di migliorare questo bestiame e di aumentarlo ancora. Nella regione abbiamo proprio l'ambiente indicato per la zootecnia, è l'unica possibilità per avere nelle zone montane dei prodotti. E' nostro dovere rivolgerci a questa attività, soprattutto, e riusciremo ad arrivare capillarmente fino all'ultima azienda, all'ultimo maso della montagna, attraverso le società degli allevatori.

E voglio venire alla fine e dico questo. E' logico che noi in Regione dobbiamo valorizzare soprattutto quella che viene definita la produzione

tipica, la produzione che ci viene garantita e possibilitata dal nostro clima, e quindi dobbiamo rivolgere le nostre cure alla viticoltura e alla frutticoltura, che sono poi i due rami agricoli che hanno creato la fama della nostra regione e credo anche buona parte della sua prosperità. Sfruttando al massimo e con ogni razionalità moderna le possibilità climatiche della nostra regione, i nostri principali prodotti avranno senz'altro la possibilità di poter concorrere domani su questo Mercato comune europeo che in parte, qui dentro, è stato dipinto un po' come un fantasma avvenire. Io credo, ripeto ancora, che con metodi moderni e razionali, assecondati alle possibilità del nostro clima, al nostro clima cioè di transizione fra alpino e prealpino, i nostri prodotti tipici — il vino, la frutta, il bestiame con i suoi prodotti, oggi dobbiamo dire anche le patate da semina, fonte importante per la nostra regione, e il legname — secondo me questi prodotti non avranno da temere la concorrenza sul Mercato comune europeo. Questo nostro clima non si lascia sostituire nè coi mezzi finanziari nè con accorgimenti speciali della tecnica moderna.

In ultimo vorrei dire ancora una cosa. Qualche Consigliere ha creduto di dover esprimere le sue rimostranze per i presunti eccessivi mezzi finanziari da assegnarsi, in base a questo bilancio che attende la loro approvazione, al mio Assessorato. Per conto mio dico che i mezzi per l'Assessorato dell'agricoltura e foreste sono troppo pochi, e farò di tutto perchè siano aumentati. Non si spaventino, non a scapito di qualche altro Assessorato, non per spostare il 27,5 %, come loro hanno detto, ma perchè tutti abbiano più mezzi, perchè noi si abbia la possibilità di poter soddisfare meglio a quello che noi siamo chiamati a fare, cioè aiutare i nostri agricoltori e con questo aiutare la collettività nel solo interesse della prosperità della nostra regione. Grazie.

GARDELLA (P.L.I.): Il signor Assessore dell'agricoltura aveva promesso che avrebbe lanciato contro di me tutte le sue frecce; sono lieto di questo onore perchè è proprio precisando e puntualizzando tante cose che ci si può intendere meglio. Vorrei dire subito una cosa: che è vero, e lo penso, che i fondi dell'agricoltura vanno anche a

vantaggio — marginale magari — di altri settori, come i lavori pubblici per le strade, i bacini montani ecc., ma altrettanto è quando l'Assessorato dei lavori pubblici attua una strada, la quale va a vantaggio anche dell'agricoltura, o se fa un lavoro di imbrigliamento di acque, il quale va pure a vantaggio dell'agricoltura, o se si sviluppa una zona turistica, tutto va a vantaggio dell'agricoltura, anche l'assistenza dell'Assessore della previdenza. E' pacifico, è un vantaggio per tutti, e quindi anche dell'agricoltura, perchè non penso nemmeno lontanamente che facendo dell'assistenza si possa essere parziali.

Quindi, signor Assessore, il dire che dei fondi che ha l'Assessorato dell'agricoltura ne possono beneficiare indirettamente gli altri Assessorati e quindi altre categorie di persone, vuol dire ritorcere lo stesso ragionamento per gli altri Assessorati nei confronti dell'agricoltura, con la differenza che l'agricoltura dà un pochino a tutti, e quindi è molto poco quello che dà a tutti, mentre tutti danno solo all'agricoltura, e quindi è molto quello che prende l'agricoltura. Lei diceva che anche i 14 milioni della caccia e della pesca non saranno solo a vantaggio dell'agricoltura. Che dice? Sono a vantaggio dell'agricoltura, non fosse altro perchè si curano gli animali che mangiano il raccolto, per esempio! I 160 milioni delle foreste demaniali sono tutti per l'agricoltura, e se attraverso gli impianti demaniali facciamo lavorare anche l'industria, è l'industria dell'agricoltura che lavora! Dice « diamo anche piantine »: su un miliardo e mezzo nominale — perchè è molto di più — su un miliardo e mezzo nominale il dare quattro piantine alle « pro loco » credo non significhi davvero una possibilità eccezionale.

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Non ve li daremo più se è così!

GARDELLA (P.L.I.): Dice che gli agricoltori hanno veramente bisogno di tutto! Non ho negato niente, nè in sede di Commissione, nè in sede di Consiglio. Non nego niente all'agricoltura, ma non nego niente per nessun altro: è questa la differenza che passa fra quello che dice l'Assessore dell'agricoltura e quello che penso io. Tutti hanno bisogno e tutti dovrebbero avere, e allora facciamo come il buon padre di famiglia il quale deve

dare la parte delle entrate a tutti i figli. Dissi pure a lei che sono lieto che si pensi all'agricoltura, è un'aspirazione che abbiamo tutti, anche se siamo cittadini, ma ci dobbiamo pensare al tempo logico, non dobbiamo precorrere i tempi; come è possibile fare in dieci anni, come pensa lei, quello che non si può fare per gli altri Assessorati? Ed allora dico: invece di farlo in 10 anni come ho detto, facciamolo in 15, in 12, in 13 anni, lasciamo un po' di ossigeno anche agli altri Assessorati che sono pure branche fondamentali dell'economia regionale. Ma se lei ricorda il turismo, il commercio, apprezza l'industria per quanto può valere, allora vede che sono branche di importanza eccezionale, vorrei dire che sono la colonna principale nel campo nazionale e regionale. Dice che l'agricoltura è retrograda: ed il commercio? Lei, che viaggia in provincia, ha visto il commercio com'è? E' indietro di un secolo! E dirò che il commercio nelle valli è fatto dai contadini, perchè la moglie sta nell'azienda ed il marito va a lavorare la campagna, il proprio campo, quindi se è vero che l'agricoltura è retrograda, altrettanto è vero per il commercio. Non vediamo solo attraverso quei quattro commercianti di Trento, o i 500 esercenti che sono commercianti per modo di dire perchè esercitano il mestiere di rivenditori, ma guardiamo al vasto panorama della provincia, e troveremo una classe che non ha nulla, cioè il commercio. (*Ilarità*).

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Ridono di compassione per i commercianti, vede?!

GARDELLA (P.L.I.): Signor Assessore, quando ho visto nascere la Mutua contadina ne ebbi una gioia infinita, perchè conoscendo un po' la vita dei contadini so quanto fosse necessaria l'assistenza ai contadini. Ma mi dice lei se il commerciante ha questa assistenza? Se un contadino è ammalato oggi si porta all'ospedale e viene curato, ma il commerciante, il modesto esercente gode forse di stesse condizioni? Se un esercente ha un familiare colpito da una malattia grave che comporta molte cure, rovina la propria azienda per poter sostenere le spese! Sono piccole cose ma sono i piccoli rivoli d'acqua che fanno il grande torrente. Quindi il confronto che si può fare fra chi ha più

bisogno e chi ha meno bisogno sono un po', come diceva Pirandello, « come tu vuoi », ognuno lo vede nella propria maniera. Ma è un dato di fatto che in questo momento la posizione assistenziale dei contadini è infinitamente superiore nei confronti di quella dei commercianti. Perchè voi per commercianti ritenete quella gente che ha centinaia di milioni oppure di cambiali (perchè oggi il commerciante è in queste condizioni), ma non è vero: il commerciante è anche la modesta persona con famiglia che lavora tutto il giorno, anzi che lavora con tutta la famiglia nel commercio.

Signor Assessore, il turismo: mi dice lei agli effetti delle entrate per le Province, ma soprattutto agli effetti delle entrate dell'Ente Regione, che cosa significherebbe per i contadini il giorno in cui noi si potessero attrezzare tutte le nostre zone turistiche aggiornandole e portandole alla pari delle zone turistiche di tutto il paese? Mi dice quali vantaggi porterebbe ciò ai contadini?

Ad ogni modo mi auguro che il contadino possa stare meglio e presto, lo spero senz'altro, perchè va a vantaggio di tutti, ma desidero che anche le altre categorie possano stare meno male. Questa è la sostanza delle cose, non so se riesco a spiegarmi. Quando ho detto che quello che si vuole fare in dieci anni per l'agricoltura lo si faccia in 12 anni lasciando un po' di ossigeno agli altri Assessorati perchè possa venir fatto qualche cosa anche in altri campi, non mi sembra di avere fatto qualche cosa che richiamasse le frecce dell'Assessore, bensì di aver detto una cosa saggia. Desidererei vedere se l'Assessore al commercio potesse disporre di cento milioni per l'organizzazione ed il potenziamento delle « pro loco », perchè ogni « pro loco » potesse migliorare turisticamente la propria zona e potesse fare quanto è necessario in favore dell'ospitalità, non solo di quelli che possono spendere le 5.000 lire al giorno, ma anche di quelli che possono spendere meno! Cosa mi dice lei se l'Assessorato al commercio potesse domani disporre di una seconda legge n. 14 a favore degli appartamenti privati? Che cosa mi dice se si potesse nelle zone turistiche attrezzare alloggi in modo civile, particolarmente per quanto concerne gli impianti igienici? Quale apporto ciò darebbe al nostro turismo?

E dare sì, ma dare bene, come diceva Paris, cercare di polverizzare il meno possibile, perchè vi sono dei contadini che hanno ricevuto dei contributi per il miglioramento della stalla e poi si è trovato che avevano trasformato la stalla in garage. Quindi è necessario dare bene. Dice che per questo occorre una legge. D'accordo, ecco la sostanza del mio dire: non faccio differenza fra i commercianti e contadini, industriali ed albergatori o chiunque altro, non faccio differenze, dico di dare ma di dare a tutti, di aiutare tutti in una certa maniera, che possano camminare di pari passo tutti, non che uno prenda lo slancio e gli altri restino indietro. Questo non va bene.

Lei dice che ripeterà la proposta per il finanziamento della legge n. 11: d'accordo, se il contadino ha bisogno di quello, facciamolo, ma non facciamo confronti, perchè se la cooperativa si può difendere e fa qualche cosa per poter vendere allo stesso prezzo dei commercianti, è perchè riceve i contributi dall'Ente Regione, e li riceve sia direttamente sia attraverso la propria federazione. Facciamo tutti i generosi, questo è pacifico, ma se la Regione dovesse dire ai commercianti: « perchè voi vendiate a dieci lire di meno, non pagate l'affitto dei vostri negozi o le tasse » sarebbe la stessa cosa: un contributo indiretto che farebbe ribassare il prezzo ugualmente. Ora nessuno può chiudere gli occhi per non vedere queste cose. Ci vogliono, esistono per porre un freno all'ingordigia dei commercianti in stato fallimentare, come sono tutti o quasi tutti; ci vuole, perchè così freniamo l'ingordigia di chi lavora 15 ore al giorno, madre, moglie, figli e suocere, purtroppo anche le suocere, per poter mangiare la minestra senza andare all'Assessorato delle minestre — scusi, non lo volevo dire, mi è scappata! — tutti i commercianti lo potrebbero fare, ma non è possibile perchè non hanno nessun contributo, non c'è un sostegno, nessuna facilitazione, nessun alleggerimento di imposte, anzi è colui che deve pagare perchè la Regione e lo Stato abbiano i mezzi per sostenere le cooperative.

Poi l'Assessore dice che si tratta di 1 miliardo e 540 milioni. Non sono d'accordo, perchè il 60 % dei dipendenti della Regione sono a carico dell'Assessorato delle finanze, mentre sono ad uso esclusivo

dell'Assessorato dell'agricoltura, ed allora il miliardo e mezzo diventa 2 miliardi, o qualche cosa di più. Lei dice che è poco, ma direbbe che è poco anche se ricevesse tutte le entrate della Regione; sarebbe sempre poco, per il proprio concetto è sempre poco, ma non è vero. A me sembra che su di un bilancio del genere, con le branche di attività che contempla e quelle che abbiamo da attuare, compresa l'assistenza, non è poco, e le Province, a me sembra che due miliardi gravino veramente troppo sul bilancio regionale. Troppo, perchè tolgono la possibilità agli altri Assessorati di fare qualche cosa di più. Si convinca, Assessore, che finchè non vedrà potenziato il turismo in tutti i piccoli luoghi; che finchè non vedrà aiutati gli esercenti ed i commercianti e le « pro loco » affinché creino giardini e altro; che finchè questo turismo non sarà sostenuto e potremo fare propaganda senza vergognarci — perchè è inutile dire: « venite nel Trentino-Alto Adige » per far trovare un'ospitalità sgradevole — finchè, dicevo, non daremo a questo turismo e finchè esso rimarrà in sofferenza, si danneggerà tutti, non solo il turismo.

Sono d'accordo con lei, Assessore, che è necessario aggiornare l'agricoltura, ma bisognerebbe anche creare le industrie che sfruttino i prodotti dell'agricoltura, senza essere nella condizione di svenderli, se proprio è necessario svendere. Venivo dal Brennero, l'altro giorno, e davanti a me c'era un camion ricolmo di mele di terza e quarta qualità, in cattivissima condizione; non so dove le portavano, ma ho pensato che noi dobbiamo avere impianti di sfruttamento, fabbriche di marmellate, ecc.

Perchè come nel piacentino e nel parmense esistono le maggiori produzioni di salse di pomodoro, dopo Napoli, così qui noi dobbiamo avere la produzione più grande di conserve, perchè abbiamo una produzione di frutta che può alimentare questi stabilimenti, con il vantaggio che si potrebbe in questo caso vendere anche all'estero solo i prodotti migliori e non dover trovare la furberia di introdurre in mezzo a quello che è bello e buono anche quello che è cattivo, ciò che non bisogna fare. Bisogna salvare per il mercato estero ed interno solo quanto la nostra produzione dà di meglio e il resto trasformarlo, ed abbiamo la possi-

bilità di trasformarlo, perchè i nostri prodotti, trasformati in loco, potranno vincere la concorrenza che ci può essere in campo nazionale. Abbiamo la Sicilia che esporta tutti i succhi di frutta alle grandi ditte, dalla S. Pellegrino alla Recoaro, alla Crodo ecc., e li producono là loro stessi e li portano su, perchè sarebbe inutile trasportare le arance ed i mandarini e i limoni per fare poi qui tale lavoro. Questo dovremmo farlo invece noi, ed in quel modo si aiuterebbe anche l'industria, la quale darebbe anche più movimento di capitali, e di riflesso anche il più lontano paese ne avrebbe dei vantaggi.

Assessore, lei mi ha pescato nel momento meno felice, perchè non ero preparato e ho dovuto rispondere improvvisando, ma mi riservo di intervenire durante la discussione i capitoli, se sarà il caso. Comunque credo che l'unione fa la forza: bisogna aiutare anche gli altri Assessorati e non pretendere di essere sempre in testa, di correre troppo, perchè mentre i bersaglieri corrono molto ma a un bel momento si fermano, l'alpino va piano e arriva sempre in cima alla vetta.

PARIS (P.S.D.I.): Sulle dichiarazioni dell'Assessore. Devo esprimere la mia soddisfazione non tanto, ed è apprezzabile anche questo, perchè l'Assessore dell'agricoltura ha riconosciuto una funzione alle minoranze e alla opposizione che qualcuno vedrebbe ben volentieri, ma perchè ha voluto fare quelle dichiarazioni che sono una impostazione del suo lavoro. Ciò vuol dire che benchè abbia assunto l'incarico da poco tempo, ha però abbracciato l'ampiezza di tale compito, e questo va tutto a suo onore, perchè da altri Assessori che sono tali da anni non abbiamo mai sentito una esposizione così programmatica, nemmeno riassuntiva, non so se per fatica o per disprezzo verso noi che la domandiamo o per noncuranza, che è peggiore del disprezzo.

Dunque, non sono uno che si lamenta che alla agricoltura vengono dati fondi sproporzionati alle sue necessità ecc.; no, io sono uno che lamenta un altro indirizzo che lei ha individuato, quello cioè sulla gradualità di queste spese, sul fatto cioè di escogitare quegli accorgimenti anche contributivi — benchè io odia i contributi perchè vorrei si darli, ma vedere poi il denaro ritornare — in modo da

garantire il massimo rendimento. Ho parlato di polverizzazione e in Commissione ho anche citato una legge, la legge n. 20 e in parte anche la legge n. 21, e ho detto che credo che per certi contributi, (ho visto pubblicare contributi da 10 mila lire) è forse maggiore la spesa di istruzione della pratica che non l'entità del contributo stesso. E allora non si può dire che facciamo della economia, perchè anche nell'impiego del personale bisogna avere la massima razionalità e parsimonia.

Lei dice che bisogna lavorare per zone e che se vedessi la mia zona trascurata insorgerei ecc. Lo ammetto, pur non avendo nessuna zona, ma, signor Assessore, ho visto per esempio la valle di Fiemme e di Fassa, territorio della Magnifica Comunità, che non brilla per molta presenza nella distribuzione dei contributi sulla legge n. 3 dei lavori pubblici, e non ho mai sentito lamentarsi la Magnifica Comunità, o per lo meno si è lamentata ma ha anche aggiunto alle critiche questo: noi comprendiamo di trovarci in una situazione, non economica della popolazione ma finanziaria dell'ente, che ci mette in condizioni di privilegio rispetto a molti comuni. Credo che lo stesso ragionamento verrebbe fatto dalla categoria qualora si volesse prima di tutto aiutare le zone depresse. Perchè, signor Assessore, io vorrei vedere il denaro speso nel modo più razionale.

Contesto che queste leggi siano a carattere spiccatamente sociale, perchè se così fosse i contributi sarebbero stati assegnati in modo diverso, la legge sarebbe stata organata in modo diverso, perchè ha ragione quando dice « io posso offrire il 50, 40, 30 o 20 % di contributo ed allora devo presupporre di trovare quel contadino o agricoltore che ha la differenza ». Se invece i contributi fossero stati in numero minore ma maggiori come consistenza, con ciò queste leggi e i relativi contributi avrebbero avuto un carattere sociale, nel senso di aiutare veramente le aziende bisognose. Finchè queste leggi si limitano a dare dei contributi a fondo perduto modesti, è naturale che di queste leggi possano godere solo gli agricoltori che o hanno da parte qualche risparmio oppure hanno una azienda di un valore tale da permettere loro di trovare crediti presso un istituto bancario. Quindi le piccole aziende non vengono aidate. Inoltre ho detto che vorrei vedere, per lo meno per quelle

aziende che ne hanno la possibilità, la restituzione del denaro senza interessi a lunga scadenza. Questo io l'ho suggerito, ma non si è voluto fare.

Prendo per esempio la questione dell'irrigazione: chi può affrontare il peso notevole previsto per ettaro? Solo le zone abbastanza fertili, quelle che cioè danno un reddito per ettaro, se non elevato, superiore però alla media della resa per ettaro della nostra regione. Tante volte date anche ai privati; perchè dare ai privati che irrigano una proprietà qua ed un'altra là, mentre domani, quando si penserà alla sistemazione totale di questo comprensorio si dovrà prendere e rinnovare l'impianto? Le stesse derivazioni sono state sfruttate razionalmente, nel modo più efficiente e proficuo? Ecco che dico: qui si è sbagliato. Quindi interventi per zone li comprendo in questo modo. Lei dice che questo Mercato comune l'abbiamo definito qui come un fantasma; no, diventerà qualche cosa di concreto, e stia pur certo che la concorrenza la sentiremo perchè ci sono paesi — e lei ha riconosciuto che la nostra agricoltura è ancora molto indietro — ci sono paesi in cui l'agricoltura, e non solo la fase della produzione agricola ma anche quella della lavorazione dei prodotti, è molto più avanzata della nostra e quindi è naturale che ci troveremo in difficoltà, sentiremo la concorrenza.

Ci saranno poi i prodotti dei territori d'oltre mare, perchè lei sa che nel Mercato comune sono stati inseriti anche quelli, altro elemento di concorrenza! Ed allora noi dobbiamo prevenire questi pericoli, che ci saranno indubbiamente. Ogni organizzazione, ogni innovazione per un certo periodo transitorio crea queste difficoltà, e dobbiamo prepararci a superarle, ad affrontarle queste difficoltà. Ed allora perchè i contributi a caseifici che lavorano 3 o 4 o 5 quintali di latte? Le pare che le spese generali che gravano sull'unità non siano superiori a quelle di un stabilimento dove vengono lavorati 15 o 20 quintali di latte? Si è dato persino un contributo a dei caseifici turnari: non state a dirmi che qui si danno contributi con carattere di economicità, cioè cercando il maggiore rendimento di questo denaro! Noi abbiamo bisogno di tipizzare i nostri prodotti, abbiamo bisogno di un quantitativo uniforme, e di questo non ci preoccupiamo ed è un male, in modo particolare nel Trentino, dove tutte le manifestazioni della vita sono così sbriciolate,

particolarismo economico che ho denunciato ancora qui. Perchè due o tre magazzini di frutta in uno stesso paese? Perchè non cercare invece di unificare? Meno spese per la costruzione, meno spese per la gestione, più potenza finanziaria per l'acquisto degli impianti. Lei, Assessore non può darmi torto, perchè noi abbiamo questa situazione.

Anche in Commissione ho detto che bisogna vedere quali sono gli investimenti da farsi prima, e quelli da farsi dopo. Ho denunciato il fatto, a proposito delle vacche altamente selezionate, — più altamente selezionate e quindi più facilmente soggette a delle malattie, perchè tutti gli esseri più si allontanano dallo stato selvatico e più vanno soggetti alle malattie — bisognava vedere, prima di contribuire, di creare i ricoveri, le stalle. Ecco cosa ho lamentato, e questi sono i criteri che invoco; non dico che si possa far tutto, ma rivedere quello che è rivedibile, cercare un indirizzo di attività per l'Assessorato dell'agricoltura in questo senso. E sono perfettamente d'accordo con lei, e cioè che i soldi dati all'agricoltura non sono divorati dagli agricoltori, ma sono come una macchia d'olio, come in tutto: si espandono a beneficio di tutti, del turismo, dell'industria, dei trasporti e anche del commercio, comm. Gardella, con le spese generali che, come ha detto l'Assessore, dipendono dalla città, anche se non siamo agricoltori.

Vedrei volentieri intensificata l'azione di rimboschimento, se vogliamo trovare quel conforto anche estetico necessario non solo per noi, ma anche per un richiamo turistico. Quindi, egregio Assessore, sotto questo aspetto lei deve prendere le mie osservazioni: nessuna volontà di critica preconcetta, distruttiva, ma una valutazione, una opinione che lei può accogliere o respingere, ma che ho sentito il bisogno di esprimere.

PRUNER (P.P.T.T.): Dato che siamo scivolati in una specie di discussione generale sull'agricoltura, mi permetto rivolgere una domanda all'Assessore.

Dalla sua relazione non abbiamo colto alcun accenno per quanto riguarda organismi da tanto tempo attesi, specie nel campo dell'agricoltura del Trentino — non so come sia in Alto Adige —: si tratta dei Consigli agrari di cui in Regione anni addietro abbiamo visto elaborare diversi progetti

e che, secondo molti dei nostri sostenitori, si tratta di organismi che rientrerebbero nella sfera del diritto privato, che tornerebbero di molta utilità per l'agricoltura, organismi di collegamento fra i produttori e gli organi esecutivi, l'amministrazione. Credo che, come ho sentito da certe voci, ci siano delle opposizioni da parte di certi settori, di organismi cooperativistici della Regione, non del Trentino ma, pare, dell'Alto Adige. E per questo credo sia opportuno che l'Assessore voglia dirci una parola in merito, cioè se è intendimento suo proseguire su quella strada per giungere alla definitiva formulazione di una legge per istituire finalmente i Consigli agrari che hanno dato prova negli anni addietro di grande utilità. Crisi come quelle del 1860, del 1880, furono brillantemente superate grazie all'intervento, alla collaborazione dei produttori attraverso gli organi esecutivi.

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Per una breve risposta alle domande del cons. Pruner: l'istituzione dei Consigli agrari che a lei sta tanto a cuore, ed avrà anche ragione, lei sa che viene ventilata da quando esiste la Regione con grande entusiasmo, con partenza in quarta in principio; ma man mano, salendo la montagna, si è cambiata la marcia e si è andati anche in folle, ed adesso siamo fermi. In provincia di Trento, per quel poco che posso sapere fino adesso, il problema è notevolmente più sentito che in provincia di Bolzano, lei ha ragione, senza per questo che siano contrari in provincia di Bolzano. Comunque, quando ci si è messi seriamente allo studio per la concretizzazione e l'attuazione si è visto che le difficoltà sono notevolissime se non per altro, per questo fatto: lei si richiama al 1880, ed è giusto, ma allora non esistevano gli Ispettorati agrari, con 20 o 30 tecnici agricoli per Provincia, come esistono oggi!

Quindi noi dobbiamo vedere oggi come avere una sincronizzazione delle attività di tutti questi enti. Comunque c'è già stato presentato un nuovo progetto da parte del cons. Samuelli, il quale è stato così gentile da mandarmelo in prima visione. Come ho promesso, riconfermo che non appena sarà possibile e gli impegni ormai giornalieri del Consiglio Regionale lo permetteranno, noi ci troveremo insieme per vedere il problema.

Questo vorrei quasi dire come orientamento, cons. Pruner: l'Assessorato dell'agricoltura, almeno per quanto si riferisce alle mie intenzioni, è qui per servire, vorrei quasi dire, tutte le iniziative degli agricoltori, per essere l'ente che raccoglie e dirige e viene incontro a tutti i desideri vagliati e, dopo vagliati, riconosciuti utili, alla nostra attività. Lei può stare tranquillo ed essere sicuro che se questi consigli risulteranno domani di gradimento generale e di utilità esaminata e provata, certamente troveremo la possibilità per istituirli. Pregherò che lei sia uno dei primi ad aiutarmi in questo. Di più non mi sento in grado di dire.

PRUNER (P.P.T.T.): Grazie.

PRESIDENTE: Cap. 52: « *Contributi per il funzionamento delle Stazioni agrarie sperimentali - L. 5 milioni* ».

PARIS (P.S.D.I.): Qui entra in campo l'Istituto di S. Michele, signor Assessore, sul capitolo 52 è cioè interessata la Stazione agraria di S. Michele e anche quella di Teodone. Ora più di una volta, qui e nel Consiglio Provinciale di Trento, abbiamo sentito parlare e abbiamo parlato di questa istituzione. Non comprendo come la Regione non senta la necessità di assumersi totalmente tanto la Stazione sperimentale di S. Michele come quella di Teodone. Le competenze dell'agricoltura che il nostro Statuto determina, sono della Provincia o della Regione? Mi pare che la Provincia, ad eccezione del punto 9 dell'art. 11, non ne abbia altre. Quindi sono ben minima cosa. E' la Regione quindi che dovrebbe avere questo compito, è la Regione che ha competenze vaste e quasi esclusive nel campo dell'agricoltura, è la Regione che dovrebbe avvalersi di questa istituzione per farne uscire i maestri, i piloti dell'agricoltura nostrana. Invece purtroppo siamo fermi ad una situazione che risale al 1880, quando c'era direttore il venerando e onorato e onorabile prof. Marchi.

Lei ha visto dove si trova relegato il gabinetto chimico? E' una prigionia! Quali sono gli strumenti esistenti? Siamo indietro rispetto non a istituzioni che hanno compiti analoghi, ma perfino a gabinetti di modeste cantine private o sociali! Questo mi è stato detto da gente che esce dalla Stazione di San Michele perchè ne ha frequentato la scuola, e lo

dice con rammarico dopo aver visitato gabinetti di altre aziende analoghe e private. La Provincia di Trento ha profuso centinaia di milioni, e nessuno qui può smentirlo. A me pare che abbia fatto un sacrificio notevole, e allora la Regione adesso compia il restante, prima di tutto assumendosi questa istituzione e poi dando quanto è necessario perchè essa possa assolvere al suo compito.

BRUGGER (S.V.P.): Vorrei fare la proposta di cambiare la dizione di questo capitolo, e cioè dire « Contributi per il funzionamento della sperimentazione agraria », precisamente per il fatto che la questione delle Stazioni sperimentali agrarie non è giuridicamente ben definita nè a San Michele, per quanto mi risulti, nè a Teodone. C'è una legge, non so di quale anno è, la quale ammette come stazione sperimentale l'Istituto di San Michele, ma che prevede però che questa Stazione sperimentale annessa all'Istituto agrario di San Michele dovrebbe avere un apposito statuto, approvato con regio decreto. E mentre c'è lo statuto per la scuola, non c'è l'apposito statuto per la stazione sperimentale. La stessa cosa, e forse giuridicamente più ibrida, vale per Teodone, perchè questo Istituto non figura affatto come istituto sperimentale in nessuna legge, tranne nelle norme di attuazione allo Statuto di autonomia.

Possiamo ammettere che il menzionare la stazione di Teodone valga come stazione sperimentale? Credo di no, perchè nella legge che regola le questioni e le norme sulle stazioni sperimentali, è detto chiaramente che devono essere istituite con apposito statuto e provvedimento di legge. Per conto mio potremmo salvare sia l'una che l'altra cancellando « stazioni » e assumendo una dizione più generica, che potrebbe essere formulata in questo senso; « Contributi per il funzionamento della sperimentazione agraria ». Propongo questa variazione per i motivi che ho detto, che sono di carattere prettamente giuridico.

DALLA ROSA (D.C.): Riprendendo quanto ha detto Paris a proposito della stazione sperimentale di San Michele è doveroso da parte mia, quale Presidente del consorzio che oggi fa funzionare anche la Stazione sperimentale, porre alcune precisazioni per quanto riguarda l'attrezzatura dei nostri laboratori chimici. E' vero che il nostro la-

boratorio chimico è sito in locali che devono essere assolutamente messi a posto, anzi il laboratorio chimico è bene che trovi sede in un fabbricato apposito, in quanto le esigenze che oggi riveste un laboratorio chimico sono tali che nel posto dove oggi è collocato non può funzionare come deve.

Non è invece giusto dire che l'attrezzatura di questi laboratori è pari o inferiore a quella di una modesta cantina sociale. In questo devo riprendere Paris, perchè non vorrei assolutamente, specialmente dopo le spiacevoli cose successe non molto tempo addietro per quanto riguarda il servizio repressione frodi, che si pensasse che il laboratorio chimico di S. Michele abbia un'attrezzatura che risale ancora al 1870 o al 1860, come ha detto il cons. Paris.

PARIS (P.S.D.I.): No, nel 1880 ho detto!

DALLA ROSA (D.C.): Posso concordare con Paris per quanto riguarda l'altra parte del suo intervento, quella cioè della necessità che la Regione attribuisca a sè tutta la competenza che lo Statuto dà ad essa per quanto riguarda il funzionamento delle Stazioni sperimentali, che nel nostro Statuto sono indicate in quelle di San Michele e di Teodone. A questo proposito posso dichiarare che ho già approntato uno schema di provvedimento legislativo che prevede il passaggio alla Regione della Stazione sperimentale di San Michele, schema che intendo sottoporre alla Giunta Provinciale per averne il parere, in quanto anche la Provincia è interessata della cosa perchè fa parte attualmente di un consorzio con lo Stato per il funzionamento della Stazione sperimentale. Ed una volta discusso con la Giunta Provinciale, lo passerò alla Giunta Regionale perchè possa prendere le decisioni necessarie e lo possa sottoporre all'approvazione del Consiglio.

La Provincia, ha detto Paris, ha profuso centinaia di milioni per San Michele, e qui è bene precisare una cosa. In San Michele noi vediamo sempre il complesso: azienda agricola, scuola e stazione sperimentale. I milioni sono stati profusi dalla Provincia di Trento per la nuova attrezzatura, per il miglioramento delle colture per quanto riguarda l'azienda agricola, e per la scuola. Per quanto riguarda la Stazione sperimentale, la Provincia di Trento si assume l'onere derivante dal

pagamento del personale che lavora nella Stazione, perchè non tutto il personale che oggi è impiegato e dipendente dalla Stazione sperimentale, intesa nel senso restrittivo di stazione sperimentale agraria e laboratorio chimico, è personale dipendente dalla Regione.

Una parte di questo personale è dipendente dal consorzio e comandato a lavorare presso la Stazione sperimentale; solo per questo ultimo personale l'intervento è a carico della Provincia, in quanto la Regione ci ha sempre detto che non può pagare quel personale perchè non è personale proprio. Nel provvedimento legislativo di cui parlavo prima è previsto che anche questo personale passi a carico della Regione.

Per quanto riguarda la proposta fatta da Brugger, l'appoggio in pieno, e se presenta l'emendamento voto a favore perchè penso che con quella nuova dizione si possano far passare anche le spese derivanti dal personale che abbiamo a carico; perchè quando diciamo in senso generale «contributi per la sperimentazione agraria» non si può concepire l'attuazione di una sperimentazione agraria senza personale adeguato.

Dirò poi a Paris che penso che la Giunta Provinciale entro questo anno possa senz'altro prendere in esame la richiesta fatta, cioè quella di assumere direttamente la Stazione sperimentale di San Michele e di provvedere con i propri mezzi al suo funzionamento. Cosa che porterà al potenziamento della stazione sperimentale, perchè è giusto che questo organismo sia potente, sia funzionante e possa rispondere alle sempre maggiori esigenze della nostra agricoltura.

PRESIDENTE: La dizione è stata cambiata: «Contributi per la sperimentazione agraria» invece che «stazioni». Sarebbe utile mettere «spese». Si potrebbe dire «Contributi per le Stazioni e per la sperimentazione agraria», così abbiamo l'una e l'altra cosa. Brugger, propone un emendamento aggiuntivo invece che sostitutivo?

BRUGGER (S.V.P.): D'accordo.

PRESIDENTE: Allora: «Contributi per il funzionamento delle Stazioni agrarie sperimentali e per la sperimentazione in genere».

E' posto ai voti il cap. 52 con la nuova dizione: unanimità.

Cap. 53: «Spese, contributi e sussidi per conferenze, assistenza tecnica ai contadini per l'istituzione di campi dimostrativi» - Lire 5 milioni.

VINANTE (P.S.I.): L'Assessore pone un'importanza notevole alla istruzione, almeno da quanto appare nella relazione, e alla preparazione degli agricoltori soprattutto ai nuovi indirizzi e alle moderne conoscenze dei vari settori dell'allevamento e delle colture e dell'industria agraria.

Indubbiamente è un campo molto interessante ed anche importante, però sono sempre più convinto che per persuadere meglio questa categoria e sfruttare nel miglior modo possibile le sperimentazioni, è necessario far partecipare gli agricoltori stessi alle iniziative attraverso i Consigli agrari. Ne ha parlato prima il cons. Pruner, ed ha risposto lo Assessore, il quale ha sinteticamente affermato che ci troviamo in panne, non abbiamo più benzina per proseguire. Questo naturalmente è un elemento che non ci soddisfa.

Comunque l'Assessore ha promesso di dare un certo impulso per spingere avanti questa macchina e per risolvere il problema dei Consigli agrari. Sono certo che attraverso questa organizzazione, anche in forma consultiva, gli agricoltori interessati parteciperebbero attivamente all'organizzazione ed all'amministrazione di questo organismo, e in stretta collaborazione, — e la preoccupazione affermata prima dall'Assessore era quella che con l'istituzione dei Consigli si presenta una funzione diversa da quella esistente in precedenza —, ma io ritengo che attraverso l'organizzazione dei Consigli agrari si possa trovare la possibilità di una stretta collaborazione degli agricoltori insieme con i tecnici per risolvere i problemi dell'agricoltura delle varie zone. Diversamente, creda, Assessore, le conferenze, le riunioni, i bollettini, la propaganda, servono ben poco, perchè gli agricoltori se ne disinteressano, e non danno quell'efficacia che si avrebbe facendo partecipare gli interessati all'organizzazione.

Ecco perchè vorrei insistere nei confronti dell'Assessore affinché dia veramente corso alla sua promessa. Lei ha promesso e quindi non voglio fare critiche. Sono convinto che oltre al fatto della possibilità della collaborazione è necessario smuo-

vere gli agricoltori, specialmente gli agricoltori della montagna, i quali, tenuto conto della loro povertà, sono restii a qualsiasi innovazione perchè preferiscono il poco e certo che il migliore ma incerto. Quindi creda che lo smuovere, assistere ed avvicinare di più gli agricoltori, specialmente di montagna, è un'iniziativa veramente efficace e produttiva.

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Prima di tutto vorrei spiegare la distribuzione che sta avvenendo. Diversi signori Consiglieri in sede di Commissione del bilancio, specialmente dell'opposizione, avevano espresso il desiderio di vedere, ordinati per comuni, come sono stati dati i contributi sulla legge n. 20 e sulla legge n. 21 nel 1956. Per dimostrarvi nuovamente che teniamo nella dovuta considerazione le critiche e i consigli dell'opposizione, abbiamo mantenuto la promessa facendo appunto distribuire questi dati, che purtroppo posso mettere a disposizione solo oggi perchè non li hanno potuti stampare prima. Quindi prego di prenderli in esame se credono opportuno.

Rispondendo brevemente al cons. Vinante, posso confermare che ho fatto la promessa e confermo che sarà attuata quando possibile. Lei dice «strano che riduce da 6 a 5 milioni». Questo è stato fatto per la provincia di Bolzano; dobbiamo distinguere istruzione professionale, e qui entra in campo la competenza della Provincia, e la Provincia sta venendoci incontro lodevolmente, e il mio collega all'agricoltura si è portato avanti e quindi ho trovato la possibilità di ridurre di un milione il capitolo aumentandone un altro. Ma sono pienamente convinto di questa assoluta necessità.

PRESIDENTE: Mettiamo ai voti il cap. 53?

KESSLER (D.C.): La diminuzione non va a scapito della Provincia di Trento?

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): No, solo per Bolzano, perchè ho trovato l'accordo con l'Assessorato provinciale.

PRESIDENTE: E' posto ai voti il cap. 53: unanimità.

Cap. 54. E. posto ai voti il cap. 54: unanimità.

Cap. 55. E' posto ai voti il cap. 55: unanimità.

Cap. 56. E' posto ai voti il cap. 56: unanimità.

Cap. 57: «*Spese e contributi per il funziona-*

mento ed il potenziamento della Stazione razionale di alpeggio di Juribello e dell'Orto botanico del Bondone - Lire 2 milioni».

VINANTE (P.S.I.): Nel considerare il problema riguardante la stazione razionale di alpeggio di Juribello, mi sono chiesto se il programma che si è prefissa l'amministrazione di questa scuola è stato raggiunto. L'istituzione della stazione razionale di alpeggio di Juribello dovrebbe consentire, in un non precisabile numero di anni, di sperimentare e dimostrare, almeno secondo il mio punto di vista, la convenienza tecnica ed economica della riproduzione su altre montagne della regione con le risultanze più vistose, con i risultati più spiccati ottenuti nella stazione di Juribello. Vorrei soprattutto sapere se realmente è stata riportata su altre montagne della regione questa sperimentazione, soprattutto per quanto riguarda l'ammodernamento dei fabbricati e della attrezzatura, il perfezionamento del sistema di gestione, il miglioramento quantitativo e qualitativo della produzione erbacea, ed il sistema di gestione e lavorazione dei prodotti. Penso che questo sia il programma che ci si è prefissi con la creazione della stazione di Juribello.

A pagina 8 della sua relazione, l'Assessore riconosce come urgente ed importante la necessità di affrontare il problema della sistemazione e del miglioramento dei pascoli montani, problema veramente arduo, problema veramente importante. Questo non perchè io sia un agricoltore o un tecnico ma perchè ho dovuto esaminare questa situazione attraverso sopralluoghi, che noi abbiamo dovuto fare per quanto riguarda la distribuzione delle malghe e pascoli, e ho constatato con amarezza che questo problema effettivamente è quasi accantonato. Assistiamo ad un depauperamento del patrimonio pascolivo montano, a un disinteresse quasi. Dove un giorno avevamo ubertosi pascoli, oggi troviamo flora infestante, troviamo degli incolti.

Indubbiamente è un problema che il signor Assessore, penso, deve affrontare, se vuole affrontare il problema dell'allevamento zootecnico, perchè i due argomenti sono strettamente connessi.

Prenderò poi anche la parola sul capitolo zootecnia, dove effettivamente intendo dire due parole, ma vorrei raccomandare all'Assessore, il quale

ha sì puntualizzato con chiarezza e viva soddisfazione nostra i vari argomenti del suo settore, ma non ne avrà a male se singolarmente, secondo i vari articoli, noi cerchiamo di insistere e di raccomandare soprattutto circa i settori più importanti dell'agricoltura montana, che come giustamente ha ammesso, dobbiamo inquadrare nel settore dell'allevamento del bestiame.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 57: unanimità.

Cap. 58. E' posto ai voti il cap. 58: unanimità.

Cap. 59: « *Contributi a piccoli proprietari ed affittuari coltivatori diretti per l'esecuzione di opere di miglioramento fondiario agrario (legge regionale 10.11.1950, n. 20) - Lire 156 milioni* ».

VINANTE (P.S.I.): Vorrei parlare non sulla proposta di emendamento della Commissione ma soprattutto sulla legge e sullo stanziamento. Gli interventi in questo settore sono stati in certi casi veramente efficaci, in certi casi forse un po' meno, e vorrei richiamare l'Assessore sull'opportunità, se lo vuole riconoscere, di limitare gli interventi sulla legge n. 20 a determinate opere. Vi sono stati degli oratori che mi hanno preceduto i quali hanno lamentato che il settore dell'allevamento del bestiame è offuscato da malattie epidemiche, soprattutto dalla tubercolosi, e che questo è da imputarsi specialmente all'ambiente.

Il collega Paris ha detto « cerchiamo di non sminuzzare su interventi estremamente esigui ma di inquadrare e limitare interventi in determinati settori ». Ora vorrei sentire se l'Assessore vedrebbe la opportunità di riportare sulla legge n. 20 i principi di cui alla legge n. 19, e la vedrei inquadrata limitatamente alla costruzione delle stalle, senza estenderla ad altre opere di bonifica, perchè credo che la deficienza di stalle sia la più grande lacuna che oggi esiste; infatti visitiamo ambienti che fanno pena a vedersi, e sono convinto che la diffusione delle malattie sia dovuta appunto alla insufficienza degli ambienti. Vorrei chiedere all'Assessore se non vedrebbe l'opportunità di concentrare gli interventi della legge n. 20 riportando i concetti della legge 19, con prestiti, affinchè si possa intervenire con decisione nel settore del miglioramento anche ambientale per l'allevamento del bestiame.

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): La proposta del cons. Vinante di limitare i contributi dati sulla legge n. 20 a determinate opere, e fra queste determinate opere soprattutto alla costruzione di stalle razionali, è praticamente già in atto da due anni. Infatti tale legge n. 20 da due anni opera solo con contributi per la costruzione di concimaie razionali, per il miglioramento radicale di stalle. Posso dire di più: le domande per contributi in base a questa legge n. 20 sono tante, prendono non solo la capienza dei fondi messi a disposizione per l'anno 1957, ma ancora per altri due terzi dei fondi, presupponendo quelli di questo anno, anche per il 1958. In quanto a voler fare partecipare ai vantaggi della legge n. 19 sull'irrigazione le opere appunto di creazione di ambienti igienici razionali per il ricovero del bestiame, posso dire solo questo, egregio collega, e cioè che secondo me si finirebbe, come si dice, dalla padella nella brace, perchè la legge n. 19 per l'irrigazione è per lo meno altrettanto importante e per almeno fino al 1959 vi sono domande da accogliere, indice questo che la legge viene apprezzata e ne viene fatto uso. Caso mai si tratterebbe di aumentare i fondi sulla legge n. 20, ma mai di ridurre quelli sulla legge n. 19, perchè anche quella è importantissima.

L'on. collega Paris diceva poi che sulla legge n. 21 sono stati dati certi contributi che quasi quasi venivano assorbiti dalle spese burocratiche. Già in sede di Commissione del bilancio è stato fatto questo rilievo, che riveste una certa gravità. Mi sono un po' preoccupato ed ho fatto fare subito le relative statistiche, le quali però a mio sollievo hanno dimostrato -- lei se vuole può averne la dimostrazione -- che l'onere burocratico per far funzionare questa legge ha comportato una spesa dello 0,97 % sui contributi erogati, non sull'importo dei progetti presentati. Quindi credo che questa non sia una percentuale molto preoccupante, e inferiore ben difficilmente può esserlo!

PARIS (P.S.D.I.): Ne parleremo in privato!

VINANTE (P.S.I.): Vorrei precisare, forse non mi sono espresso bene. Non chiedevo che lei ponesse delle contribuzioni sulla legge n. 19 a favore degli ambienti igienici del bestiame; ho detto -- forse non l'ho detto ma credevo di averlo detto -- di riportare sulla legge n. 20 i principi della legge

n. 19. Cioè non solo contribuzioni, ma anche mutui, perchè attraverso i mutui si può arrivare ad una rotazione, come diceva giustamente Paris, e si può intervenire con una certa continuità limitando gli interventi al miglioramento degli ambienti. Perchè lei ha detto « gli interventi per le concimaie: ecco che sminuzziamo questo intervento nel settore ». Chiedevo che una parte della legge n. 20 venisse riservata al miglioramento ambientale.

Giacchè ho la parola, senza elementi precisi però, non vorrei che ci fossero degli abusi da parte di coloro che chiedono contributi sulla legge n. 20 e che non rientrerebbero specificatamente sulla legge 20 perchè non sono dei piccoli proprietari o piccoli coltivatori. Non voglio con questo fare una accusa, è una raccomandazione, che lei veda con molta attenzione se realmente i beneficiari della legge n. 20 rientrano nello spirito che la legge stessa ha stabilito per far godere di quei determinati benefici.

BRUGGER (S.V.P.): Mi permetto di prendere la parola per quanto riguarda la legge n. 20. L'Assessore giustamente ha dimostrato e riconosciuto che anche nell'agricoltura esiste una connessione di fabbisogno. Il cons. Vinante diceva che il creare degli ambienti razionali per il bestiame è una cosa assai necessaria per avere del bestiame sano, e noi possiamo effettivamente constatare che la volontà e la conoscenza ci sarebbero, ma mancano i fondi. Personalmente posso dire di avere espresso alla Giunta Regionale con una lettera lo stesso desiderio che Vinante rileva ora in Consiglio, dove osservavo come, in considerazione di questi fatti, la creazione di un ambiente sano sia necessario per avere bestiame sano; i signori della Giunta, l'Assessore regionale dice « riconosco, ma dove devo prendere i soldi? ». Ora dimostriamo che un po' di programma potrebbe essere visto e lo si vede nell'attuazione del bilancio dell'agricoltura, ma che questo programma non è realizzabile, così come molti desidererebbero, perchè mancano i fondi, e così viene qui dimostrato come per l'agricoltura non sia stanziato troppo!

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 59: unanimità.

Cap. 60. E' posto ai voti il cap. 60: unanimità.
Cap. 61: «*Spese, contributi e sussidi per inten-*

sificare la lotta contro i parassiti animali e vegetali delle piante e difesa contro le avversità metereologiche (brine, grandine e gelate) - L. 18.500.000 ».

PARIS (P.S.D.I.): Sento il dovere di dire...

PRESIDENTE: Se volete parlare ditelo in precedenza, prima che arriviamo al capitolo, così vedo quanti sono...

PARIS (P.S.D.I.): Quale precedenza, se lei legge e mette subito in votazione?

PRESIDENTE: Ha ragione, ma se voi poteste dirmi che al capitolo tale intendete domandare la parola, sarebbe bene. In fondo è una regolare esigenza del Consiglio che i Consiglieri si iscrivano a parlare. Ho distribuito l'apposito biglietto, si iscrivano presentandolo.

PARIS (P.S.D.I.): Ho sentito in sede di Commissione finanze e bilancio che questi fondi sono in massima parte destinati alla difesa della grandine.

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): In parte!

PARIS (P.S.D.I.): Anche qui non sono d'accordo. Non sono d'accordo per quanto riguarda la grande proprietà, perchè so che questi impianti sono costosi, so che anche se evitano la grandine, questi proiettili sono molto costosi. Quindi capisco la necessità di erogare un contributo ai modesti proprietari agricoli, ma a chi possiede centinaia di ettari non dò il contributo, questo è il mio parere, perchè mi pare che costoro potrebbero provvedere direttamente. Perciò si rende necessaria la costituzione di consorzi obbligatori, non so se sia possibile per legge, se la legge lo consente. E' giusto che la Regione contribuisca, ma che contribuisca per coloro che sono coltivatori diretti, non per i cosiddetti agrari. Mi pare che non sia giusto, perchè allora andiamo sempre a concedere del denaro a chi ne ha di troppo.

PREVE CECCON (M.S.I.): Signor Assessore, per me il problema sarebbe un altro, non me ne intendo, non ho nessuna competenza in questo, quindi quello che le dico lo prenda come desiderio di apprendere la cosa. Ho letto su una rivista agraria, non ricordo quale, che esiste in atto una pole-

mica tra il centro sperimentale di Verona per la difesa antigrandine e le Università di Milano e di Pavia. Il direttore del centro sperimentale antigrandine di Verona sostiene che quella difesa è redditizia, conviene, anche se ancora troppo cara, riconosce soltanto questo lato tecnico come difficoltà di acquisto, ma come efficacia di difesa antigrandine dice che è sicura. L'Università di Milano e Pavia lo smentisce per bocca del suo direttore; le porterò la pubblicazione, signor Assessore, e mi permetta di richiamare ciò alla sua attenzione, perchè volesse vedere se effettivamente è il caso di stanziare una spesa così rilevante, se effettivamente ciò risponde alle esigenze.

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Rispondendo all'on. Paris che continua a raccomandarmi, in questa sede come già in sede di Commissione, di non dare i contributi ai ricchi, devo dire una cosa: non diamo questi contributi nè ai ricchi nè ai poverissimi, perchè allora non avrebbero campagna. Esiste un consorzio provinciale protezione antigrandine e a questo consorzio vogliamo contribuire col 30 % delle effettive spese sostenute. Sta poi a detto consorzio non comprendere in questi contributi i ricchi, noi glieli diamo con la raccomandazione di erogarli a chi normalmangia il 30-40 % di produzione di superficie proco il contributo.

L'altro anno il Consorzio provinciale di Bolzano ha avuto 33 milioni di spese documentate, e cerchiamo ora di venirgli incontro con circa il 30 %, e non credo che domani darà 500 mila lire a uno perchè è proprietario di 100 ettari di frutteto e si mangia il 30-40 % di produzione di superficie produttiva. Non è così.

Circa i consorzi obbligatori mi conferma l'Assessore provinciale all'agricoltura, che è stato con me all'assemblea generale del consorzio provinciale di Bolzano, che proprio loro ci hanno chiesto se possiamo aiutarli a costituirsi in consorzio obbligatorio. Due giorni fa abbiamo scritto, poichè proprio loro hanno detto che già qualche Provincia ha costituito questo consorzio obbligatorio, e ci siamo interessati. E' stato parlato anche con il Presidente in merito; al momento solo il Commissario del Governo può dichiarare la obbligatorietà. Abbiamo scritto a questo consorzio di fare i

passi del caso, perchè anche loro dicono che assolutamente devono arrivare a questo consorzio obbligatorio, perchè c'è sempre qualcuno che dice: «sparano anche per me, la grandine da me non arriva». Siamo sulla strada per eliminare questo, ma dobbiamo chiamare in aiuto la legge nazionale, in sede regionale questi sono provvedimenti quasi di pubblica sicurezza che non possiamo prendere.

Per quanto riguarda se questi razzi servono o meno, questa polemica è vecchia di quasi 50 anni. Precisamente è così: il consorzio obbligatorio antigrandine esiste in certe province del Piemonte, parte attraverso ancora un provvedimento del 1910, quando sparavano con i mortai. Se lei ha letto qualche opera classica, Erodoto, trova che già gli antichi con le frecce sparavano contro la grandine, per dire che da quando esiste la grandine si è sempre cercato di proteggersi. Attualmente le cose sono in questi termini: nessun scienziato ha avuto il coraggio di pronunciarsi definitivamente pro o contro. Verona dice: «evviva», altri dicono che sono soldi spesi inutilmente. Il fatto è che, specialmente in provincia di Bolzano, in certe zone, vedi Oltreadige, Appiano, Caldaro, da quando hanno introdotto questa lotta antigrandine non grandina più, e qui c'è un Consigliere di quel comune che potrà avvallare queste parole. Sarà questione di clima, ma il fatto è che esistono questi consorzi, che hanno avuto le loro spese e noi abbiamo creduto opportuno di aiutarli.

NICOLUSSI LECK (S.V.P.): Solo alcune parole per tranquillizzare Paris. I soldi non vengono spesi per i ricchi. I ricchi si sa che hanno sempre le loro campagne dove la grandine non arriva (*ilarità*). In genere è così! Il consorzio antigrandine s'è costituito per tutta la vallata dell'Adige, oltre Salorno e praticamente fino a Merano, dove la terra vale poco e la compera soltanto il povero, e proprio per proteggere i poveri si è costituita questa associazione antigrandine. Noi che anche abbiamo delle terre non spariamo affatto, sparano gli altri, però paghiamo il nostro contributo.

Non è affatto vero che sono soldi spesi per niente, perchè fra la popolazione della zona dove questo consorzio opera, non come obbligatorio, ma opera, ci sono migliaia e migliaia di agricoltori

iscritti che sono tutti tranquilli da anni, e ciò vuol dire già molto. Prima di adesso, ad esempio sul versante della Mendola, i campi colpiti dalla grandine erano nella gran parte di contadini poveri, i quali in questi ultimi tre o quattro anni, da quando si sparano i razzi, non hanno invece più avuto una perdita essenziale. Perciò ritengo questa spesa veramente efficace.

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 61: maggioranza favorevole, 1 contrario.

Cap. 62. Metto ai voti...

VINANTE (P.S.I.): No!

PRESIDENTE: Se sapete di dover intervenire, ditelo prima!

VINANTE (P.S.I.): Ma vede, Presidente, qualche volta si interviene su un capitolo secondo le dichiarazioni e gli interventi fatti da altri. Se si trattasse di dire: « faccio un intervento prestabilito », allora si potrebbe fissare già prima...

PRESIDENTE: Ma lei parla perchè su quanto hanno parlato altri?

VINANTE (P.S.I.): Non in questo caso, ma in certi casi è difficile poter stabilire se si parlerà o no.

PRESIDENTE: Di norma, dopo caso mai si potranno iscrivere altri!

VINANTE (P.S.I.): Una breve premessa che avrei dovuto fare un po' prima, signor Assessore. Non riguarda la zootecnia, ma la sede del suo Assessorato; lei non ne ha colpa, Assessore, perchè lo ha ereditato, non ne ha colpa neanche la Giunta, perchè non avrà trovato altro mezzo, però hanno messo la sede dell'Assessorato in un posto non raggiungibile da molte persone. Lo hanno fatto con prevenzione? Forse perchè non arrivi gente a domandare soldi?

Un giorno mi sono recato all'Assessorato e ho trovato a metà delle scale una persona seduta sugli scalini, la quale ansiosamente diceva di non farcela più, di non arrivare più! Guardi, Assessore, non ne voglio fare una colpa, ma lei dovrebbe predisporre un servizio: l'ascensore c'è, non so se

funziona o no, ma è riservato solo agli impiegati. Lei ha anche qualche usciere, che forse non è eccessivamente oberato di lavoro, che potrebbe eventualmente, mettendo un campanello, scendere ed accompagnare qualche disgraziato che non ce la fa salendo a piedi. Mi affido al suo interessamento in questo, perchè, creda, che a salire per arrivare al suo Assessorato ci si pensa due volte, e se possibile ci si dice che non è importante andarci.

Ritornando al cap. 62 che riguarda la zootecnia, mi compiaccio in sostanza con le sue dichiarazioni perchè lei giustamente prima ha detto che il settore zootecnico è realmente il settore più importante per la popolazione soprattutto della montagna, per la popolazione più povera. Ha citato lo spopolamento della montagna, ma è una frase troppo comune, si usa troppo facilmente ed oggi non fa più nessun effetto. E' una realtà però, se non fosse altro quando assistiamo al preoccupante abbandono delle aziende di allevamento del bestiame. Recentemente è stato fatto un censimento nella nostra zona per stabilire l'entità delle due razze, e è stato constatato l'abbandono e la diminuzione di circa il 20 % di capi. Guardi che questo denota qualche cosa, e credo che la ragione sia facile da intuire: lo scarso reddito dell'agricoltura. Il comm. Gardella forse su questo non è perfettamente concorde, però dobbiamo confermarlo. Non sono un agricoltore, non sono un tecnico, ma vivo dove l'agricoltura è un settore dell'economia; non voglio con questo trascurare il turismo, l'industria, il commercio, l'artigianato; però devo sottolineare che realmente il settore zootecnico è il settore più importante delle zone di montagna e l'abbandono in atto mi preoccupa perchè non c'è reddito, e specialmente i giovani si indirizzano volentieri verso l'industria, cercano di occuparsi in tutti i campi abbandonando il settore dell'agricoltura. E la disgrazia è questa: che una volta abbandonata, l'azienda agricola è difficile ricostruirla, perchè mancano i mezzi per la ricostruzione dell'azienda essendo che si richiedono notevoli ed ingenti disponibilità.

Concludendo, voglio dire questo: gli 82 milioni che sono stanziati su questo capitolo, rispetto ai 6 miliardi dello stanziamento complessivo di bilancio, non sono sufficienti. Non voglio dire che lei, Assessore, debba pretendere una rinuncia da

parte di altri Assessorati, ma bisogna che trovi realmente il modo, togliendo magari da altri capitoli del suo stesso Assessorato, di impinguare di più questo settore se lei non vuole effettivamente che questa progressiva diminuzione di allevamento del bestiame diventi causa di un fenomeno veramente preoccupante, perchè se manteniamo la gente attaccata alla terra, attaccata all'allevamento del bestiame, noi ci salveremo da questo fenomeno e, come lei giustamente ha detto prima, salveremo in parte la disoccupazione e anche lo spopolamento della montagna. Ripetendo: lo stanziamento di 82 milioni per la zootecnia, che rappresenta la base fondamentale dell'economia agricola della nostra regione, è assolutamente insufficiente.

PRESIDENTE: E' posto ai voti il cap. 62: maggioranza favorevole, 2 contrari.

Rinviamo a questa sera alle ore 20,30.
(Ore 18,45).

Ore 20,30.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Cap. 63.

PARIS (P.S.D.I.): E' in votazione il capitolo, si chiudano le porte e si faccia la verifica del numero legale.

LORENZI (D.C.): Non occorre!

PARIS (P.S.D.I.): Può essere richiesta la verifica del numero legale, ed essendo che non c'è, la seduta è sospesa.

PRESIDENTE: Signori Consiglieri, vediamo se c'è il numero legale.

(Sospensione della seduta).

PRESIDENTE: Siamo in numero legale, la seduta è aperta.

Cap. 63. E' posto ai voti il cap. 63: unanimità.

Cap. 64. E' posto ai voti il cap. 64: unanimità.

Cap. 65. E' posto ai voti il cap. 65: unanimità.

Cap. 66. E' posto ai voti il cap. 66: unanimità.

Cap. 67. E' posto ai voti il cap. 67: unanimità.

Cap. 68. E' posto ai voti il cap. 68: unanimità.

Cap. 69: « Spese per opere di rimboschimento e di difesa dalle valanghe - L. 100 milioni ».

PARIS (P.S.D.I.): Vorrei pregare l'Assessore, se è in grado di dirlo, a quanto presumibilmente ammonta il fabbisogno per questo capitolo per quanto riguarda i lavori più urgenti.

PRESIDENTE: C'è qualche altro Consigliere che chiede informazioni su questo capitolo? La parola all'Assessore.

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Solo molto approssimativamente: questo fabbisogno sarà almeno di due miliardi.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 69: unanimità.

Cap. 70: « Contributo per il miglioramento dei pascoli montani - Lire 80 milioni ».

PARIS (P.S.D.I.): Vorrei che l'Assessore spiegasse in che cosa consiste questo miglioramento.

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Comprende tutti quei miglioramenti atti a migliorare i pascoli montani, quindi costruzione di ricoveri, miglioramento della flora, della cotica erbosa, il decespugliamento, e logicamente anche la costruzione di strade, un vecchio detto degli svizzeri, che sono i padri e i maestri come sappiamo dell'alpicoltura, dice: « ein guter Weg ist die halbe Alpe », cioè: « buona viabilità rappresenta già metà del pascolo ».

Ora qui vorrei solo aggiungere che questi 80 milioni sono pochissimi, e sarebbe mio fermissimo, proprio fermissimo intento, di poter quanto prima portare questo stanziamento almeno a 3 o 4 volte tanto, perchè è inutile che noi aumentiamo la produzione con il carico di irrigazione e importiamo bestiame pregiato e per due mesi all'anno mandiamo questo bestiame pregiato sui pascoli senza ricoveri o in ricoveri non adatti, senza una alimentazione adeguata, premessa necessaria per detto bestiame pregiato. Quindi, se possiamo dire così, a questo anello di 12 mesi manca un elemento per chiuderlo, e proprio i due mesi più importanti, durante l'alpeggio, i due mesi d'estate. Se non vogliamo però annullare almeno in buona parte quello che abbiamo raggiunto con il miglioramento, dobbiamo impegnarci a fondo in questa attività. Spero che la prossima volta qui vedranno una cifra ben

più alta, e mi auguro che loro avranno in quella occasione la necessaria comprensione per approvarla.

PRESIDENTE: E' posto ai voti il cap. 70: unanimità.

Cap. 71. E' posto ai voti il cap. 71: unanimità.

Cap. 72. E' posto ai voti il cap. 72: unanimità.

Cap. 73: « *Spese e contributi per iniziative intese a proteggere ed incrementare la fauna venatoria - Lire 7 milioni* ».

PREVE CECCON (M.S.I.): L'Assessore mi vorrà scusare se mi permetto di richiamare la sua attenzione su quanto ebbi occasione di dire nella seduta della Commissione delle finanze. Ricordo ancora i numeri che citai allora: cacciatori in provincia di Trento n. 8.000; in provincia di Bolzano n. 4.000; pescatori in provincia di Trento n. 4.500, nella provincia di Bolzano, dove c'è il maso chiuso anche per questo, n. 1.500. Questa notevolissima massa di persone deve dare a riflettere.

Per i soli cacciatori, ad esempio, come tassa di porto d'armi, si registra in regione 40 milioni di spesa, lo Stato la restituisce nella misura dell'80 %, e ciò vuol dire 32 milioni che ritornano alla Regione. A parte ogni considerazione sulla grande importanza turistica che può avere la pesca e, per quanto riflette l'industria, che può avere la caccia per la vendita di fucili, di lenze, cartucce ecc., mi permetto di richiamare la sua attenzione al fatto che la Regione ha anche dei doveri non indifferenti in questa materia. Il problema del patrimonio ittico da recuperare in seguito ai lavori dei bacini idrografici, è una piccolissima cosa, ma ci sono altri problemi gravi: il ricupero della selvaggina che viene allontanata per gli impianti idroelettrici, lo scoppio delle volate, di mine che mettono in fuga la selvaggina nobile, e quindi necessità di creare un nuovo abitato per questa selvaggina. Se questa notevole massa di cacciatori e pescatori, che dà un contributo di ben 32 milioni annui, si vede accontentare con 7 milioni da una parte e 5 milioni dall'altra — che sono già inferiori a quelli stanziati nei precedenti bilanci, perchè sa che nel precedente bilancio attraverso le variazioni e l'avanzo di bilancio si erano aumentate queste cifre — credo che questa che troviamo attualmente non sia sufficiente perchè il suo Assessorato possa affron-

tare anche in questo campo tutte le competenze che gli spettano, perchè abbiamo anche competenze primarie in fatto legislativo, e solo se una Commissione si riunisse per studiare a fondo i problemi della caccia ci si troverebbe in difficoltà con questi mezzi a disposizione. Per cui mi permetto di pregare per vedere se per lo meno con l'avanzo di bilancio si potesse recuperare la somma che era a disposizione nei bilanci precedenti.

BRUGGER (S.V.P.): Personalmente non sarei molto contento di aumentare questo stanziamento, precisamente per il fatto, e l'Assessore lo ha già rilevato, che queste sono spese le quali per niente vanno ad interesse degli agricoltori. Non ho niente da dire contro la pesca, però un po' contro la selvaggina, come ce l'hanno i contadini, e sarei del parere che invece di incrementare la selvaggina, si pagassero o si aumentassero i contributi per risarcire i danni che i caprioli e altra selvaggina fanno alle colture. Purtroppo in alta montagna dobbiamo constatare che i forestali chiedono con molta pertinenza la riduzione del numero delle capre per non danneggiare troppo il pascolo boschivo. Ora la gente dice: fate diminuire il numero delle capre, però i caprioli devono aumentare! Spero che troveremo un giusto equilibrio per accontentare e gli uni e gli altri.

PARIS (P.S.D.I.): Ho prospettato in Commissione un'altra questione, quella cioè di estendere l'elenco della selvaggina protetta. L'art. 20 delle norme di attuazione, emanate con decreto del Presidente della Repubblica del 30 giugno 1951, n. 574, dice: « Gli elenchi nazionali della selvaggina protetta e degli animali nocivi sono considerati, agli effetti della potestà legislativa della Regione a sensi dell'art. 4, n. 11, dello Statuto, di interesse nazionale, salva la potestà della Regione di estendere le voci di tali elenchi ». Ora, perchè devono essere uccisi tanti di quei begli uccelletti che danno la soddisfazione a qualcuno di sparare ma che poi nella padella non fanno niente? Non voglio mettermi sul piano della religione buddista secondo la quale è peccato uccidere le bestie, ma mi pare che quelle creature così belle, che allietano la vita nostra con il loro canto, dovrebbero essere protette nel senso di estendere l'elenco nazionale. Credo che non ne verrà neanche molto danno ai cacciatori.

perchè anche se non vanno ad uccidere le cingallegre ecc. non ci rimettono tanto. E poi, naturalmente, che non rechino quegli uccelli troppi danni all'agricoltura. Qualora non siano eccessivamente nocivi, vorrei sentire il parere della Giunta per estendere la lista della selvaggina protetta comprendendo in quella anche gli uccelletti.

PRUNER (P.P.T.T.): Mi pare che il problema della caccia e della pesca in questa sede sia affrontato con un po' di troppa leggerezza e ironia, scusate se uso questa parola. Non sarei d'accordo che si stanziassero ulteriori fondi per questo settore, però dico che il settore merita una certa particolare considerazione, perchè nel campo del turismo la caccia e la pesca potrebbero apportare notevoli vantaggi e interesse.

Concludo pregando l'Assessore di voler far studiare ed elaborare una legge razionale sulla caccia e sulla pesca, affinché certi problemi di una particolare e sostanziale importanza che sono finora completamente trascurati possano venire codificati, e questi settori della caccia e della pesca possano portare all'economia della nostra Regione un notevole progresso. Conosco particolari accorgimenti studiati dai tecnici e appassionati della caccia, potrei portarli sul tavolo della discussione se l'Assessore lo accettasse o desiderasse, e potrei modestamente apportare un contributo per questa legge. Non è per vantarmi, ma molti problemi e molti particolari accorgimenti non sono presi nella debita considerazione. Senza, concludo, far appesantire la cosa sul bilancio regionale, si potrebbero ottenere ottimi risultati a beneficio degli appassionati che sono molti e a beneficio di una branca della nostra economia che è quella del turismo.

MAGNAGO (Vice Presidente C. R. - S.V.P.): Riprendo brevemente il discorso intavolato da Paris, il quale ha parlato della caccia agli uccelli da canto. In Alto Adige questa caccia non c'è mai stata; anche se non c'è una legge che lo vieti, ma per tradizione noi l'abbiamo sempre considerata una crudeltà. Questi uccellini sono talmente preziosi per la distruzione degli insetti, che sono convinto che se si lasciassero vivere i contadini spenderebbero molto meno denaro per irrorazioni, anticrittogamici ecc. Ma non è solo questo; so di molti stra-

nieri, specialmente nordici, che si scandalizzano sempre quando sentono che in Italia si dà la caccia agli uccellini...

SAMUELLI (D.C.): Piuttosto che le camere a gas, è meglio questo!

MAGNAGO (Vice Presidente C. R. - S.V.P.): Questo non c'entra! ...e dicono che non vengono più in Italia quando sentono che si dà la caccia agli uccellini. Questa è considerata in tutta l'Europa una crudeltà, e sono convinto, a parte il danno che reca l'uccisione di questi uccellini, sono convinto che se la Regione emanasse una legge sarebbe seguita anche sul piano nazionale e sarebbe un'ottima cosa.

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Ho detto all'Assessore Bertorelle, quando il primo Consigliere si è messo a parlare su questo argomento: « Verrà la reazione a catena ». Ho avuto un po' ragione perchè è la solita storia, « agricoltura e caccia ». Tanti cacciatori, tanti pescatori nella provincia di Trento, circa 1/3 nella provincia di Bolzano. Qui entriamo, credo, un po' nel campo individuale, quasi anche sentimentale. Nella provincia di Trento l'esercizio della caccia è sentito molto più fortemente, pare che costituisca un carattere essenziale per dimostrare la virilità, chi si rispetta come uomo deve fare il cacciatore, se poi per una coda di lepre ci siano pronti mille fucili o meno questo non interessa. Ci hanno detto che l'uomo non vive di solo pane, e quindi se la selvaggina fa un pochino di danno in certi masi isolati di alta montagna, forse anche a qualche piantina forestale, questo è certamente un guaio. Ma, ripeto ancora, saremmo contenti noi se trovassimo domani, collega Brugger, le nostre montagne senza selvaggina?

BRUGGER (S.V.P.): Equilibrio!

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Questo, bisogna trovare questo equilibrio, che non c'è, assolutamente.

PEDRINI (D.C.): Dove?

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Nel campo della caccia: c'è troppo poca selvaggina e troppi cacciatori. Loro tutti sanno che le possibilità di caccia in altri paesi sono ben di-

verse. Per esempio sono grande amico della selvaggina ma non sono cacciatore, perchè secondo me non c'è selvaggina per andare a caccia. Ora, aumentare ancora di più lo stanziamento non credo che sarebbe una cosa giustificabile. Se noi facciamo il confronto che tutte le tasse pagate devono essere ritornate, allora, Cecon, avremo un bilancio...

PREVE CECCON (M.S.I.): Moltiplicato.

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): ...moltiplicato, e non credo che dobbiamo troppo aumentare. Piuttosto dobbiamo disciplinare meglio. Loro dicono: « legge sulla caccia »; ho trovato una pesantissima eredità da parte dei miei predecessori, da 5 o 6 anni si sta lavorando per la nuova legge sulla caccia...

PARIS (P.S.D.I.): Pranzi sul Bondone, Assessore, ce ne sono stati parecchi! La Commissione lavorava mangiando!

KAPFINGER (Assessore agricoltura e foreste - S.V.P.): Non so di pranzi, agli atti ho trovato solo verbali di tante e tante riunioni. Quando si mettevano d'accordo i cacciatori della provincia di Bolzano certamente la vedevano diversamente da quelli di Trento, e viceversa. Fino ad oggi non c'è stata la possibilità di metterli d'accordo, purtroppo i cacciatori in queste cose sono molto individualisti, noi abbiamo un proverbio che dice: « Jaegerstreit dauert eine Ewigkeit ». « Quando si litiga fra cacciatori questo dura in eterno! ». Così in provincia di Bolzano e certamente non di meno in provincia di Trento. Comunque siamo in procinto di dare vita a questi comitati promotori per preparare della legge, e speriamo di poterla portare in porto questa volta, troppa fiducia non ne ho, ma comunque tenteremo. Lo stesso vale per la pesca. Proteggere gli uccellini; per conto mio, almeno per la provincia di Bolzano, on. Paris, lei ha cercato di aprire una porta già aperta: da noi ben pochi si danno alla caccia degli uccellini. Certamente tanti signori hanno letto quel libro di Axel Muhnte: « San Michele », che ha dedicato la sua vita alla protezione degli uccellini. Lui ha fatto di tutto per cercare di ridurre l'uccellazione in Italia, ed in ultimo ha pensato di ricorrere all'autorità dello Stato del Vaticano; gli è stata procurata un'udienza

con Sua Santità, non so chi fosse allora Papa, così è scritto nel suo libro, e poi gli hanno detto che purtroppo è arrivato in ritardo perchè il Papa era già pronto ad uscire per andare ad uccellare! (*Ilarità*). Axel Muhnte, non racconta storie, e hanno detto che da quella volta Axel Muhnte ha dovuto mettere molta acqua nel suo vino.

Credano che noi non lasciamo nulla di intanto per proteggere la fauna e la selvaggina e per aumentare il patrimonio ittico. I signori Assessori hanno già potuto visitare il nuovo stabilimento che è stato creato in provincia di Trento dalla Regione per il ripopolamento. Trovare più di 14 milioni al momento non credo che sarebbe nè possibile nè giustificabile. Certamente in questo campo dovremmo fare ancora molto, in special modo disciplinare, non tanto lavorare con i contributi, e la disciplina dipenderà soprattutto dalla buona volontà dei cacciatori e dei pescatori. Di più non mi sento in grado di poter dire al momento su questo argomento.

PRESIDENTE: E' posto ai voti il cap. 73: maggioranza favorevole.

Cap. 74. E' posto ai voti il cap. 74: unanimità.

Cap. 75. E' posto ai voti il cap. 75: unanimità.

Cap. 76. E' posto ai voti il cap. 76: unanimità.

Cap. 77. E' posto ai voti il cap. 77: unanimità.

Cap. 78. E' posto ai voti il cap. 78: unanimità.

Cap. 79: « *Gestione delle segherie e degli altri stabilimenti ed utilizzazione in economia di prodotti delle foreste; spese per l'assicurazione degli edifici, materiali ed installazioni contro gli incendi - Lire 97 milioni* ».

PARIS (P.S.D.I.): Non vede la Regione l'opportunità di studiare l'utilizzazione della segatura per una fabbrica di agglomerati? Le segherie della regione lavorano una massa considerevole, per lo meno hanno la segatura che insieme ad altro penso potrebbe essere utilizzata, perchè penso che attualmente tutta questa segatura va a finire nell'Adige. Mi pare che interpellare qualche competente, affidargli questo compito, vedere il modo di utilizzare la segatura per gli agglomerati che sono molto in uso, nei campi più svariati, non sarebbe una spesa mal fatta.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 79: unanimità.

Cap. 80. E' posto ai voti il cap. 80: unanimità.

Cap. 81. E' posto ai voti il cap. 81: unanimità.

*Assessorato dell'industria, commercio, turismo
e trasporti*

La parola all'Assessore Berlanda.

BERLANDA (Assessore ind., comm., turismo e trasp. - D.C.): Avendo sentito le ultime parole di Paris che ha lasciato quasi capire che queste introduzioni per Assessorato siano delle novità — e a dire la verità non lo sono, perchè è sempre stato costume di alcuni e parecchi colleghi Assessori di farlo anche in altre tornate di bilancio — vorrei dire che effettivamente una seria considerazione verso il Consiglio si è sempre cercato di averla e, per essere più precisi, non solo fornendo del materiale per le discussioni in sede di bilancio, ma dando materia lungo tutto l'anno e fornendo documentazioni che fossero la base di discussioni in merito all'Assessorato che ora viene in esame, come per altri aspetti della vita economica della Regione. Devo dire questo perchè effettivamente quando io, e credo qualche altro collega di Giunta, abbiamo messo mano alle relazioni di accompagnamento al bilancio, si era nella persuasione che non occorre citare nelle relazioni moltissimi dati o le situazioni di fatto, in quanto si presumeva che fossero già a conoscenza dei Consiglieri perchè letti, documentati, trovati nei volumi emanati precedentemente. Se poi dovessi valutare gli interventi che ho avuto modo di sentire in sede di Commissione delle finanze ed in sede di discussione generale in questa sede, direi che non ci sarebbe bisogno di molte parole per inquadrare a grandi tratti una certa direttiva di azione dell'Assessorato che cura questi settori, che rientra nell'ambito più vasto delle direttive enunciate dal Presidente della Giunta. Per essere sincero ho sentito verso queste attività molti apprezzamenti, molte simpatie, e soprattutto molte parole, che comunque indicano uno stato d'animo di buona comprensione. Una certa riprova della volontà di non mantenere il distacco, non solo con i componenti di maggioranza del Consiglio Regionale ma anche con i Consiglieri dei gruppi di minoranza è data dalla buona volontà e dalle tem-

pestività con la quale l'Assessorato, specialmente l'Ufficio studi, ha sempre preso in considerazione le loro richieste di avere dati e documentazioni, piccole relazioni, e più di uno sono i Consiglieri che si sono rivolti a quella fonte per avere documentazioni per la discussione in Consiglio. Questo perchè credo che non sia un'innovazione il metodo di collaborazione, e per quello che posso rammentare è stato posto in atto anche nelle precedenti discussioni ed in tutte le occasioni in cui si discusse il bilancio negli anni precedenti.

Una nota un po' diffusa di pessimismo sulla situazione mi è sembrato di dover rilevare in qualche collega. Ho avuto modo in Commissione di dimostrare e suggerire un qualche pensiero che portasse i colleghi che si trovano in questo stato d'animo a considerare in modo più ottimistico la situazione. Effettivamente le statistiche in questo campo significano qualche cosa, e se guardiamo all'incremento degli indici di benessere di una regione, di una popolazione, vediamo che rappresentano una continua ascesa. Lo sviluppo delle radio, degli apparecchi televisivi nelle abitazioni, divisi per circoscrizione di provincia o di mandamenti, l'incremento del consumo di tabacco, di divertimenti sportivi o non sportivi, la piccola motorizzazione sempre in maggiore sviluppo, e l'ingrandirsi di quel fenomeno di acquisti a rate di apparecchiature di elettrodomestici, ci devono dire che effettivamente tutto un settore è in movimento. E questo settore ha una incidenza specifica nel miglioramento del tenore di vita delle città, ma anche delle valli. Le stesse pressioni che si hanno per gli impianti dei trasmettitori televisivi nelle valli più lontane, significa non solo che la televisione arriva nei locali pubblici, negli esercizi, negli alberghi, ma significa che arriva, dato il numero degli apparecchi che viene venduto, anche nelle case.

E ciò è già indice di una economia che è in movimento. Direi che nel complesso, se i signori Consiglieri qualche volta avessero il tempo di esaminare a fondo l'andamento delle esportazioni e importazioni, cioè tutto quell'aspetto non visibile nel bilancio che è il commercio con l'estero, vedrebbero dati consolanti di un costante incremento del lavoro di aziende commerciali, di cooperative, di grosse industrie che sono sempre più presenti nei mercati del centro Europa. E' tutto un

aspetto che andrebbe seriamente considerato, perchè, rappresentato graficamente, dà non delle oscillazioni, non delle curve, ma pressochè una retta in continua ascesa.

Ci sono aspetti interessanti nel commercio, soprattutto per quanto riguarda aspetti che non risultano spesse volte neppure alla stampa, perchè si cura l'operazione con la dovuta riservatezza, e sono gli aspetti commerciali con l'oltre cortina, le ingenti forniture di prodotti agricoli nelle zone della Germania orientale, e recentemente la Regione, dopo avere esposto alla Fiera di Lipsia, sta concludendo effettivamente ulteriori possibilità di esportazione. Anche azioni di penetrazione in altri mercati sono in atto. Tutte queste cifre, questo alleggerimento notevole della situazione nel mondo agricolo, non appare da cifre di bilancio, non è ancora sufficiente perchè ad un certo momento nascono apprensioni per la produzione; e recentemente ebbi modo di passare al collega Assessore dell'agricoltura che ha una panoramica visuale di questi problemi, delle segnalazioni sull'andamento delle colture e della produzione che ci devono lasciare perplessi e che soprattutto chiedono un attento esame del mondo della produzione agricola, perchè non è una situazione tranquillante il produrre molto non sapendo se si potrà vendere.

Qui bisognerà fermarsi a fare un esame perchè il Mercato comune porterà dei seri e gravi problemi già fin d'ora avvertiti. Certo che stando a questo banco alle volte si ha modo di conoscere un diverso stato d'animo dei produttori delle due province. Ho avuto modo di confrontare questo stato d'animo con la realtà dei fatti anche recentemente. Mi addentro in questo settore, che è uno dei più delicati, proprio per sfatare un'affermazione che erroneamente mi è stata attribuita in questa aula, cioè una certa volontà di compressione del settore della cooperazione. Credo che il collega che ha riferito questa frase non sia stato bene informato, perchè la domanda precisa che mi venne posta voleva essere una domanda trabocchetto, ma appunto per questo non potei che rispondere che l'esperienza di ogni giorno dice che il mondo della cooperazione può convivere ed è utile che conviva con il mondo del commercio. Non ci può essere una visione settaria in questo ramo della nostra economia. Se dovessi esprimere una convinzione perso-

nale, dovrei dire che in provincia di Bolzano c'è una minore diffidenza verso il commerciante, l'operatore, l'intermediario, e questa minore diffidenza in fin dei conti va a vantaggio della categoria dei produttori. Cioè il fenomeno è così ampio che il produttore agricolo in provincia di Bolzano, oltre ad avere fiducia nelle proprie cooperative ha fiducia anche in determinati commercianti, che se la sono meritata da lunghi decenni di attività. Questo però concede a quel mondo di cooperative e di operatori commerciali un'elasticità di manovra che permette loro di essere molto più presenti e tempestivamente sul mercato, cioè di conferire il prodotto a una cooperativa o a un commerciante affinché lo rivendano a tempo opportuno, quando il mercato può offrire di più, il che significa affrontare con maggiore decisione questi problemi economici. Quando esprimo qualche modesta riserva sulla funzionalità delle presidenze dei consigli delle cooperative, lo faccio con spirito di comprensione, nel senso che so quanto è difficile per un presidente di un consorzio ortofrutticoltori della provincia di Trento il poter essere autorizzato tempestivamente a vendere; spesse volte è sottoposto alla pressione, con richieste e ricatti di convocazioni per vedere se sia opportuno vendere oggi piuttosto che domani, e spesse volte, a meno che non abbia grande prestigio, si arriva ad avere una visione non sempre reale e perfetta del mercato. C'è stato ciò cui avevo accennato in principio; cioè il fenomeno nel mercato delle patate: per un'errata valutazione delle possibilità di assorbimento in primavera, ad un certo momento si diffuse l'idea nei mesi scorsi che le patate sarebbero salite molto di prezzo nei mesi primaverili, e nè i commercianti nè altri organismi trovavano patate da vendere perchè erano state comperate da chi era sul posto anche se non contadino o erano state immagazzinate dai contadini sapendo di realizzare molto nei mesi primaverili. Naturalmente ci furono persone che consigliarono la vendita quando si offriva un certo prezzo; ciononostante, chissà per quale errata valutazione, ci fu una seria resistenza a realizzare in quel momento, alcuni mesi fa. Conclusione: oggi esiste una seria preoccupazione perchè non si sa come collocare l'attuale produzione di patate, soprattutto quelle mangerecce, sono cifre facilmente documentabili. Questo per significare che c'è una funzione da affi-

dare al commercio e in questo campo c'è un ampio spazio vitale per tutti quelli che vogliono operare nel settore cooperativistico.

Forse nelle parole del comm. Gardella non appariva chiara questa considerazione, ma penso che volesse individuare — quando ha assunto una certa difesa della funzione del commercio — penso che volesse intendere che il commerciante intermedio è spesso più tempestivo di altri organismi nell'individuare le possibilità offerte dal mercato in un determinato momento. Se voleva dire questo mi sento di poter condividere la sua impostazione, senza per questo negare che altri organismi sono in grado di fare altrettanto. Se volessimo una ulteriore riprova di questa situazione, che non è di demerito nè per gli uni nè per gli altri, si tratta di differenza di tempi e di esperienze perchè non è detto che altri organismi non possano arrivare rapidamente dove sono arrivati certi mediatori di commercio avveduti e capaci; se avessimo bisogno di una riprova, la riprova l'avremmo molto vicina, proprio nel settore delle centrali ortofrutticole trentine, il cui andamento è ottimo ma che andrebbe analizzato nelle sue componenti. Detto questo, spero venga accantonata quella erronea affermazione attribuita all'Assessorato dell'industria e commercio, e specificatamente alla mia persona, di una certa posizione di riserva verso uno dei settori fondamentali della nostra economia, e spero di essere assolutamente imparziale specialmente quando si trattano possibilità di collocamento di tutta la produzione, vedi accordi commerciali, vedi accordo preferenziale con la Regione del Tirolo-Vorarlberg, vedi altre situazioni per la esportazione. Cioè, chiunque sieda a questo banco ha il dovere di far sì che si venda sempre più e sempre meglio lasciando ampio campo agli operatori privati o organizzati.

Del resto mi pare che il collega Kapfinger abbia esposto al Consiglio con una visione panoramica d'insieme quelle che sono le esigenze del mondo dell'agricoltura. Ebbene, mi trovo vicino a lui in questa esposizione, perchè davvero, e del resto lo ha spesse volte dimostrato in Giunta, egli ha una visione netta di questa interdipendenza dei settori economici. Non si possono dividere in compartimenti stagni: agricoltura, industria e commercio e trasporti; è un tessuto collettivo unico, e se sta

male un settore i riflessi su tutti gli altri sono rapidi e immediati. Vorrei dire che tutta l'azione di potenziamento dell'agricoltura va vista anche con occhi più larghi, soprattutto perchè il potere di acquisto o l'aumentare il potere di acquisto dei settori agricoli, tutta questa azione rappresenta un saggio lavoro per creare un valido retroterra per l'industria e il commercio. Con una agricoltura anemica, che non riesca a comperare concimi, macchine, vestiario per le famiglie, attrezzature elettrodomestiche, noi andremmo incontro ad una crisi dell'agricoltura in primo luogo, ma ad una crisi dell'industria e del commercio subito dopo. Cioè la teoria esposta dal collega Kapfinger del minimo vitale vale per l'aspetto particolare a cui l'ha dedicata, ma vale anche in situazioni più grandi, più vaste, cioè se il mercato dell'agricoltura, il potere d'acquisto dei produttori va al di sotto di un certo livello, la crisi di altri settori è più rapida.

Perchè non si debba dire che tutto va bene, ci sono particolari aspetti che andrebbero affrontati, forse non in questa sede, perchè implicano ricerche particolari, e sono situazioni che si verificano soprattutto nelle valli. Cioè noi assistiamo ad una serie di impegni che vengono onorati con sempre minore frequenza e questo è un indice della crisi che travaglia il mondo agricolo, perchè di solito il contadino è portato ad essere prudente negli acquisti, anche negli acquisti a rate, ma poi normalmente fa fronte ai propri impegni. Oggi, se potessimo fare una statistica dello stato di indebitamento delle nostre valli, ci sarebbe da rimanere meravigliati. Gente che deve comperare viveri e vestiario presso le cooperative e non riesce a pagare. Davvero è un'azione di grande equilibrio quella che riescono a fare le cooperative, e non so come riescano a sostenere la situazione, quando effettivamente continuano a far credito al produttore anche durante quegli anni in cui la produzione viene male collocata. Di fronte a questa impossibilità di far fronte ai propri impegni, non solo per gli alimenti di ogni giorno ma anche per gli acquisti voluttuari che sono una necessità della vita quotidiana (per gli acquisti a rate di apparecchi radio, di macchine da cucine, di altre attrezzature per la casa), tutto questo accumularsi di debiti non può lasciare tranquilli, anche perchè dall'osservatore attento viene rilevato sempre di più un fenomeno

— che non affonda le sue radici nell'impossibilità da parte di chi compera di onorare i propri impegni, ma in uno stato d'animo di una certa leggerezza, secondo il quale soprattutto se si compera dal commerciante si fa strada la teoria che il commerciante è un po' un usurpatore che va a sfruttare la povera gente — c'è la tendenza a non onorare gli impegni. E' un fenomeno ampio e vasto, e vorrei richiamare l'attenzione dei colleghi su questo fatto, perchè se seguissero con un po' più di attenzione il bollettino dei protesti cambiari ed andasse a vedere come e perchè succedono tanti dissesti con un così rapido ritmo, dovrebbero pensare ai rimedi che devono essere ricercati. Ora vorrei davvero dire che alle volte questo sforzo della Regione di invogliare la gente e le collettività a risalire, deve essere guardato con la lente dell'economista; io non ne sarei certo capace, ma è un fenomeno che va studiato, perchè effettivamente viene da pensare e domandarsi come faranno certi privati e certe cooperative a restituire i prestiti che vanno assumendo, come faranno a far fronte a quelle rate che si vanno maturando! Ogni volta che si affronta l'argomento lo si vede accantonare con un « bene, quando verrà il momento si penserà ». Ho l'impressione che sia un fenomeno da affrontare presto, da esaminare per vedere se si possa ancora continuare a spingere la gente o le collettività a fare debiti, perchè anche se si accentua il risparmio, si accentua la tendenza ad indebitarsi. Il riflesso naturalmente lo potremo vedere anche in altri settori, perchè se ci sono molti debiti da parte di categorie vaste, questi possono mettere in temporanea difficoltà il commerciante, ma quello che salta alla fine è l'industriale se vogliamo, ma soprattutto le fonti di lavoro, le quali non vedono arrivare l'incasso delle rate tempestivamente. Questa insolvenza è un fenomeno piuttosto diffuso. Ci sono grossi organismi che potrebbero dare cifre di centinaia di milioni in questo campo.

Detto questo, bisogna ammirare la tendenza e il sempre maggior coraggio delle popolazioni al risparmio. Se i Consiglieri avranno avuto modo di esaminare le statistiche in questo campo, vedranno che la nostra gente comincia a dare segni di un saggio ritorno di quella che era una buona dote dell'anteguerra, cioè la ricerca di fonti di produzione ove investire il proprio risparmio. Direi che

il fenomeno dell'imboscamento di denaro comincia ad entrare in una certa fase decrescente, e lo si vede da molte leggi nostre, da iniziative che nascono, da interessamenti, da richieste di informazioni presso istituti di credito, da dove si desume quasi sempre che il privato non è più portato a tesaurizzare i propri risparmi ma ad investirli. Qui bisognerebbe poter fare una maggior opera di assistenza, perchè effettivamente le nostre popolazioni spesso bruciano rapidissimamente con cattivi investimenti i risparmi sudati per molti mesi o per molti anni. E quando in questa sede non molti mesi fa si disse che l'agricoltura ha un bilancio grosso anche perchè dispone di una fetta notevole dei fondi per il personale, bisognerebbe tener presente, a parte la spesa che non vado a mettere in discussione, che questa presenza capillare di personale dell'agricoltura è preziosa per le valli, perchè evita parecchi errori e cattivi investimenti da parte dei contadini ed agricoltori. E' una assistenza non sufficientemente vasta ancora, ma certo abbastanza capillare per evitare cattivi investimenti, la qual cosa non si verifica per altri settori. Nel caso particolare non c'è nessuno che vada a consigliare il contadino, il piccolo proprietario di mezza montagna o di montagna che ha tagliato il bosco, come debba investire questo denaro ricavato, questo frutto delle sue fatiche, e spesso assistiamo ad un investimento piuttosto rapido, in piccoli alberghi, in pensioni, in altre attività similari, le quali vanno rapidamente a catafascio. E questi casi sono in numero maggiore di quello che si pensi. Ecco un settore dove la Regione potrebbe penetrare con una maggiore assistenza, e questa non è teoria, perchè è suffragata da ampi esperimenti all'estero, in Belgio, in Olanda, in concorsi fra i villaggi rurali per il migliore investimento dei risparmi in altre direzioni, che non sia l'agricoltura. Sono fatti di questi ultimi anni e sono cose avvenute con grande soddisfazione delle popolazioni. Ora direi che non basta insegnare alla gente il risparmio, non basta insegnare alla gente a produrre, bisogna insegnare alle popolazioni a vendere, a sapere investire in altra direzione il ricavato delle proprie fatiche.

In questa azione noi siamo forse ancora manchevoli, senza contare — e qui mi riferisco alla provincia di Trento dove il fenomeno forse è più grave — senza contare che poco abbiamo fatto e

siamo riusciti a fare finora per permeare le nostre popolazioni di uno spirito adatto alla ricettività turistica. In molti centri delle nostre valli e in alcuni dove c'è una economia a binario unico, si vede ancora con una certa ritrosia l'ospite, si vede con una certa antipatia il turista. Ecco una vasta opera di educazione che credo debba essere assunta dalla Regione e dalle Province, perchè a niente vale aver fatto pensioni, alberghi, rifugi, se lo spirito della gente non sarà rapidamente adeguato per essere all'altezza della situazione, così come desiderano gli ospiti che arrivano da altre parti di questa nostra Europa.

Ho sentito poco toccare nella discussione generale il settore dei trasporti, salvo che per qualche caso particolare. Il settore dei trasporti va visto con una visione più panoramica e organica, al di là di certi determinati settori, e mi riferisco in questo caso ad un lavoro notevolissimo che la Regione svolge e che non appare dalle cifre di bilancio: la cura attenta nel miglioramento dei servizi di collegamento con tutta l'alta Italia; non appare dal bilancio, ma sono ormai a centinaia le corse di gran turismo acquisite in dura competizione con il Piemonte e con le località dove esiste un turismo in concorrenza al nostro. E' un lavoro che viene curato attentamente e che sta dando i suoi frutti, perchè « trasporti » significano spesso vita e anche reddito.

E' tutto un ampio settore che è stato disciplinato, che viene incoraggiato, che viene guidato. I Consiglieri avranno potuto vedere anche recentemente qualche modesta relazione che va considerata come azione informativa in previsione della discussione del bilancio. E' stata mia premura dare loro conto di come funziona e come è organizzata la stazione delle autocorriere di Trento. Altre sono in progettazione come centri di propulsione di movimento, e c'è una serie di intensificazioni in questo campo. Vorrei che i Consiglieri potessero tenere presente come un'azione altamente meritoria la Regione compirebbe se dedicasse, e lo dedicherà perchè sono previsti nel fondo di riserva altri provvedimenti legislativi da prendere, se dedicasse maggiore cura ai trasporti a fune e ai collegamenti di alta montagna. Qui effettivamente si fa un'azione a fondo, per ora soprattutto per quanto riguarda la sicurezza delle persone trasportate. I signori

Consiglieri potranno vedere, e credo che sia in distribuzione, il numero ingentissimo degli impianti a fune che abbiamo in regione: funivie, sciovie, seggiovie. Basti pensare che la nostra regione totalizza più della metà degli impianti di questa natura esistenti in Italia. Ecco un lavoro attento di vigilanza, e credo che i Consiglieri non abbiano mai dovuto fare interpellanze al Consiglio per disgrazie avvenute, per morti capitate su impianti vigilati dalla Regione. Effettivamente è vero che alle volte la nostra vigilanza è penetrante e incoraggiante nello stesso tempo, perchè quando si danno prescrizioni si cercano per queste aziende dei modesti aiuti per apportare i miglioramenti necessari, ma è tutto un settore che serve ad ancorare la gente alla montagna.

Negli anni prossimi però credo che la Giunta Regionale debba esaminare attentamente il problema dei rapidi collegamenti dei nuclei modesti di abitanti di alta montagna con il fondovalle, e così si potranno realizzare quelli che sono gli impianti pilota già in fase di progettazione, che vengono a costare non molti milioni e che servono al trasporto misto di merci e di persone, soprattutto per evitare l'ingente fatica della salita e della discesa dai masi o dai gruppi di masi. Ma bisogna potenziare il settore strettamente turistico di questi impianti a fune, altrimenti resteremmo indietro nei confronti delle zone che ci circondano: la Savoia, la Svizzera, il Piemonte, l'Austria, e potremmo raggiungere l'avanguardia rapidamente. Questo significa ancoramento delle popolazioni alla montagna, questo significa creare occasioni per i macchinisti addetti, per coloro che gestiscono i rifugi, per coloro che devono accompagnare poi gli ospiti. E' tutta una azione collegata con quello che è il rilancio turistico delle zone più periferiche di alta montagna, dove il turista o l'ospite frettoloso e in possesso di lussuose autovetture tenta di non fermarsi. Ci sono alcuni grossi problemi nel settore dei trasporti, e siccome c'è una mozione che si riferisce ad uno di essi, ho preparato delle documentazioni per tutti gli altri problemi connessi che ricadono sotto la competenza regionale, e credo che in quella sede si potrà fare una ampia discussione valutando il pro e il contro di alcuni aspetti, perchè dei 4 o 5 o 6 problemi grossi sul tappeto non uno assomiglia all'altro, tutti hanno caratteristiche pro-

prie che li differenziano notevolmente. Ho rammentato questo settore dei trasporti perchè effettivamente qualche collega può non conoscerlo o non afferrare l'attività della Regione in questo campo.

Per quanto riguarda il settore più discusso anche in questa sede, e specialmente in sede di Commissione legislativa, non posso che riaffermare le parole già enunciate dal Presidente; cioè che noi assistiamo a una certa intensificazione di interessi e di richieste per creare qualche cosa nella nostra regione, in provincia di Trento ed anche di Bolzano. L'importante è mettere a disposizione dell'energia, delle fonti di energia, non tanto subito quanto negli anni venturi che saranno gli anni di maggiore crisi; creare località con facilitazioni di raccordo ferroviario e stradale dove le aziende possano installarsi. Forse è una mia sensazione soltanto personale per ora, ma è una sensazione che ormai si traduce in alcuni incontri già avvenuti, cioè la sensazione che progredendo sicuramente verso un Mercato europeo vi sia un maggiore interesse verso un collocamento di industrie nella nostra zona. Infatti si è verificata in questi ultimi mesi la richiesta di dati sul traffico, sui collegamenti ferroviari, sul volume di merci che arrivano in Germania e che partono. Contatti sono in atto con le Ferrovie per assicurarsi condizioni di favore, contatti sono in atto con Amministrazioni comunali e le Regioni per collocare qualche o più di uno stabilimento; il che significa che questa isola nostra potrebbe anche essere oggetto di attente cure di industriali per dei processi di industrializzazione con impianti « ex novo », perchè effettivamente ove la Germania faccia corpo unico con l'Unione Europea, l'essere presenti con la produzione in queste nostre zone presenta lati di indubbio interesse, e questo lo ammettono già parecchi industriali. Vorrei dire però che senza attendere quello che avverrà ci sono parecchie situazioni confortanti già adesso.

I colleghi avranno visto come effettivamente l'impiego dei fondi nel Medio credito si sia tramutato in un consolidamento di certe aziende che erano titubanti per la loro presenza sul mercato, in un abbassamento dei costi di produzione, permettendo di attivare canali che sembravano perduti, soprattutto in un leggero costante incremento della mano d'opera disoccupata. Vorrei dire che quel

modesto provvedimento che con tanta contesa ha varato il Consiglio Regionale, la legge n. 18 a favore delle piccole e medie imprese industriali con agevolazioni sul tasso di interesse, sta funzionando bene, e per la verità ritengo che fra un mese quella leggina sarà esaurita, cioè si saranno operati stanziamenti da parte del Medio credito per circa 1.400 milioni di investimenti, assorbendo tutti i benefici che quella legge prevedeva. Cioè fra un mese non potremo più aiutare nessuna azienda, non nuova, parliamo pure delle vecchie che si ampliano e si consolidano. Sia a Trento che a Bolzano le Giunte Provinciali hanno interposto un esame accurato delle pratiche e da ambedue le Giunte finora tutte le pratiche sono giunte all'Assessorato con un parere favorevole e con adeguate osservazioni su certe cautele da prendere. Il che elimina certi timori allora nati circa una difficile collaborazione fra le Giunte Provinciali e l'Assessorato che era preposto all'approvazione di questa legge.

Per chiudere direi che si avvertono sintomi confortanti nel complesso, anche se il fenomeno della disoccupazione e della sottoccupazione presenta ancora punte allarmanti. Ciononostante ho avvertito in parecchi colleghi, espresso in forme diverse, un certo travaglio comune, che qualche volta non è stato ampiamente o felicemente formulato, anche se è certo che esiste, e mi riferisco specificatamente alla contesa, per la verità garbata e cortese, che qualche volta avviene per il riparto dei pochi o molti fondi a disposizione, perchè penso sempre che ove la Regione non esistesse saremmo certo in maggiori difficoltà, ma è una certa forma di contesa il dividere i fondi disponibili sul bilancio regionale e si fa quello che si può. Se qualche volta io stesso sono stato piuttosto vivace nel reclamare provvedimenti e chiedere che fossero sostanziate da determinate cifre, vorrei dire che lo sono stato con un occhio sempre fisso al mondo dell'agricoltura, non a difesa dell'industria e del commercio. E mi spiego. Esiste un problema che noi abbiamo eluso o per lo meno che non abbiamo affrontato: sono convinto che l'agricoltura non abbia denaro a sufficienza per far sì che diventi un organismo solido, capace di resistere al Mercato comune. Sono modesti quegli stanziamenti, e ciononostante l'agricoltura pensa al capofamiglia, al massimo al primo e secondo figlio di quel capo-

famiglia, ma non ho sentito una parola da parte dei rappresentanti dell'agricoltura per il terzo ed il quarto figlio dei contadini, e le famiglie dei contadini come si sa sono spesso numerose. Ora non ho mai detto che devono essere altri colleghi a pensare, a trovare posti di lavoro per questi figli che sui campi e sulla terra non avranno di che vivere; il problema è della Giunta Regionale, del Consiglio Regionale, perciò ogni collega deve lavorare per predisporre fin da ora dei posti di lavoro. Ognuno di noi che ha dei bambini che arrivano alla quinta elementare, poi un po' più in su, cerca di dare loro una destinazione, c'è chi diventa meccanico, chi diventa ingegnere, chi diventa avvocato; cioè cerchiamo che le nostre future generazioni abbiano una destinazione. Ebbene, nel travaglio comune credo di avvertire questa sensazione: tutti noi, Consiglieri dell'agricoltura o partigiani dell'industria, la Giunta in particolar modo, siamo in preda a questo travaglio perchè sentiamo che c'è una parte della nostra gioventù che viaggia con destinazione ignota. E' una brutta cosa a 16 anni avere una destinazione ignota, ma è la realtà tragica dei figli degli agricoltori che vivono in montagna o in pianura. Ora, nessuno di noi può sottrarsi al compito urgente e di alta socialità, quello cioè di cercare posti di lavoro in qualunque settore, possibilmente nei più stabili, di dover trovare posto per queste persone nei trasporti, nell'industria, nel commercio, non certo posti di uscire in Regione od in Provincia perchè non ce ne sarebbero abbastanza. Dobbiamo pensarci, dovrà essere anche l'Assessore pro tempore dell'industria e commercio a pensarci, e quando alcuni colleghi dicono che non ci si può pensare con i fondi attuali, dicono una certa verità. Sarà bene che il problema diventi comune, e pregherei i signori Consiglieri di pensare e parecchio a questa parte della nostra gioventù che viaggia con destinazione ignota.

PARIS (P.S.D.I.): Per dare all'Assessore Berlanda il giusto riconoscimento che si merita, perchè le sue ultime parole sono certamente parole di un uomo che sente la responsabilità, che associa in questa responsabilità i suoi colleghi di Giunta ed i suoi colleghi di Consiglio. Perchè purtroppo è tragico per un padre di famiglia vedere i ragazzi uscire dalla scuola elementare o dalla scuola me-

dia, poi dalla scuola media superiore, e non sapere dove collocarli. E' a quell'età che bisogna dare un mestiere, una professione ai propri figlioli, perchè i corsi di qualificazione sono perfettamente inutili, sono misure demagogiche, degli espedienti anti-economici, si cerca cioè con pretesti non validi di dare una elemosina. Credo anch'io che la nostra Regione possa destare maggiore interessamento con il concretizzarsi della Comunità europea. Al nord della nostra Regione vivono popoli attivi, ricchi, forti produttori e forti consumatori; credo che non apparirà più la nostra Regione un angolo remoto dove è impossibile dar vita ad un'industria, attivare il commercio perchè le spese di trasporto diventano proibitive; è necessario mettersi allo stadio al più presto. Una delle fonti di richiamo potrebbe proprio essere l'avere a disposizione energia elettrica.

L'enunciazione che il Presidente della Giunta ci ha fatto, e cioè che è allo studio la costruzione di una centrale termo-elettrica che dovrebbe compensare i periodi di magra, e quindi aumentare enormemente il quantitativo di energia che è possibile fornire con carattere di continuità, ci mostra uno strumento efficacissimo. Bisogna però predisporre tutto quel lavoro di acquisizione di iniziative perchè ci sia, nel momento in cui entra in funzione la centrale, anche naturalmente se non per tutto, almeno in parte la richiesta.

Così per i commerci. Ho parlato della necessità di costruire magazzini generali a fianco delle centrali ortofrutticole: anche questo alla ricerca di ridurre le spese generali, perchè è indubbiamente una via di transito di grande valore e di grande potenza la ferrovia del Brennero, ma anche qui bisogna cercare di non lasciarsi sorpassare e di tenersi per lo meno a uno stato di eguaglianza con altre vie.

Allora direi, signor Assessore, che è giusto pensare alle funivie, è lodevole il servizio svolto dall'Ufficio trasporti del suo Assessorato, è giusto dire che in tutti questi anni non un incidente è successo e che questo va annoverato fra i dati positivi della attività dell'Assessorato, però dico che bisogna pensare anche ad adeguare i nostri strumenti alle esigenze di oggi, e per lo meno dell'immediato futuro. Ho parlato anche del problema (che era noto a tutti perchè ripreso dai giornali attraverso il pro-

getto dell'ing. Sardagna) del traforo del Brennero, della costituzione di un comitato a Innsbruck; progetto che consentirebbe di abbassare di circa 320 metri la punta massima di altezza della ferrovia del Brennero, che se non erro è di 1510 al passo del Brennero...

BRUGGER (S.V.P.): 1370!

PARIS (P.S.D.I.): Qui avrei voluto sentire una parola dall'Assessore, perchè si dice che è competenza dello Stato, cioè delle Ferrovie dello Stato, e che non entra nella sfera di competenza della Regione. Però di quante cose non si interessa la Regione che non è di propria stretta competenza, stabilita dallo Statuto? Di quante cose noi, singoli Consiglieri ci occupiamo che non sarebbero di competenza nostra? Credo che ci debba essere questo interessamento da parte della Regione nel seguire la questione, nel prospettare le necessità alla sede competente, nel raccomandare ed esercitare queste sollecitazioni, perchè indubbiamente sono tutti problemi attuali. Così direi che le funivie servano agli abitanti delle località, perchè è giusto che anche loro abbiano trasporti comodi, però, come lei giustamente disse, servano anche al turismo e lo sappiamo tutti che costituiscono un richiamo notevole. Oggi le grandi arrampicate, le grandi sudate, le marce forzose, purtroppo non si fanno più come ai tempi di quando io avevo 15-20 anni; cioè i turisti, gli alpinisti sono abbastanza comodi, hanno imparato a godere le bellezze, a godere la purezza dell'aria, i panorami splendidi senza eccessiva fatica, oggi l'andazzo è questo e bisogna tenerne conto.

Quando un canale è pieno e c'è una certa pressione, scoppia, e noi abbiamo un canale che minaccia di riempirsi ed è la nostra strada statale n. 12; qui non voglio dilungarmi perchè ho presentato una interrogazione che prevedo già di trasformare in mozione, per dare adito ad una discussione più ampia. In un periodo in cui la motorizzazione prorompe addirittura, perchè nessuno si era aspettato questo fenomeno così vorticoso nell'aumento di automezzi...

KESSLER (D.C.): Avviene quando e dove ci sono i democristiani!

PARIS (P.S.D.I.): No, avviene anche dove ci

sono i socialisti, avviene anche lì, anzi il regime della democrazia cristiana dimostra di essere sempre indietro!

KESSLER (D.C.): Ma noi siamo arrivati subito, a ruota!

PARIS (P.S.D.I.): Quindi bisogna cercare di interessarsi, anche se non è di stretta competenza della Regione. Per quanto riguarda il benessere che l'Assessore ci enuncia e che apprendiamo leggendo tra una forchettata e l'altra le relazioni che ci arrivano mentre si discute il bilancio, dobbiamo dire che effettivamente c'è un aumento di reddito e quindi di benessere. Però non è un fenomeno particolare della nostra regione, è un fenomeno generale. Ciò è già un successo, ma dobbiamo riuscire a stare a pari passo con l'aumento del reddito nazionale, e quindi con l'aumento del benessere; benessere che è però mal distribuito, perchè purtroppo ci sono i disgraziati, e qui mi riferisco ai 26 mila e rotti disoccupati che abbiamo avuto anche nell'anno 1955, ed è già un progresso perchè nel 1954 erano 28 mila. Speriamo che sia un inizio di discesa e che continui questa discesa, che non sia cioè un fenomeno saltuario; dovremo interessarci sì ai giovani, che è un fenomeno presente anche in questi 26 mila disoccupati perchè per buona parte sono proprio le leve che si presentano per la prima volta a chiedere una occupazione, però bisogna pensare anche agli altri.

Sono convinto, e lo dissi altre volte, che l'agricoltura ha bisogno di fondi, però fatalmente l'introduzione dei metodi moderni di coltura e della meccanizzazione dell'industria richiederà meno braccia nella lavorazione della terra. E' un bene questo, perchè anche la classe agricola ottenendo lo stesso volume di reddito con l'impiego minore di unità lavorative raggiungerà un benessere che speriamo uguagli quello di chi vive con una determinata agiatezza o per lo meno tranquillità, ma bisogna pensare anche agli altri, e qui sta il dovere di tutti, dovere quindi di metterci allo studio, e lo studio ci è stato fornito e ce lo sta fornendo l'Assessore, perchè l'inchiesta sull'agricoltura — non sono ancora usciti tutti i volumi, ma non ho letto neanche tutti quelli che sono stati mandati — contiene una base che deve essere sottoposta alla nostra valutazione, alla nostra considerazione,

Quindi attendo sì dalla Giunta un'enunciazione vorrei dire per sommi capi di questo piano, ma anche uno studio più particolare dell'inizio della realizzazione del piano stesso. E per quanto modesta possa essere la mia opera, questa non mancherà alla Giunta, anche se è di colore politico diverso, perchè a me interessa, e così a tutto il gruppo, il bene delle nostre popolazioni.

PRESIDENTE: Cap. 82. E' posto ai voti il cap. 82: unanimità.

Cap. 83: « *Contributi, sussidi e spese di rappresentanza per convegni e manifestazioni nella regione interessanti i settori dell'industria, del commercio, del turismo e dei trasporti - Lire 2 milioni* ».

GARDELLA (P.L.I.): Penso che per il rilancio della strada delle Dolomiti, dal Pordoi a Carezza, come lei ci disse in sede di Commissione, e per contributi e sussidi e spese di rappresentanza per convegni e manifestazioni, i due milioni siano veramente una cosa molto, non dico modesta, ma povera. Vede, Assessore, lei ha parlato poco anzi con molta calma e tranquillità, e penso, ed ho pensato che la sua calma dipendesse dalla coscienza di chi ha bene operato, ma ha bene operato con i mezzi scarsissimi che lei ha a disposizione, mentre per operare veramente bene occorre molto di più, quindi lei ha fatto quello che ha potuto. E in questo caso noi osserviamo che se si vuole fare qualche cosa veramente di grande interesse, il rilancio di una strada, che richiami l'attenzione della stampa, straniera ed italiana, una cosa che lasci il ricordo, due milioni sono ben poco! Mi auguro che sia sempre così, che l'Assessore del commercio e turismo possa fare tutto con una spesa così modesta! Ma mi pare che sia impossibile raggiungere quello che lei desidera raggiungere e che tutti vogliamo raggiungere con un'assegnazione di questo genere. Perciò pregherei l'Assessore e la Giunta di trovare qualche cosa di più, affinché quello che si deve e si vuole fare sia fatto veramente con quella dignità produttore anzichè antiproduttore.

PRUNER (P.P.T.T.): Sarò breve. Una raccomandazione all'Assessore: si tratta di un argomento che non riguarda le competenze dirette della Regione, appunto il settore trasporti. Abbiamo una

particolare crisi nel problema dei trasporti su strada, una crisi che è provocata da disposizioni e regolamenti statali sui trasporti, a mezzo camions, sulle nostre strade. Io la interpreto come una sleale, e chiedo scusa della parola un po' forte, una sleale concorrenza intrapposta dallo Stato il quale detiene il monopolio delle ferrovie e ha la possibilità di legiferare in merito ai trasporti su strade. L'economia dei trasporti ne risente moltissimo, e ne risente di conseguenza l'economia dell'industria e del commercio della nostra regione. Le strade sono inadatte, questo è vero, ma più che altro incide sulla concorrenza a favore della ferrovia e non permette di conseguenza una contrapposta concorrenza da parte dell'industria autotrasporti, portando uno svantaggio non indifferente alla nostra economia. Nei dettagli potrei fornire alcuni punti di certo interesse e che potrebbero, pur non essendo di competenza regionale, venire discussi in sede competente per interposte persone, a mezzo dei funzionari o a mezzo direttamente della persona del signor Assessore.

BERLANDA (Assessore ind., comm., turismo e trasp. - D.C.): Sarò brevissimo anche perchè sono materie già discusse. Per quanto riguarda il settore trasporti, accennato anche recentemente, mi è nota la situazione, è davvero di gravissima crisi per i trasportatori privati. Lo Stato si trova di fronte ad un dilemma grave, perchè non può aumentare discriminatamente le tariffe per i viaggiatori, le quali devono essere contenute per ragioni sociali, ed è evidente che cerca un certo compenso nel far viaggiare le merci. La ragione di questa crisi va cercata nelle modestissime unità aziendali che svolgono i trasporti su strada normalmente con camions. Ora aziende di questo genere difficilmente possono vivere, e la crisi è aggravata anche per questo. Gradirò elementi anche perchè noi abbiamo dei funzionari che in sede romana si dibattono su questo tema, e siamo tenuti noi a dare certi pareri dell'aumento delle licenze di trasporto su strada, per lo meno nella fase istruttoria. Ai trasporti è dedicata da parte dell'Assessorato una cura particolare, e vedranno i signori Consiglieri dagli studi contenuti nel secondo volume sui trasporti quanta e quale attenzione si dedichi all'aspetto ferroviario.

In questa sede devo dare riconoscimento al Ministero competente per la molta comprensione avuta soprattutto in sede di conferenze orarie internazionali, facendo in modo che la nostra regione fosse servita, nonostante la difficoltà nella disponibilità del parco ferroviario, con orari discreti e collegamenti rapidi. E' vero che il settore trasporti deve tenere presente l'enorme mole di ricchezza e potenziale umano che va perso sulle strade, e una delle monografie che verrà distribuita documenterà effettivamente questo triste primato della nostra regione, che è uno dei più alti di tutta l'Italia. Ora, quando succede un incidente stradale non è solo la disgrazia di quel momento, è una perdita irreparabile di ricchezza e di forze lavorative, al di là e al di sopra del lutto grave che colpisce la famiglia, è un impoverimento e uno stillicidio continuo.

Per quanto riguarda l'idea dell'on. Paris dei magazzini generali, la accettiamo volentieri. Vorrei dire che c'è già chi l'ha ripresa in sede di centrale ortofrutticola, perchè scarso sviluppo vedrà quella zona e l'economia trentina se non nasceranno dei magazzini generali idonei. Sono il presupposto base per un ragionevole e serio sviluppo dei traffici.

Al collega Gardella dirò: certo, con molto di più si opera meglio, ma non sempre. Qualche volta l'aver troppo denaro isterilisce la fantasia, impedisce nel cercare iniziative. Non per giustificare con questo la scarsità del denaro, ma per dire che alle volte i pochi soldi dell'Assessorato vengono fatti giocare da catalizzatori in altre iniziative e spesso l'Assessorato con pochi milioni ha captato forze di altri settori per realizzare certe determinate manifestazioni o altro. E' il caso proprio di questo capitolo: con questi due milioni si lancia una iniziativa, e altre 4 o 5 o 6 nasceranno da parte di altri enti con un certo interessamento. E' vero che se avessimo di più potremmo fare di più, ma lo scenario delle Dolomiti, una volta portati là i giornalisti, la radio, la TV europea, ecc., è già una inquadratura sufficiente che vale da sé molti milioni. Perciò l'iniziativa di quest'anno credo che con questa somma si possa fare, puntualizzata la sola singola iniziativa.

PRESIDENTE: E' posto ai voti il cap. 83: maggioranza favorevole, 2 astensioni.

Cap. 84: « *Spese, contributi e sussidi per promuovere ed incrementare la produzione industriale e le attività commerciali e per il collocamento della produzione agricola e industriale della regione all'interno e all'estero - Lire 9 milioni* ».

VINANTE (P.S.I.): L'Assessore dell'industria, commercio e turismo ha terminato il suo intervento, interessante, con una affermazione altrettanto interessante ed umana. Cioè di cercare fra tutti di trovare lavoro anche e soprattutto per il terzo e quarto figlio, se ci saranno, degli agricoltori. Con questa espressione ha richiamato alla nostra sensibilità il dovere di dare lavoro ai disoccupati. Però, rispondendo ora non so a quale Consigliere, ha detto che molto denaro isterilisce la fantasia. Ora io non credo, signor Assessore, che lei possa dare molta occupazione alla mano d'opera disoccupata semplicemente con la fantasia, con quella si fa poco.

Mi dispiace, dobbiamo ripeterci tutti gli anni, perchè tutti gli anni riscontriamo l'insufficienza di questi stanziamenti. Da parte della Giunta si dice: « ma non dovete sempre cantare la stessa canzone, cambiate tono ». E' giusto, però noi d'altro canto diciamo: « ma se quella canzone non riesce a convincere la Giunta, vuol dire che non l'abbiamo ripetuta abbastanza, a meno che la Giunta non ci dica che su quel terreno non si trova d'accordo, ed allora è logico che è inutile ripetersi ». Spesso la Giunta dice che accoglie parzialmente, giustifica la mancanza di interventi per motivi più o meno validi, ma in molti argomenti non dice di no.

Ora, lo stanziamento del cap. 84 dice: « spese e contributi e sussidi per promuovere e incrementare la produzione agricola », e prevede 11 milioni di stanziamento. Si sono accettati sei milioni di detrazione — io ero assente dalla Commissione ma ho visto la correzione fatta dal collega Paris — si può dire che per lo scopo e la funzione del capitolo, tanto faceva mettere « *per memoria* » oppure scrivere effettivamente « *fantasia* » perchè con 9 milioni non si affronta questo problema. L'anno scorso io avevo pregato l'Assessore — e lui aveva accettato — di cercare di portare nelle singole zone della provincia e della regione delle industrie sane;

non so se questo l'abbia fatto, se questo problema l'abbia affrotato, nella relazione non lo ho visto, nella sua dichiarazione verbale neanche non l'ha detto. Desidererei, pregherei l'Assessore di dirmi se in questo campo effettivamente ha potuto fare qualche cosa. E' giusto quanto lui afferma, che non è cioè solo con le cifre iscritte nel bilancio che si potenziano i settori industriale e commerciale.

Ha accennato a varie iniziative: energia elettrica e credito, però credo sia necessario approfondire maggiormente la possibilità di portare delle industrie anche in zone dove non ci sono ma che presentano le caratteristiche di un possibile sviluppo.

Credito: permettete che io accenni brevemente alla funzione dell'istituto del Mediocredito. Questo istituto ha avuto una notevole dotazione e ha portato notevole ossigeno nel settore dell'industria. Però ha adottato un sistema che non credo possa essere riconosciuto valido, cioè quello che a ogni prestito debba coprire con iscrizione ipotecaria tutti i beni delle ditte che ricorrono al prestito, anche se il valore mutuato è notevolmente inferiore alla proprietà degli enti richiedenti. Io comprendo la necessità dell'istituto di credito di garantirsi, ma dovrebbe garantirsi entro il limite del mutuo che fa all'azienda, lasciando le proprietà libere per altre richieste, perchè sapete benissimo che un altro istituto di credito quando si trova di fronte ad una iscrizione ipotecaria sui beni, ben difficilmente presta il denaro. Vorrei che l'Assessore si interessasse presso l'istituto di credito di essere un po' più larghi nelle considerazioni e nelle valutazioni dei beni per effettuare il prestito.

Concludo con il dire che sarò contro tutti i suoi capitoli, signor Assessore, perchè sono assolutamente insufficienti. Lei, signor Assessore, evidentemente è molto paziente, sa considerare i bisogni e le necessità degli altri Assessorati, però noi, almeno dal mio punto di vista, vediamo che questa continua rinuncia da parte sua costituisce un danno per i settori che fanno capo al suo Assessorato.

BERLANDA (Assessore ind., comm., turismo e trasp. - D.C.): Vorrei far presente al collega Vignante, che prima non avevo visto accanto a Paris, che forse non è esatta la sua chiusa. E' vero che alle volte sono anche calmo, ma non sono certo

animato da spirito di rinuncia, del resto la piuttosto vivace discussione a Bolzano per l'approvazione della legge modesta a favore dei benefici industriali mi ha visto deciso, perchè ero sicuro di interpretare una certa esigenza. Credo che si debba essere decisi e vivaci al momento opportuno, più che esserlo in ogni momento. Ora, forse la metafora alla quale ho accennato e che mi ha preso un po' la mano, non è stata seriamente compresa. Non è che ci si lasci isterilire la fantasia quando si hanno stanziamenti troppo vistosi, ma certo che se avessimo in questo capitolo svariati milioni forse chi opera non sarebbe preso dalla decisa volontà di ricercare ancora di più, e quando dico che i pochi milioni stanziati eccitano la fantasia, per me significa che infondono una decisa volontà di operare. Che ci siano aperture in questa direzione non sono io a dirlo, ma a nome di tutta la Giunta è stato il Presidente a chiusura della discussione generale, dove mi pare abbia anticipato alcune affermazioni di notevole importanza, cioè ha riconosciuto che il bilancio potrebbe essere una camicia di forza troppo ristretta per iniziative a largo respiro, ed è stato il primo ad ammettere ed a lanciare l'idea della necessità di trovare denaro extra bilancio per iniziative produttive di largo respiro.

E' evidente che l'Assessore dell'industria e commercio non può che collaborare in questa ricerca, e naturalmente farsi avanti quando bisognerà concretare provvedimenti che utilizzino quanto si sarà reperito. Credo che — ho sempre potuto trovare la comprensione per problemi importanti da parte di colleghi e della Giunta — credo che avranno uno sviluppo in futuro questi settori. Questa voce simbolica nella quale operiamo alcuni ritocchi è un po' la valvola di riserva mimetizzata che hanno tutti gli Assessorati, non è con questo capitolo che si hanno gli stanziamenti. Del resto non avrei mai visto nè vedrei con soddisfazione degli stanziamenti a favore dell'industria o degli strumenti nel bilancio. Siamo sottoposti a controlli, a certe regole, perciò diventiamo e diventeremo sempre meno agili nei confronti dell'iniziativa privata e degli stessi istituti di credito. Se possiamo collocare fuori dal bilancio gli stanziamenti e le iniziative tanto meglio sarà per la nostra economia: è su questa strada che si cerca di incamminarsi e si è già incamminati. E' evidente che non si vanno a

denunciare nella relazione al bilancio le iniziative realizzate, nè quelle che si stanno realizzando, specie nel settore industriale, perchè meno se ne parla meglio è. Ma quando si pensa che in tre anni tutto lo stanziamento previsto e consentito dalla legge nazionale n. 910 per l'impiego di fondi a favore dell'industria si è esaurito ed è subentrata una legge regionale, questo significa che si è operato. Ad un certo momento uno che passi da Mezzocorona vede che sono sorti degli stabilimenti, non con i soldi della Regione ma certamente attraverso decine di contatti da parte del Presidente e di Assessori con coloro che stanno realizzando qualche cosa in quella zona, cioè un'industria madre suscettibile di ulteriori sviluppi; quando si passa nella zona fra il porto e la città di Riva, si vedono degli apprestamenti che stanno nascendo, cioè una grossa cartiera pure quella nata con l'interessamento del Comune, ma certo anche per la presenza dell'Assessorato che ha agganciato in ripetute visite quell'industriale che fa nascere la cartiera stessa. Sono in corso contatti per l'utilizzazione di un'altra cartiera in quella zona da parte di un industriale, e qui l'Assessorato è naturalmente al lavoro. Direi che gli affari più imponenti li cura personalmente il signor Presidente, non solo nel sanare posizioni difficili ma nel catturare possibilità nuove per il domani. Ora, cose di questo

genere evidentemente non si vanno a mettere nelle relazioni perchè non si può, richiedendo gli industriali una certa riservatezza in tutte queste fasi, ma certo dimostrano una decisa volontà di operare.

Non è con questo fondo che si opera, ma spero che i colleghi riconosceranno che è un po' il fondo di manovra per qualche piccola cosa. Se adesso chiediamo qualche riduzione è perchè durante l'anno qualche impinguamento modesto ci sarà; lo facciamo poi per due esigenze modeste, cioè quella di comperare una macchina che ci mantenga all'avanguardia nel difenderci da incidenti sui trasporti a fune, la macchina che fa la radiografia alle funi, è una cosa che non possiamo non avere in questo momento, è un incremento anche questo. Ma non saranno questi capitoli di bilancio che provvederanno all'incremento industriale.

PRESIDENTE: C'è un emendamento a firma Dalvit-Berlanda-Rosa per diminuire il cap. 84 di ulteriori 2 milioni, che vanno ad incrementare il cap. 90. Metto in votazione l'emendamento che porta a 7 milioni lo stanziamento del cap. 84: approvato a maggioranza. Il capitolo è approvato.

La seduta è rinviata a domani alle ore 9,30.

(Ore 22,30).

A cura dell'Ufficio resoconti consiliari.